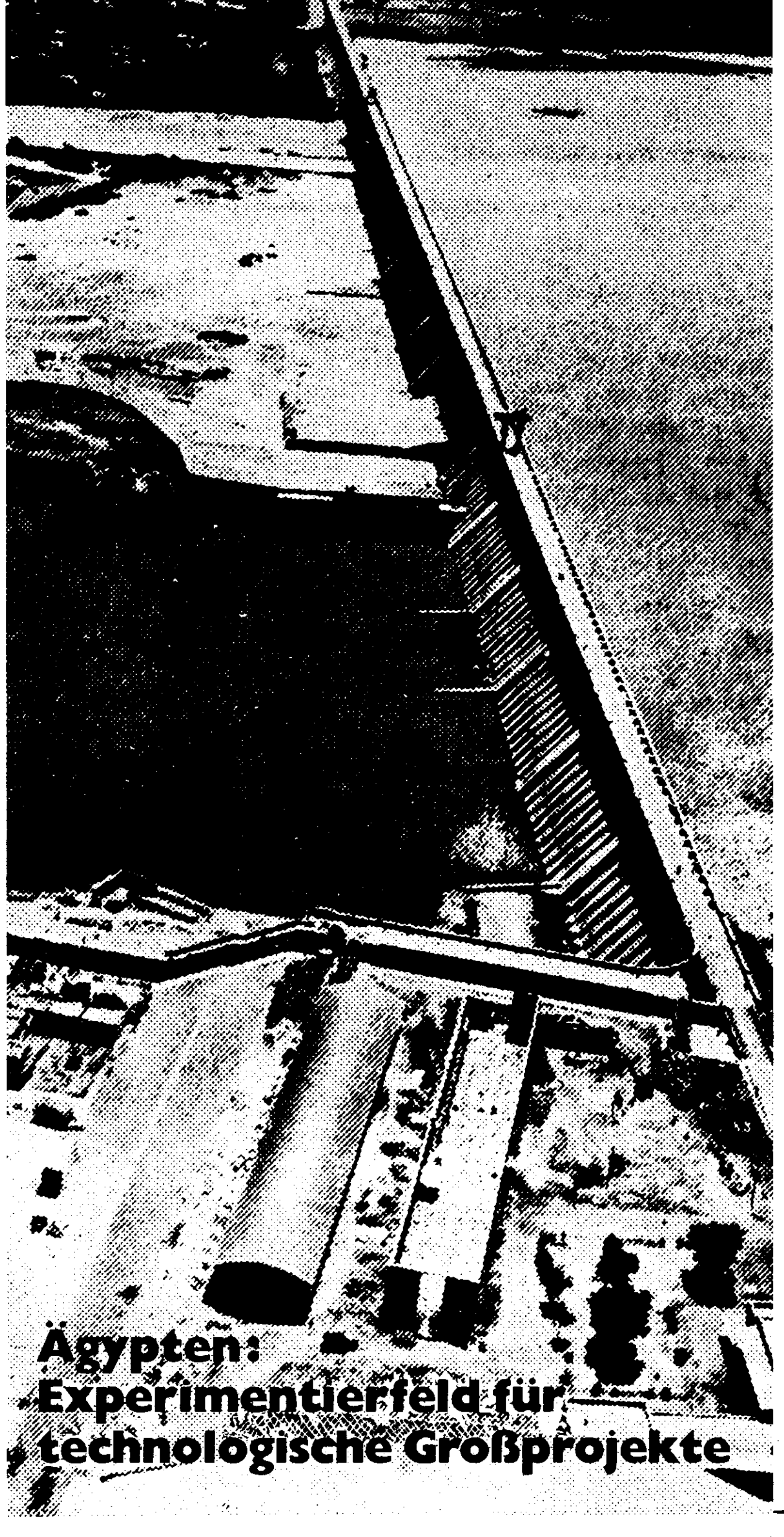
M 3477 FX

# blätter des iz3w

informationszentrum dritte welt - iz3w






Nr. 65 November 1977 DM 2.50

# impressum

**blätter des iz3w**

herausgegeben vom Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, D-7800 Freiburg i. Br., Telefon: 0761 / 7 40 03.

Zusammengestellt von:
Siegfried Bartels, Roland Beckert, Gerhard Braun, Georg Cremer, Hans Diefenbacher, Hendrike Fahrenholtz, Eberhard Gohl, Susanne Habicht, Sabine Hagemann, Heiner Hiltermann, Klaus Höweling, Clemens Jürgenmayer, Bettina Kocher, Hildegard Maur, Mechthild Maurer, Bernhard Merk, Götz Nagel, Horst Pöttker, Peter Poschen, Peter Riedesser, Peter Schmid, Bettina Schulze-Mittendorf, Albert Sommerfeld, Beate Thill, Hildegard Wenzler, Walter Witzel.
Nachdruck einzelner Artikel mit Quellenangabe erwünscht.
Satz: Composer-satz-Service, Bootsweg 16, 5205 St. Augustin 1, Tel.: 02241/22580.

Druck: SOAK, Am Taubenfelde 30, 3 Hannover 1, Telefon: 1 76 18

Konten (Aktion Dritte Welt e.V.: Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 1482 39 - 755; Österreichische Postsparkasse Nr. 2377.047; Postscheckkonto Basel Nr. 40-35899.

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im In- und Ausland: DM 28,– (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende sowie andere einkommensschwache Gruppe nach Selbsteinschätzung: DM 20,–)
Luftpostabonnements: Europa (einschl. UdSSR, Türkei) DM 23,60 bzw. 31,60; afrika, Nord- und Mittelamerika, Nahost und Südasien DM 31,60 bzw. 39,60; Südamerika, Südostasien, Fernost DM 37,60 bzw. 45,60; Australien, Südpazifik DM 43,20 bzw. 51,20.
Schweiz: Fr. 28,– bzw. 20,–
Österreich: S 200,– bzw. 140,–
Einzelpreis: DM/Fr 2,50/S 17,–




iz3w





# ★ Zeitschriften ★




★

IAB - Studien zu Imperialismus, Abhängigkeit, Befreiung - hat sich zur Aufgabe gestellt, regelmäßig und unabhängig Analysen und Berichte über das Verhältnis von Entwicklungs- und Industrieländern zu veröffentlichen.

Das Info enthält Dokumente und Berichte von und über die linke Opposition in den osteuropäischen Ländern und Analysen der gesellschaftlichen Entwicklung dieser Länder des sogenannten „realen Sozialismus".



sozialistisches
**OSTEUROPAKOMITEE**

**Zeitung für eine**
**Neue Linke**
**Der Lange Marsch geht weiter**



„Der Lange Marsch" geht weiter! Die „Zeitung für eine Neue Linke" - entstanden aus dem „Langen Marsch" - soll helfen, durch offene und breite Diskussion „die Linke" aus dem gesellschaftlichen Ghetto herauszuführen.

## Zeitschriften - SOAK Verlag und Vertrieb

## Zeitung für eine

# Neue Linke

## Der Lange Marsch geht weiter

Der lange Marsch geht weiter! Nur als Zeitungstitel und als dazugehörige Redaktion gibt es den „Langen Marsch" nicht mehr: Die Redaktion hat sich in zwei Fraktionen gespalten und über den beiderseitigen Verzicht des Namens aufgelöst. Gibt es den Titel und die Redaktion nicht mehr, sogeht für uns der lange Marsch doch weiter. Im umfassenden Sinn und im Sinne der Kontinuität des alten „Langen Marsches" (deshalb der Untertitel und die Fortnummerierung in Klammern). Damit soll ausgedrückt werden, daß wir am alten Selbstverständnis unserer bisherigen Zeitungsarbeit festhalten. Das betrifft zunächst die Methode der Kritik, die mit „intervenieren" bezeichnet wurde. Einmischen, auseinandersetzen, nach unserer Fähigkeit und Möglichkeit, das wollen wir weiter. Das betrifft unser Selbstverständnis von der Zeitung als organisierendes Mittel - ohne Iskra-Ambitionen. Die politische Handlungsfähigkeit der Neuen Linken gesellschaftlich relevant wieder herzustellen, dazu wollten und wollen wir einen Beitrag leisten. Überall wo die Sozialisten der Neuen Linken versuchen, sich praktisch einzumischen, sich mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit in den verschiedensten Bereichen auseinanderzusetzen, überall da stoßen sie auf diesen Springpunkt. Das große Bedürfnis nach einer allgemeinen sozialistischen Organisierung ist deshalb nicht nur die Sehnsucht nach einer Heimat. Damit ist bereits benannt, daß das Wiedergewinnen der politischen Handlungsfähigkeit keine bloß formale Organisations- oder Parteifrage ist. Die neue Zeitung muß weit mehr als die alte an die gesellschaftliche Wirklichkeit heran, an die Fragen, Probleme, an die Leiden der Unterdrückten und Bedrohten. Die alte Zeitung hat diesen Anspruch kaum eingelöst. Dies war mit eine Ursache, warum sie weitgehend im innerlinken Ghetto verblieb. Sie war damit getreuer Ausdruck der sozialen Situation der Genossen, die sie hauptsächlich gemacht haben. Hier ist nun hoffentlich ein Bruch mit der Kontinuität. Vorbereitet ist dieser Bruch bereits durch die Veränderung der sozialen Situation der Genossen: Die meisten von uns sind mit dem Studium fertig, sind jetzt berufstätig oder arbeitslos. Vor allem aber wollen wir versuchen, die Zeitung für eine breitere Diskussion und zwar nicht nur über Organisationsfragen zu öffnen, denn nur dadurch können wir die alte Einzäunung überspringen, nur so die breite Basis finden, die nötig ist, die Linke aus der Selbstisolierung herauszuführen hin zu einer Kraft, die sich einmischen kann in die tages- und gesellschaftspolitische Auseinandersetzung. Die Diskussion soll auch die linken Sozialdemokraten, die linken Christen und all die anderen, die an einer sozialistisch-demokratischen Veränderung der Gesellschaft interessiert sind, mit einschließen.

Die Zeitung wird herausgegeben vom ZUCKERERBSENVERLAG Berlin, Paulsborner Str. 3, 1 Berlin 31 (auch Redaktionsadresse). Sie erscheint 6 mal im Jahr und kostet im Abonnement 16,- DM. Ein Einzelheft kostet 2,- DM. Vertrieb, Abonnements und Anzeigen werden vom SOAK-Vertrieb erledigt. Bestellungen bitte deshalb nicht an die Redaktion, nur an den Vertrieb!!!

# NACHRICHTEN UND KURZBERICHTE



# Asien

*INDONESIEN*

### Völkermord in Neuguinea

In Irian Jaya, dem seit 1962 unter indonesischer Verwaltung stehenden Westteil von Neuguinea, haben Aufstände mehrerer Bevölkerungsteile des Landes gegen die indonesische Regierung zu sehr schweren Gegenaktionen von Militär und Polizei geführt, wobei das Ausmaß der Verluste zumindest bei den Dani (einem Papuastamm des hochlandes) einem Genozid entspricht. Briefen zufolge, die im Gebiet der Dani arbeitende Missionare vor kurzem nach Europa schmuggelten, geht die Zahl der Toten unter der Urbevölkerung in die Tausende. Indonesische Regierungsstellen hätten sogar Schätzungen von 60 000 Toten genannt (sechzigtausend!). Die zahllosen Leichen würden die Flüsse abwärts treiben, das Wasser sich vom Blut rot färben. Die Massaker an den Dani seien Teil einer Vergeltungsaktion der Regierung, nachdem es der Unabhängigkeitsbewegung OPM („Operation freies Papua") vor Monaten gelang, Gruppen der Dani zu gemeinsamen Aktionen und Aufständen gegen die Regierung zu bewegen. Auch aus anderen zuverlässigen Quellen geht hervor, daß das Ausmaß der Auflehnung sehr groß sei. Große Bevölkerungsteile der Nord- und Südküste sympathisieren seit dem Frühjahr mit den Aufständischen. Die OPN habe einige hundert Leute der Dani für Guerilla-Aktionen ausgebildet, sie haben Flugplätze unbrauchbar gemacht, Waffen und andere Güter gestohlen und Militärs und Polizei angegriffen. Die indonesische Regierung, die unter anderem an den Öl- und Kupfervorkommen der Insel Interesse hat, verhängte strenge Pressezensur, erteilte Einreiseverbot nach Irian Jaya und mobilisierte das Militär. Nach offiziellen Angaben seien mittlerweile allein in Wamena, von wo aus die Aktionen gegen die Indonesier begonnen hatten, mehrere zehntausend Mann stationiert. Teilweise flogen Militärs Einsätze in Flugzeugen und Hubschraubern über den Gebieten der Dani und schossen im Tiefflug mit Maschinengewehren auf die Bevölkerung, die nurmit Pfeil und Bogen bewaffnet war. In der offiziellen Presse werden diese schweren Zusammenstöße immer wieder als Stammesfehden und Bagatellstreitereien hingestellt und als angeblicher Anlaß immer wieder ein Fußballspiel mit den Dani zitiert, bei dem ein Torwart getötet wurde. Vor zwei Wochen war im bundesdeutschen Rundfunk die Falschmeldung zu hören, ein Erdbeben hätte Teile von Westirian verwüstet und mehreren tausend Menschen das Leben gekostet, die Erdbebenopfer würden teilweise die Flüsse heruntertreiben. In dieser Zeit gab es tatsächlich ein starkes Erdbeben, aber auf den mindestens 1000 km entfernt liegenden Sunda-Inseln.

*(Der Autor kann seinen Namen und die Herkunft seiner Angaben aus politischen Gründen nicht angeben.)*

# Südliches Afrika

*ZIMBABWE*

### Neuwahlen im weißen Lager

Wegen „Novellierungen" im Landbesitzgesetz hatten Ende Februar zwölf Ultrarechte der Smith Partei „Rhodesien Front" ihren Austritt erklärt (vgl. dazu blätter Nr. 62). Die Parteikrise verschärfte sich, als das Kabinettsmitglied Wickus de Kock protestierend in die RSA auswanderte und schließlich der Parteivorsitzende Desmond Frost zurücktrat (vgl. z.B. NZZ 5.7.) Smith dazu: „wenn sie ehrlich wären, müßten mindestens ein Dutzend weitere Abgeordnete" die Partei verlassen (vgl. SZ 5.7.).

Die zwölf „ehrlichen" Abweichler gründeten die rechtsextremistische „Rhodesische Aktionspartei" (RAP). Ihr Kurs: „Verschärfung des Antiterrorkriegs im In- und Ausland"; Verhandlungen mit „gemäßigten" schwarzen Führern; keine „Übertragung" der Macht an die schwarze Mehrheit in absehbarer Zeit; „Provinzialisierung" des Landes (vgl. blätter Nr. 62; SZ 6.7.; NZZ 9.7.; SZ 25/26.7.; NZZ 29.7.)
Probleme bedeutete das für die Rassisten-Regierung vor allem im Zusammenhang mit geplanten Verfassungsänderungen. Dafür ist eine Zwei-Drittel-Mehrheit nötig. Nach der „Entfernung dieser bösartigen Wucherungen" (Smith über die 12 Ultras; SZ 5.7.) waren von 66 Parlamentsmitgliedern noch gerade 38 willens, pro Smith zu stimmen. (z.B. SZ 25./26.7.)
Am 31. 8. fanden Neuwahlen statt. Smith's erklärte Absicht: von der Wählerschaft ein neues Mandat für eine „interne Regelung" (vgl. z.B. blätter Nr. 62) zu erhalten. Nahziel sei eine neue Verfassung bis Ende des Jahres (vgl. NZZ 20.7.)

Im Wahlgesetz von 1969 hat das weiße Minderheitenregime in Salisbury festgelegt, wer von den 6 220 000 (Stand vom 30. Juni 1976) Afrikanern im Land wählen darf. Neben den üblichen Bestimmungen über Staatsbürgerschaft und Alter (in Rhodesien 21 Jahre) wird der Wähler an Verdienst, Erziehung und Besitz gemessen. Ein schwarzer Rhodesier muß mindestens 65 Rhodesische Dollars (das sind etwa 250 DM) pro Monat verdienen. Und das während der vergangenen zwei Jahre. „Qualifiziert" ist er auch, wenn er Eigentum im Wert von 1560 Dollar besitzt. Verdient er weniger (die Grenze nach unten ist 43 Dollar), so muß er zwei Jahre Mittelschule nachweisen, um seine Stimme abgeben zu dürfen. Ist er zwei Jahre zur Mittelschule gegangen, verdient aber weniger als 43 Dollar, so braucht er nach dem Wahlrecht den Nachweis über ein Eigentum im Wert von 1040 Dollar. Von den 2 400 000 Afrikanern über 21 Jahre erfüllen aber nur wenige diese Bedingungen.

Im rhodesischen Parlament gibt es 66 Abgeordnete. Die mehr als 6 Millionen Schwarzen werden von 16 Abgeordneten vertreten, die 227 000 Weißen von 50. Die weißen Parlamentarier werden ausschließlich von den weißen Wählern bestimmt. Sie stellen die Regierung, sie stellen die Opposition. Die 16 schwarzen Abgeordneten sind „Seitenbänkler". Acht von ihnen, nämlich Häuptlinge aus den verschiedenen Stammesgebieten, werden von der Regierung berufen und beziehen auch ihr Gehalt vom Staat. Es bleiben also ganze acht Abgeordnete, die von der schwarzen Bevölkerung mit den Stimmzetteln gewählt werden können.
(FR 27.8.; vgl. auch NZZ 22.7.; zum Wahlrecht in Zimbabwe informiert ausführlich B. Decke/A. Tüllmann, betrifft: Rhodesien. Unterdrückung und Widerstand in einer Siedlerkolonie. megapress Frankfurt 1. Julius-Heymann-Str. 1; vgl. auch blätter Nr. 46/47)

Mit weniger als einem Prozent der Gesamtbevölkerung Zimbabwes erhielt die Rassistenregierung Smith's alle 50 den Weißen vorbehaltenen Mandate. (vgl. FR 2.9.) Zur Stimmabgabe berechtigt waren weniger als ein Drittel der etwa 270 000 Weißen und ganze 7478 oder 0,3 Prozent der 2,4 Millionen Schwarzen im Wahlalter (vgl. FR 2.9.)

In der Ablehnung der Wahlen waren sich von vorneherein eigentlich alle bis auf die „Rhodesien Front" Partei einig: Die RAP; Sithole; Muzorewa; Owen; Young; Waldheim; natürlich die Patriotische Front, die Frontstaaten (vgl. z.B. FR 20.7.; 21.7.; NZZ 20.7.; 21.7.; 26.7.; SZ 21.7.; 6./7.8.)

### „Externe" Lösungsvorschläge

Über die „interne Lösung", für die Smith bei seinen Wählern warb, war bei Stimmabgabe nicht viel mehr bekannt, als das diffuse „erfolgversprechende" emotionale Fluidum dieser Wortzusammenstellung. Ähnlich im Dunkel blieben für lange Zeit die Pläne Großbritanniens und der USA für eine „externe" Lösung. Schließlich wurden die „Lösungs"-vorschläge in London als Weißbuch veröffentlicht. Danach werden 7 Grundsätze aufgestellt:

1. Rücktritt der illegalen Regierung unter Premierminister Ian Smith und damit Rückkehr zur Legalität.

2. Eine Übergangsperiode bis zur vollen Unabhängigkeit.
3. Freie Wahlen auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts. Sie sollen spätestens 6 Monate nach dem Rücktritt der Regierung Smith erfolgen.
4. Großbritannien bestellt einen Administrator, der während der Übergangszeit die Regierungsgewalt ausübt und die Wahlen vorbereitet.
5. Die Entsendung einer UN-Streitmacht, die während der Übergangszeit für Frieden und Ordnung sorgt.
6. Eine Verfassung, die eine demokratisch gewählte Regierung vorsieht. Die Rechte des einzelnen sollen durch ein „bill of rights" garantiert werden.
7. Ein Entwicklungsfonds, um den Wiederaufbau des Landes zu beschleunigen.

In dem Weißbuch heißt es, daß es zur Zeit unmöglich sei, feste Daten zu nennen, doch müsse an der sechsmonatigen Übergangsperiode festgehalten werden.
(FR 2.9.; vgl. auch Guardian 14.9.)

Auf die Frage nach den Durchsetzungschancen dieser Vorstellungen verwiesen der britische Außenminister Owen und der amerikanische UN-Botschafter Young auf die RSA, die aufzufordern sei, entscheidenden wirtschaftlichen Druck auf Rhodesien auszuüben (FR 30.8.) (Vorster attestierte kurz darauf seinem Rassisten-Kollegen, dazu keinesfalls bereit zu sein.) Dies, sowie die Drohung, die Pläne bereits während der Smith-Wahlen zu veröffentlichen (vgl. FR 29.8.) waren offenbar die einzigen der Presse bekannt gewordenen „Druckmittel". (Sieht man einmal ab von Adressen z. B. gegenüber der deutschen Bundesregierung, in denen nach Bonner Darstellung großer Wert darauf gelegt werden, „daß die Bundesregierung den jetzt ausgearbeiteten neuen Rhodesienplan aktiv unterstützt. Dies sei einer der wesentlichen Gründe für das Gespräch Genschers mit Botha - Außenminister der RSA - gewesen" Die Welt 16.8.)

Im Detail war es für Smith ein „geradezu geistesschwacher Vorschlag", an eine UN-Friedenstruppe zu denken (FR 3.9.). Verteidigungsminister Partridge dazu: „weder er noch die Regierung würden jemals zulassen, daß „die rhodesischen Streitkräfte aufgelöst und in die terroristischen Kampfverbände eingegliedert werden". Partridge verurteilte auch den Plan, Wahlen auf der Basis „ein Mann - eine Stimme" abhalten zu lassen. (SZ 10/11.9.) Schon in früheren Verhandlungsphasen verlautete, daß die rhodesische Regierung „zu keinem Augenblick eine Kontrolle oder Manipulation Londons akzeptieren" oder auch die „nicht realistische" Zeitspanne bis zur endgültigen Machtübergabe billige (vgl. SZ 13.7.).

## Smith's Grundsatz: Ihr bekommt die Regierung, wir kontrollieren die Banken und die Sicherheitskräfte (Der Spiegel 5.9.)

Der kritischste Punkt der britisch-amerikanischen Wunschliste scheint die Frage, wer in Rhodesien „plangemäß" die Waffengewalt innehat. Smith hält alle Vorstellungen für bizarr, die auf „Entwaffnung der Armee und der Sicherheitskräfte" abzielen (vgl. auch SZ 15.9.). Dies samt dem Rücktritt von Smith ist jedoch die allererste Vorbedingung für weitere Verfahren sowohl seitens der Frontstaaten als auch der Patriotischen Front (z.B. FR 29.8.; SZ 15.9.; 23.9.)

Außerdem wird sein „Rhodesien - Kommisar" für die Übergangsperiode abgelehnt (der auch für Smith nicht in Frage kommt; SZ 15.9.; Smith wörtlich dazu: „absoluter Unsinn" SZ 13.7.)

Einig in ablehnender Haltung gegenüber diesen „externen" Plänen sind offenbar auch Muzorewa und Sithole. Sithole war vor kurzem erlaubtermaßen aus 2-jährigem Exil nach Rhodesien zurückgekehrt, nachdem er gegenüber Smith beteuert hatte, an einer „friedlichen" Lösung mitzuwirken (vgl. z.B. SZ 30.6.; auch die Berichte im MD vom 13.7.). Zu einer organisatorischen Einheit zwischen Muzorewa und Sitholes Anhängern ist es trotz Versuchen in der Richtung nicht gekommen. (Vgl. z.B. SZ 11.7.; 16.9.) Während jedoch fünf einflußreiche Muzorewa-Leute zu Sithole wechselten - FR 22.8. -, machte Muzorewa seinerseits den ebenfalls nunmehr auf „friedliche Verhandlungen" und gegen „Gewalt und Krieg" verpflichteten und so einreisewürdigen früheren FROLIZI-CHEF Chikerema zum Vizepräsidenten seines ANC. (Vgl. SZ 16.9.; 21.9. Zur FROLIZI vgl. blätter Nr. 46/47)

Nur scheint bei ihnen das Problem, wer die Waffengewalt auf dem Weg zur Befreiung ausübt, nicht das Dringlichste. Diese Frage scheint ihnen eher Gelegenheit, ein weiteres Mal gegen die Patriotische Front zu opponieren. (Vgl. „allgemeine" Diffamierungen der Patriotischen Front durch Sithole wie: „scheußliches Monster" NZZ 17.7.; oder „zusammenhangloser, wirrer Haufen" FR 15.7.; vgl. auch FR 18.7.) So wendet Muzorewa sich - ganz im Sinne Sitholes - gegen jede Abmachung, die den Militanten der Patriotischen Front schon während einer Übergangszeit und vor endgültigen Wahlen zusätzliche Machtpositionen (eben etwa in den Sicherheitsorganen) einräumen würde. (NZZ 29.7.) Von Muzorewa sowohl als Sithole wird dagegen der Wunsch nach allgemeinen Wahlen in den Vordergrund gerückt. Und ein weiteres Mal legte Muzorewa einen Plan seiner Wahl vor:

1. Sofortige Bildung einer Verfassungskommission unter Beteiligung des ANC, der rhodesischen und der britischen Regierung unter dem Vorsitz eines von allen Seiten anerkannten Verfassungsrechtlers,
2. Neuformulierung einer Verfassung innerhalb von drei Monaten,
3. Billigung der neuen Verfassung - möglicherweise durch eine Volksabstimmung - bis zum Januar nächsten Jahres und
4. allgemeine Wahlen auf der Grundlage der neuen Verfassung im März 1978.

(SZ 25.7.)

Außerdem passe der 12. 9. 1978 als Unabhängigkeitsdatum: „An einem 12. September wurden wir kolonisiert - es ist ja nur passend, daß wir am selben Tag den Kolonialismus beenden werden" (SZ 13.9.)

## „Interne" „Lösungs"-muster

Inzwischen hat der Rassistenführer Smith weitere Schritte zu einer „internen Lösung" unternommen. Offenbar gehen seine Vorschläge in folgende Richtung:

- die schwarzen Forderungen nach allgemeinem Wahlrecht werden mit gewissen Absicherungen berücksichtigt
- im Parlament sind 100 Sitze vorgesehen. Davon sind 20 den Weißen vorbehalten
- eine Präsidialregierung wird von einem Schwarzen geleitet
- auch das Amt des Vizepräsidenten sowie z.B. das Verteidigungsministerium sollen mit Schwarzen besetzt werden
- die Offiziere der Armee bleiben Weiße
- im Rahmen dessen können Wahlen mit dem Slogan „ein Mann - eine Stimme" durchgeführt werden.

Die Veröffentlichung des Verfassungsentwurfs ist noch vor Jahresende vorgesehen. Weiter ist geplant, im Februar oder März 78 der Bevölkerung diesen Entwurf in einem Referendum zur Entscheidung vorzulegen. (SZ 6.9.)

- now -

# MALAYSIA

# Eindrücke von der Industrialisierung bei einem Arbeits- und Studienaufenthalt

**Wilfried Telkämpfer**
**Gerhard Puster**

*Von Juli bis Oktober 1976 nahmen wir im Rahmen des ASA-Programms (1) an einem Arbeits- und Studienaufenthalt in Malaysia teil.*
*Unser ursprünglich geplantes Vorhaben, die Untersuchung einer 'drop-out-school', konnten wir wegen politischer Bedenken des Auswärtigen Amtes, die nie spezifiziert wurden, nicht durchführen. Vorgeschlagen wurde uns stattdessen das deutsche Entwicklungshilfeprogramm: 'Industrial Training Institute (ITI) Prai'.*
*Das ITI-Prai ist ein deutsch-malaysisches Berufsschulprojekt, das auf einem Regierungsabkommen über technische Zusammenarbeit (2) beruht. Aufgabe des Institutes ist die praktische und theoretische Fachausbildung von Lehrlingen, Anlernlingen, Erwachsenen und zukünftigen Ausbildern in den Fachrichtungen Allgemeines Metallgewerbe, Motoren- und Kraftfahrzeugreparatur.*
*Prai und Butterworth, der Festlandhafen, liegen der Insel Penang gegenüber. Dieses Gebiet, die 'Penang Metropolitan Area', im Norden Malaysias ist neben der 'Klang Valley Metropolitan Region/Kuala Lumpur' und der 'Johor Bahru Metropolitan Area' eines der drei großen Industriegebiete Malaysias.*
*Über die politische und wirtschaftliche Situation Malaysias gibt es einen detaillierten Bericht im IZ3W Nr. 58, Dez. 1976. Ein weiterer heute noch ebenso gültiger Bericht über die Squatter-Problematik findet sich im IZ3W Nr. 63, Aug. 1977.*
*Als Ergänzung zu diesen Berichten, und um unnötige Wiederholungen zu vermeiden, haben wir uns soweit wie möglich an einen Erfahrungsbericht gehalten. Zur Hintergrundinformation unseres Beitrages können wir die beiden Artikel nur empfehlen. Der folgende Bericht ist keine Darstellung der Schule, sondern zeigt unsere Erfahrungen im Zusammenhang mit der Ansiedlung der Industrie in Malaysia. Bezüglich der Schule wird lediglich ihre Funktion bei der Industrialisierung angerissen.*

## Die Wirtschaftliche Entwicklung Malaysias

Im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern verzeichnet die Wirtschaft Malaysias sehr hoche Wachstumsraten. Reales Wachstum des Bruttosozialproduktes von mehr als 8 % war nicht ungewöhnlich und bis 1980 wird von der malaysischen Regierung ein Durchschnittswachstum von 8,5 % jährlich projiziert.
Das Prokopfeinkommen Malaysias verdoppelte sich von Ende der fünfziger Jahre bis heute und gehört zu den höchsten Asiens.
Mit Kautschuk, Zinn, Holz, Pflanzenöl, Pfeffer und neuerdings Erdöl als einträglichen Rohstoffen genießt Malaysia eine im Vergleich zu anderen Entwicklungsländern günstige Handelsposition und verfügt über knapp 4 Mrd. DM Devisenreserven.
Allerdings sind 61 % des Grundkapitals sämtlicher in Malaysia registrierten Firmen im Besitz von Ausländern, und daher ist die Regierung bestrebt, ausländischen Investitoren zu versichern, sie werde mit der Bedrohung durch die Guerillas fertig und sie sei in der Lage, ein investitionsfreundliches Klima zu schaffen. Das Durchschnittseinkommen in Malaysia mag zwar das vierhöchste in Asien sein (nach Japan, Singapur und Hongkong), doch die von der Regierung seit langem angekündigte gleichmäßige Einkommensverteilung läßt auf sich warten. Einkommensstatistiken zeigen, daß 10 % der Malaysier rund 40 % des Gesamteinkommens beziehen, während die unteren 40 % der Bevölkerung nur mit 12 % des Einkommens leben müssen. 1957 bezogen die reichsten 20 % der malaysischen Haushalte die Hälfte des gesamten Einkommens, bis 1970 erhöhte sich ihr Anteil um 5 %. Vom Gesamteinkommen verbleibt also ein immer geringerer Teil für die Mehrheit der Bevölkerung

**Die wichtigsten Außenhandelsgüter Malaysias im Jahre 1976**

| Exporte | Mio M$ | Anteil in % |
|---|---|---|
| Kautschuk | 3098 | 23,1 |
| Erdöl | 1746 | 13,0 |
| Zinn | 1524 | 11,4 |
| Rundholz | 1450 | 10,8 |
| Palmöl | 1210 | 9,0 |
| Schnittholz | 885 | 6,6 |
| Fisch | 253 | 1,9 |
| Industrielle Erzeugnisse | 2560 | 19,1 |

| Importe | Mio M$ | Anteil in % |
|---|---|---|
| Halberzeugnisse für die Industrie | 2266 | 22,6 |
| Maschinen und Transportmittel | 1327 | 13,2 |
| Nahrungs- und Genußmittel | 946 | 9,4 |
| Erdöl, -produkte | 697 | 6,9 |
| Metallwaren | 674 | 6,7 |
| Düngemittel | 373 | 3,7 |
| Dauerhafte Konsumgüter | 299 | 3,0 |
| Baumaterial | 280 | 2,8 |

**Tabelle aus: Schweizerische Bankgesellschaft Länderberichte, August 1977**
**1 M$ entspricht ungefähr einer DM**
Provisorische Zahlen

Die wirtschaftliche Entwicklung Malaysias ist in den Fünfjahresplänen konzipiert:

### Der 'Second Malaysia Plan' (SMP), (1971 – 1975)

Der zweite Fünfjahresplan Malaysias, 'Second Malaysia Plan', der die Periode 1971 bis 1975 umfaßt, hat das Ziel, die Bedingungen gesellschaftlicher Ungerechtigkeit und Unausgewogenheit der wirtschaftlichen Chancen zwischen den Klassen, den ethnischen Gruppen und den

verschiedenen Gebieten zu beheben. Diese 'New Economic Policy' ist bestrebt, durch wirtschaftliches Wachstum, d.h. auf dem Wege einer expandierenden Wirtschaft, die Armut unabhängig von der Rassenfrage zu beheben und die malaysische Gesellschaft so umzugestalten, daß die Gleichsetzung einer der Rassen mit bestimmten Wirtschaftsfunktionen verringert und schließlich beseitigt wird. Hierfür wurden 10 Mrd. M$ bereitgestellt. Zur Beseitigung des ersten Hauptproblems, der Dominanz der Chinesen in der Wirtschaft und der daraus resultierenden unterschiedlichen Einkommensverteilung, soll die Stellung der Malaysen im Wirtschaftsleben des Landes verbessert werden, ohne daß dadurch andere Rassen diskriminiert werden. Während die Malayen bisher nur einen Anteil von 5 % am Wirtschaftskapital haben, sollen sie bis 1990 30 % erreichen. Zur Lösung des zweiten Hauptproblems, der Beseitigung von Armut und Arbeitslosigkeit, ist die Schaffung von 600 000 neuen Arbeitsplätzen vorgesehen, bei einem gleichzeitig geplanten weiteren durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von über 7 %. Damit soll ebenso der Abbau der sozialen Spannungen erreicht werden.
Da die vorgesehene notwendige Industrialisierung von verstärkten Investitionen auch des Auslands abhängig ist, werden im privaten Sektor umfangreiche Investitionsanreize geboten. Die öffentlichen Ausgaben werden primär zum Ausbau des Bildungswesens und der Infrastruktur sowie der Landwirtschaft eingesetzt.



*Das Unterrichtsgebäude des ITI*

Besondere Förderung gilt vor allem der verarbeitenden Industrie, die 1971 bereits mit 22 % zu den Ausfuhren beitragen konnte. Dieser wichtige Industriezweig befindet sich heute, nach einem relativ späten Start, mächtig im Aufbau. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang die Konservenindustrie, Gummiverarbeitung, Textilindustrie, holzverarbeitende Industrie und neuerdings Erdölerzeugnisse. Nach offiziellen Angaben sind die Planziele für das Wirtschaftswachstum und die Arbeitsbeschaffung im wesentlichen erreicht worden. Bei der Frage der Armut und der Einkommensumverteilung werden jedoch lediglich „Anzeigen spürbarer Verbeserungen" verzeichnet und gleichzeitig Abweichungen von den Grundprinzipien und Zielen sowie Unausgewogenheiten zugegeben.

**Geplante Umverteilung des Aktienbesitzes 1970–1990**

| | Malaien | Chinesen/Inder | Ausländer |
|---|---|---|---|
| 1970 | 1,9 % | 37,4 % | 60,7 % |
| 1990 | 30,1 % | 40,1 % | 29,8 % |

(nZZ 10.1.1976)

**Der 'Third Malaysia Plan' (TMP), (1976 – 1980)**
Der 'Third Malaysia Plan' setzt die mit den beiden früheren Fünfjahresplänen begonnene Politik der 'New Economic Policy' (NEP) fort. Er wurde am 19.7.1976 dem Parlament vorgelegt. Die Hauptziele sind die Beseitigung der Armut in Stadt und Land und die weitere wirtschaftliche Entwicklung




Die jährliche Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes soll von bisher 7,4 % auf durchschnittlich 8,5 % pro Jahr für die dritte Planperiode angehoben werden. Zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung sollen weitere 743 000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Arbeitslosenquote soll von 7,0 % im Jahr 1975 auf 6,1 % 1980 gesenkt werden.
Für dieses Programm sind insgesamt 18,6 Mrd. M$, fast doppelt soviel wie im Zweiten Malaysia Plan, bereitgestellt. Zur Verwirklichung dieses Planes soll in- und ausländisches Kapital bis 1980 weitere 26,8 Mrd. M$ investieren. Hierzu werden verschiedene Investitionsanreize gegeben.
Die Armut des Landes soll durch die forcierte wirtschaftliche Entwicklung bekämpft werden. Die einzelnen Maßnahmen reichen von einer Verbesserung der Trinkwasserversorgung und Elektrizifizierung bis zu einem großzügigen Ausbau des Bildungssystems auf allen Ebenen, insbesondere der Berufsausbildung. Gleichzeitig soll die Sicherheitspolitik weiter verstärkt werden. Die Rassenintegration und der Kampf gegen den Kommunismus sollen weiter vorangetrieben werden.

**Anteile ausländischen Kapitals (1972/73)**

| Sektor | Anteil |
|---|---|
| Agrarsektor, einschl. Forstwirtschaft und Fischerei | 75,3 % |
| Bergbau und Steinbrüche | 72,3 % |
| Industriegüterproduktion | 59,6 % |
| Bauunternehmen | 34,1 % |
| Transport und Kommunikation | 12,0 % |
| Handel | 63,5 % |
| Banken und Versicherungen | 52,3 % |
| Andere Sektoren | 31,3 % |

(aus: Vietnam Bulletin 10.1.1976)

**Zur jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung und Infrastruktur**
1976 fand eine Konjunkturbelebung vor allem durch die verstärkte Nachfrage des Auslandes statt. Die Ausfuhren nahmen wertmäßig um 45,5 % auf 13,3 Mrd M$ zu. Die Exportpreise stiegen bei einer Zuwachsrate des Exportvolumens von 18,3 % um 23 %. Die Ausfuhren Malaysias erhöhten sich im vergangenen Jahr vor allem im Rohstoffbereich (Erdöl nicht mitgerechnet) um 40 %. (1975: Rückgang um 12,1 %).

Die Erdölförderung beträgt momentan 160.000 Barrel täglich und soll bis 1980 auf 250.000 Barrel gesteigert werden.
Dieses entspricht einer Jahresförderung von 12,5 Mio Tonnen. Für den Transport der Rohstoffe besitzt Malaysia ein gut ausgebautes Infrastruktursystem. In Nord-, Süd-Richtung verlaufen 2 Eisenbahnlinien und gut zu befahrende Straßen.
In Ost-West-Richtung sind zwei Highways quer durch den Dschungel im Bau, die die Versorgungswege der Guerillas abschneiden sollen und gleichzeitig Voraussetzung für eine weitere Industrialisierung sind.
Für den Export werden vor allem die Häfen ausgebaut.

In Penang und Klang hat Malaysia zwei Tiefwasserhäfen, die den größten Teil des internationalen Handels der westmalayischen Halbinsel abwickeln. In Penang wird z.Zt. mit Hilfe eines Kredites der Asiatischen Entwicklungsbank über 10 Mio US S ein Container Terminal eingerichtet. Die Einrichtungen für Stückgut werden für 15,1 Mio US S erweitert. Ein weiterer Tiefwasserhafen ist in Johore Bahru fertiggestellt. In Tanjung Gelang, in der Nähe von Kuantan, an der Ostküste der Halbinsel ist ein weiterer Hafen im Bau. Nach Fertigstellung der Häfen soll 1980 die jährliche Kapazität von 6,8 Mio Tonnen 1975 auf rund 11,4 Mio Tonnen zunehmen.
Der wichtigste Hafen Ostmalaysias ist Sandakan.

**Grunddaten zur Wirtschaft Malaysias 1973 – 1976**

| | | 1973 | 1974 | 1975 | 1976 | Veränderung 1976/75 in % |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Bevölkerung (Mitte Jahr) | Mio | 11,3 | 11,65 | 11,9 | 12,3 | + 3,4 |
| Bruttosozialprodukt | Mio US $ | 7'141 | 8'821 | 9'029 | 10'589 | + 17,3 (1) |
| Pro-Kopf-Einkommen | US S | 632 | 760 | 755 | 860 | + 13,9 (1) |
| **Produktion** | | | | | | |
| – Kautschuk | 1000 t | 1'567 | 1'549 | 1'478 | 1'639 (2) | + 11,0 |
| – Rundholz | 1000 m$^3$ | 24'024 | 21'358 | 19'126 | 26'201 | + 37,0 |
| – Schnittholz | 1000 m$^3$ | 4'038 | 4'068 | 3'810 | 5'364 | + 40,8 |
| – Palmöl | 1000 t | 810 | 1'041 | 1'256 | 1'374 | + 9,4 |
| – Reis | 1000 t | 1'269 | 1'350 | 1'287 | 1'205 | – 6,3 |
| – Zinn in Konzentraten | 1000 t | 72 | 68 | 64 | 63 | – 1,5 |
| – Bauxit | 1000 t | 1'143 | 948 | 704 | 660 | – 6,2 |
| – Erdöl | 1000 Barrels | 33'050 | 29'541 | 35'771 | 60'547 | + 69,3 |
| – Kupfer | 1000 t | – | – | 21 (3) | 78 | + 264,0 |
| Industrieproduktion | 1968 = 100 | 187,1 | 215,8 | 216,0 | 260,0(4) | + 18,0 |
| Konsumentenpreise | 1967 = 100 | 117,4 | 137,8 | 144,0 | 147,8 | + 2,6 |
| **Außenhandel** | | | | | | |
| – Exporte | Mio M$ | 7'263 | 9'991 | 9'042 | 13'265 | + 46,7 |
| – Importe | Mio M$ | 5'669 | 9'267 | 8'101 | 9'550 | + 17,9 |
| **Zahlungsbilanz, Währungsreserven und Wechselkurs** | | | | | | |
| – Handelsbilanzsaldo | Mio M$ | + 1'594 | + 724 | + 941 | + 3'715 | – |
| – Ertragsbilanzsaldo | Mio M$ | + 246 | – 781 | – 409 | + 1'735 | – |
| – Kapitalverkehrssaldo | Mio M$ | + 854 | + 1'210 | + 1'297 | + 758 | – |
| – Fehler und Auslassungen | Mio M$ | – 524 | + 23 | – 717 | – 439 | – |
| – Zahlungsbilanzsaldo | Mio M$ | + 576 | + 452 | + 171 | + 2'054 | – |
| – Währungsreserven (Ende Jahr | Mio US $ | 1'349 | 1'625 | 1'519 | 2'465 | + 62 |
| – Durchschnittl. Wechselkurs | MS pro US $ | 2,4426 | 2,4071 | 2,4016 | 2,5416 | – |

(1) Abweichung gegenüber offizieller Wachstumsrate infolge Umrechnung in US $
(2) provisorisch
(3) Beginn der Kupfergewinnung im Oktober 1975
(4) geschätzt

Schweizerische Bankgesellschaft
Konjunktur- und Branchenstudien
Zürich, August 1977

**Ausländische Investitionen**
Malaysia versucht unter allen Umständen ausländische Investitionen zu fördern. Hierbei lassen sich drei verschiedene Kategorien feststellen:
1. Auf Export ausgerichtete Investitionen. Bei diesen Investitionen soll der ausländische Mehrheitsbesitz weiterhin gewährleistet sein.
2. Investitionen mit dem Ziel, Malaysia vom Ausland unabhängig zu machen. Bei diesen Investitionen werden Joint-ventures (3) bevorzugt.
3. Investitionen im Rohstoffsektor. Auch hier gibt es joint-ventures, allerdings mit ausländischer Minderheitsbeteiligung. Die malaysischen Anteile sollen mindestens 70 % betragen, was aber noch nicht durchgesetzt werden konnte und auch in naher Zukunft nicht zu erwarten ist.

**Deutsche Investitionen**
Die meisten ausländischen Niederlassungen konzentrieren sich auf Kuala Lumpur. Viele der ausschließlich für den Export produzierenden Betriebe befinden sich im Indutriegebiet von Penang. Hier sind auch eine große Anzahl der 17 deutschen Betriebe angesiedelt.
Zu den größten deutschen Betrieben im Bereich Penang zählen Bosch, Nordmende, Jasi (Esculap), Optilon, Schott-Glas und Schiffswerft Hong-Leong-Lürssen. Ein Teil der deutschen Betriebe produziert ausschließlich für den deutschen bzw. europäischen Markt. Die dortigen Firmenvorstände hoben hervor, wie sie aufgrund der ausgelagerten Produktionen in Billiglohnländern ihren Absatz in Deutschland steigern könnten und konkurrenzfähiger seien.
Auf das innenpolitische Problem der Arbeitsplätzevernichtung in der BRD durch Produktionsverlagerungen ins Ausland wollen wir hier nicht weiter eingehen.



*Optilon - Malaysia*

**Erfahrungen am Beispiel eines ausgelagerten Betriebes**
Der Betrieb, den wir beschreiben, produziert Reißverschlüsse. Er ist ein Konkurrent des Japanischen Marktbeherrschers YKK. Da YKK Reißverschlüsse in nur drei Farben produziert, ist die Herstellung relativ einfach und der Betrieb kann mengenmäßig am meisten produzieren.
Das deutsche Unternehmen stellt dagegen Reißverschlüsse in vielen Farben her. Die Produktionsstätte liegt im Industriegebiet von Prai, das sich dem Hafen von Butterworth /Penang anschließt. 190 Beschäftigte waren während unseres Aufenthaltes in der Produktion beschäftigt, 207 im gesamten Betrieb, der auf eine Höchstkapazität von ungefähr 245 Personen ausgerichtet ist. Zwei deutsche Mitarbeiter leiten diesen Betrieb. Das Unternehmen ist auf 10 Jahre angelegt. Die Leitung geht davon aus, daß dann entweder das Lohnniveau zu hoch oder die kommunistische Bewegung in Malaysia zu stark geworden ist. Dementsprechend soll eine neue Produktionsstätte in Indonesien entstehen.

Laut Plan sollte der Betrieb nach drei Jahren den ersten Gewinn abwerfen. (Investitionen: etwa 3,5 Mio DM) Tatsächlich amortisierte er sich bereits nach anderthalb Jahren. Bei der Kalkulation dieses Betriebes ist man von einer Arbeitsproduktivität von 55 % im Verhältnis zu der in Deutschland ausgegangen. Die schneller als erwartete Amortisierung ergibt sich aus einer de facto höheren Arbeitsproduktivität der malaysischen Frauen.

Die Produktivität ist in drei Klassen aufgeteilt: A, B und C. Zur Klasse A zählen diejenigen, die eine Arbeitsproduktivität von über 100 % im Vergleich zu der deutschen leisten, zu B diejenigen, die 95 % leisten, zu denen über 3/4 aller Beschäftigten gehören. Diejenigen, die weniger als 95 % leisten, zählen zur Klasse C. Die Werte über 100 % können dadurch erreicht werden, daß die Sicherheitsvorkehrungen, die in Deutschland notwendig sind, in Malaysia nicht beachtet werden. Somit können die malaysischen Frauen schneller an ihren Maschinen arbeiten als bei einer entsprechenden Produktion in Deutschland.
Vorzugsweise werden vom Betrieb Chinesen angestellt, die angeblich eine größere Fingerfertigkeit besitzen und eher selbständig an ihrem Platz arbeiten können. Durch den staatlichen Verteilerschlüssel hinsichtlich der Rassen in Malaysia sind im Betrieb rund 50 % Malayinnen und ungefähr 25 % Chinesinnen sowie 25 % Inderinnen beschäftigt.
Der durchschnittliche Lohn einer Arbeiterin beträgt pro Tag 5,30 M$ (3,60 M$ plus Essenszulage, plus Fahrgeld). Die Büroangestellten verdienen monatlich zwischen 180 und ungefähr 500 M$. Der chinesische Manager der Firma verdient 900 M$. Diese Zahlen zeigen wieder einmal, wie nichtssagend Statistiken sind, in denen z.B. für Malaysia 1976 ein Durchschnitts-pro-Kopf-Einkommen von 860 US $ angegeben wird. – Berücksichtigt werden muß bei diesen Angaben, daß der betroffene Betrieb mit seinen bescheidenen Sozialleistungen im Vergleich zu anderen, auch deutschen Betrieben ein relativ hohes Lohnniveau hat. Durch das Akkordsystem können Löhne erzielt werden, die in anderen Betrieben für Männer gezahlt werden.
Der Betrieb erhält alle zwei Wochen sechs Container aus Deutschland, in denen Rollen mit 200 m Reißverschluß sind. Diese werden auf die entsprechende Länge zugeschnitten, am Ende verschweißt, erhalten den 'Slip' und werden am Anfang zugeschweißt. Die Produktion eines in Deutschland etwa 3,00 DM kostenden Reißverschlusses kommt einschließlich der Material- und der Transportkosten auf 0,13 DM. Die gesamte Herstellung ist für den Export bestimmt. Die Container kommen mit den Rollen und werden gleich mit den zugeschnittenen Reißverschlüssen zurückgesandt. Da der Betrieb in einer Freihandelszone des Hafens liegt, brauchen nur die minimalen Abfälle verzollt zu werden.

Sogar in Deutschland gefertigte Fehlproduktionen von Reißverschlüssen werden nach Malaysia geschickt, dort aufgetrennt und in der nächst kleineren Länge neu aufbereitet. Dieses Verfahren ist ergiebiger als die Beseitigung in Deutschland.
Um den Asiatichen Markt zu gewinnen, werden vor allem in Indonesien Werbekampagnen gestartet, die der Bevölkerung den Sinn und die Notwendigkeit von Reißverschlüssen in ihren Kleidern und Sarongs, die sie bisher nie benötigten, als neues Bedürfnis aufzwingen.
Um dem deutschen Finanzamt zu entgehen, kauft die deutsche Firma von ihrer malaysischen Tochtergesellschaft die Waren. Die Papiere werden dann über eine Scheinfirma in der Schweiz abgefertigt.

**Die Strategien des ausländischen Kapitals und der malaysischen Regierung**
Nicht alle Firmen produzieren ausschließlich für den deutschen oder europäischen Markt. Bosch z.B. stellt Autozubehör auch für den asiatischen Markt her (Blinkkontaktgeber). Im gleichen Werk werden Bauer-Kameras gebaut, die wiederum fast nur für Deutschland bestimmt sind. Bauer, eine Tochterfirma von Bosch, könnte diese Kameras in Europa aufgrund des dort höheren Lohnniveaus gar nicht produzieren.
Fast die Hälfte aller deutschen Firmen produziert im Bereich Penang/Prai. Von bundesdeutscher Seite werden diese Auslandsinvestitionen teilweise mit Entwicklungshilfegeldern und Bürgschaften unterstützt.
Die Regierung von Malaysia bietet den ausländischen Unternehmen eine Reihe von Steuervorteilen, wenn sie gewisse Bedingungen eingehen. Der 'Pioneer Status' ist der begehrteste Investitionsanreiz; denn er gewährt je nach Investition, Produktion und regionalen Gesichtspunkten eine Steuerbefreiung zwischen 2 und 8 Jahren.
Die malaysische Regierung ist zunächst nicht so sehr an Steuereinnahmen als an ausländischen Investitionen interessiert, von denen man sich eine schnelle Industrialisierung, eine Verminderung der Arbeitslosigkeit und den Anschluß an den Weltmarkt verspricht.
Allein schon diese ungeplante Industrialisierung als Zielsetzung ist zu kritisieren, weil sie Malaysia nur noch mehr von Exporten und den Industrieländern und deren Unternehmen abhängig macht. Darüber hinaus tritt der gewünschte und erwartete Effekt nicht einmal ein. Da die Produktionsleitungen und damit das Know how meist ausschließlich (trotz anderslautender Bestimmungen in den malaysischen Gesetzen) in den Händen der Ausländer verbleibt, ist der mit der Industrialisierung verbundene „technische Lernprozeß" – wie von der malaysischen Regierung gewünscht – kaum möglich.

Einige ausländische Unternehmen gaben sogar offen zu, daß sie die Vermittlung von technischem know-how verhindern wollten. Diese Überlegungen gehen soweit, daß bestimmte Produktionen offensichtlich nur für eine relativ kurze Zeit in bestimmte Länder verlagert werden.
Typisch, wenn auch nicht repräsentativ für alle, ist z.B. die Produktion in angemieteten Leichtbauhallen. Die Betriebe sind dabei so angelegt, daß bei möglichen Unruhen oder einem Putsch die Maschinen innerhalb von Stunden in Containern verpackt, schnell zum Hafen transportiert und auf dort liegende deutsche Schiffe verladen werden können. Dieser zeitlich befristeten Konzeption entspricht auch die Planung von Unternehmensleitungen, nach etlichen Jahren die Produktion in andere (billigere) Billiglohnländer (Indonesien, Philippinen) zu verlagern.
Hier wird offenkundig, daß die Vorleistungen des Entwicklungslandes (Infrastruktur, Steuerverzicht, Kredite) mit den negativen Effekten (Landflucht, extreme Umweltverschmutzung, Verbot von Gewerkschaften in bestimmten Betrieben, anschließende Arbeitslosigkeit) mehr Probleme schaffen, als positive Effekte, wenn überhaupt zu verzeichnen sind.
In bestimmten Gebieten bestehen sogar Steuerbefreiungen bis zu 10 Jahren. Sie laufen unter dem Begriff 'Locational Incentive'. 'Labor Utilization Relief' werden als Anreize für die Beschäftigung möglichst vieler einheimischer Arbeitskräfte angeboten. Bei Großprojekten mit langer Anlaufzeit gibt es einen 'Investment Tax Credit'. Für die Modernisierung von Betrieben gibt es einen 'Increased Capital Allowance'. Schließlich gibt es noch allerhand Vergünstigungen für den Bau von Hotels, überhaupt touristischer Einrichtungen, und den Export von Industrieprodukten.
Mit dreizehn westlichen Staaten hat Malaysia bisher ein Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen. Investitionsschutzabkommen bestehen mit der BRD, Frankreich, den USA, Kanada und den Niederlanden. Kapitalgewinne können frei trnsferiert werden und für Importe von Maschinen sind Zollbefreiungen möglich.

**Deutsche Rüstungsindustrie in Malaysia**
Nicht nur Konsum- und Luxusgüterproduktion ist ausgelagert worden, sondern die deutsche Rüstungsindustrie hat in Malaysia ebenfalls Fuß gefaßt. „Die Bremer Lürssen-Werft, auf der seit 1957 die erfolgreichen 'Jaguar'- und Raketenschnellboote gebaut wurden, hat schon vor Jahren einen Weg gefunden, ausländische Kunden zu bedienen, ohne die Bundesregierung um Exportlizenzen angehen zu müssen. 1969 gründeten die Bremer in der malaysischen Hauptstadt Kuala Lumpur eine eigene Werft, die Jaguar-Schiffskörper herstellte. Außerdem schloß Lürssen Know-how-Verträge mit der Singapore Shipbuilding Engineering Ltd. und mit mehreren Werften in Europa und Südamerika." (4) Gegenüber von Penang, auf der Festlandseite baut die Hong-Leong-Lürssen-Werft auch heute noch Schnellboote, die dem deutschen Schnellboottyp entsprechen. Diesen Schnellboottyp fahren mehrere asiatische Länder. Von Malaysia wird er hauptsächlich zum 'Schutz' der Küstengewässer eingesetzt. Mit einem verbesserten Küstenschutz soll der Luxusgüter und Rauschgiftschmuggel besser kontrolliert werden, vor allem aber sollen mit diesen Booten Schiffe abgefangen werden, die der Guerilla-Bewegung alte Waffen aus Vietnam und Kambodscha liefern.



**Zur Funktion der Schule**
Das von uns besuchte Schulprojekt war anfangs zur Ausbildung von Lehrlingen und zur Erwachsenenbildung vorgesehen. Die Schüler sollten ihre Ausbildung periodisch abwechselnd in der Schule und im Betrieb erhalten. Während der Schulzeit sollten die Betriebe den Lehrlingen ihren Lohn weiterzahlen. Da die Betriebe aus Profitgründen aber zu wenig Lehrlinge in die Schule entsandten, wurde von der Schulleitung nicht mehr die Frage nach angepaßter Technologie gestellt, sondern ein Teil der Ausbildung auf ein einjähriges Anlernkonzept umgestellt. Die offizielle Begründung hierfür war, den Jugendlichen bessere Berufsstartchancen zu geben und einen Beitrag zur Abschaffung der hohen Jugendarbeitslosigkeit zu liefern.
Sämtliche Maschinen der Schule sind aus Deutschland und die Schüler werden an ihnen ausgebildet, obwohl entsprechende japanische oder chinesische Modelle nur ungefähr die Hälfte kosten. Mit der deutschen Technologie wird auch deutsche Präzisionsarbeit importiert und gelehrt.

Wer mehr seine praktisch-handwerklichen Fähigkeiten umfassend ausbilden will, Höchstgenauigkeit nicht für so wichtig hält, ist fehl am Platz. Mit dieser Technologie werden auch die zu ihrer Beherrschung notwendigen kulturellen Bedingungen exportiert. Wer sich nicht an die abstrakte Zeit gewöhnen kann, wer zum Prüfungstermin nicht die 20 DM (wie in zwei Fällen geschehen) aufbringen kann, wer sich nicht der Hierarchie beugt, hat an dieser Schule nichts verloren. Als Folgewirkung der Ausbildung haben wir bei manchen Schülern blindes Vertrauen in die Technologie und erfüllbare Erwartungen an sie festgestellt. Dazu kommt eine Vorstellung vom Wirtschaftswunderland Deutschland, in dem das Leben paradiesisch sein muß. Die theoretische Ausbildung ist auch entsprechend. Nur technisches, kein gesellschaftswissenschaftliches Wissen wird vermittelt. Mögliche Fragen über die technologischen

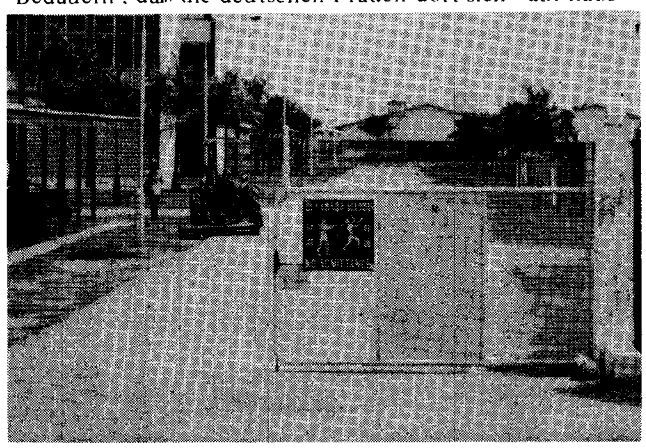


*Darstellung des Anti-Guerilla-Kampfes am Nationalfeiertag*

Folgewirkungen oder Diskussionen über Probleme, die wir inzwischen in unseren westlichen Indutriegesellschaften haben, gehören nicht zum Unterrichtsstoff.
Der nach außen vertretene Erfolg der Schule besteht darin, daß alle Abgänger anschließend eine Stelle erhalten. Durch die guten Kontakte zu den deutschen Firmen findet hier auch eine relativ große Anzahl Schüler eine Unterkunft. Viele Lehrlinge sind zum Beispiel bei Hong-Leong-Lürssen beschäftigt. Die Werft zahlt hohe Löhne, die Schule hat sich auf eine spezielle Ausbildung für diese Schüler eingestellt. Die Anlernlinge erhalten deshalb eine Stelle, weil sie gelernt haben, selbständiger zu arbeiten. Oftmals jedoch entspricht sie nicht ihrer Ausbildung. Anlernlinge werden auch deshalb von den Betrieben schnell eingestellt, weil sie im Gegensatz zu Ungelernten sofort im Produktionsprozeß einsetzbar sind, andererseits aber nicht so hohe Löhne wie Lehrlinge verlangen. Somit erhält die Schule eine Komplementärfunktion für die angesiedelte ausländische Industrie. Ihre ursprüngliche Konzeption, die eine Art Hilfe zur Selbsthilfe zu sein schien, ist verworfen. Nach außen wird die Schule als Musterprojekt dargestellt, und ihre Fehlkonzeption wird mit dem Programm der 'Anlernlinge' verdeckt. Der deutsche Direktor der Schule ist bestrebt, die Mißstände bzw. die Fehlkonzeption weiterhin zu verschleiern. Einerseits hat er Angst um seinen Posten (der Verdienst ist ungefähr doppelt so hoch wie in Deutschland, weil das deutsche Gehalt eines Lehrers weitergezahlt wird und das malaysische dazukommt. Als beamteter Lehrer hat man außerdem nach seiner Rückkehr einen Anspruch auf A 15 = Studiendirektor), andererseits ist er zusätzlich Berater im Manpower Department.
Sein individuelles und bundesdeutsches Regierungsziel ist, eine Art deutsches Berufsschulsystem in Malaysia durchzusetzen.

**Zum Alltagsleben einiger Deutscher**

Oft wird das Leben der dort arbeitenden 'Experten', Instruktoren' usw. in deutschen Publikationen als ein zwar anstrengendes, aber durch malerische Strände und romantische Sonnenuntergänge gut zu ertragendes dargestellt. In diesem Abschnitt wollen wir einen kurzen Einblick in unsere mit einigen Deutschen in Malaysia gemachten Erfahrungen darstellen. Als Einleitung dazu benutzen wir Zitate aus einem Artikel über 'Arbeitsbedingungen in Malaysia' aus der FAZ.
Wenn Christel Pilz (5) ohne jegliche Kommentierung dort schreibt: „Mit einem jährlichen Pro-Kopf-Einkommen von 1700 DM liegt Malaysia nach Singapur an der Spitze der südostasiatischen Nationen", kann sie so etwas nur aus der kritiklosen unreflektierten Sicht viler dort lebender Deutscher sagen. Dies steht dann auch im direkten Zusammenhang mit der Lebensweise, zu der sie schreibt: „Der Wohnungsmarkt bietet derzeit ein breites Angebot von großzügig gebauten Villen, für Monatsmieten zwischen 900 und 1500 DM." Wer mit einem Tageslohn von 5,30 DM (M$) kann sich solche Häuser mieten? Doch „das monatliche Durchschnittseinkommen einer deutschen Führungskraft oder eines deutschen Ingenieurs beträgt netto rund 5.000 DM, wobei Spitzenkräfte mehr, Anfänger weniger verdienen. Das klingt viel, aber man gibt auch mehr aus als in Deutschland, sei es, weil die Nahrungsmittel für europäische Kost mindestens ebenso teuer sind wie in der Bundesrepublik, sei es, weil großzügiger gelebt wird." (6)
Diesen großzügigeren, herrschaftlichen, in der Regel keineswegs mit ihren in Deutschland üblichen und mit ihm zu vergleichenden Lebensstil, spezifiziert sie dann auch in dem 'Bedauern', daß die deutschen Frauen dort sich "auf haus-



*Eingang des Schulgeländes*

frauliche Tätigkeiten beschränken (müssen), und hier erwarten sie zahlreiche gesellschaftliche Pflichten, wie Einladungen zum Essen oder Cocktailpartys, und zwar sowohl für Landsleute, Einheimische (welche wohl?) als auch Vertreter anderer ausländischer Unternehmen ..." Außerdem: „Eine gute Haushälterin ist bereits für ein Monatsgehalt von rund 200 DM zu bekommen." (7)

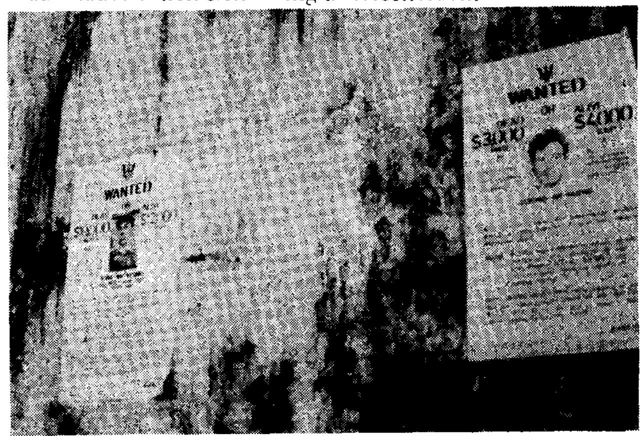
Das Leben und Bewußtsein eines Großteils der Deutschen entspricht diesen Schilderungen. Sie wohnen in Villen mit den genannten Mieten, die sie jedoch nicht bezahlen müssen. Oftmals mieten die Unternehmen die Häuser an, oder z.B. diejenigen, die für die GTZ (Gesellschaft für technische Zusammenarbeit) arbeiten, die einen Entwicklungshilfe-Anspruch vertreten, zahlen lediglich 10 % der Monatsmiete, die über einen Grundbetrag von ungefähr 300 DM hinausgeht.

**Auszüge aus dem Freizeitverhalten einiger Deutscher**

Die Freizeit vieler besteht aus exklusiven Sportarten, wie Fliegen, Motorbootfahren, Tauchen, Schwimmen in geschlossenen Schwimmclubs etc.

Kulturelle Dekadenz in einem 'Entwicklungsland': Die 'Hash House Harriers'.

Eine über ganz Malaysia verbreitete Sportart fast ausschließlich der Weißen (vor allem Australier, Engländer, Deutsche, Schweizer, Österreicher) und einiger weniger Einheimischer, die in ausländischen Betrieben arbeiten, sind wöchentlich stattfindende Dschungelläufe. Sie sind mit unseren Waldläufen vergleichbar. Die Gruppe, die die Läufe veranstaltet, nennt sich 'Hash House Harriers' und teilt sich auf in getrennten Veranstaltungen der Männer und Frauen. Wir haben zwar nur einen Männerlauf miterlebt, doch die Frauenläufe sollen sich wenig unterscheiden.




*Fahnung nach „Guerillas" in Ost-Malaysia*

Das barbarische Verhalten bei diesen Läufen ist erschreckend. Ohne jegliche Rücksicht oder anschließende Entschädigung läuft die Gruppe querfeldein, durch Plantagen der einheimischen Bevölkerung, um den Weg zu finden, der durch zuvor gestreute Schnitzel markiert wurde. Nach rund einer Stunde kommt die zwischen 40 und 100 Mann bestehende Horde am Ziel an, wo ein schon vorher bestellter Getränkewagen mit Mengen von Bier und Sprudel wartet. Oft fahren die Läufer anschließend zum 'makan' (Essen). Ungefähr 60 Männer fuhren in ein chinesisches Restaurant in einem dorfähnlichen Bezirk am Rande von Penang. Bei diesem 'Essen' wurden zwei australische Luftwaffenangehörige verabschiedet. Das nach außen offene Lokal war ganz und gar von den Hash-House-Harriers besetzt. Die anderen Gäste befanden sich an den Tischn draußen vor dem Lokal. Die zu verabschiedenden Soldaten stiegen auf einen Tisch und führten einen Tanz vor. Anschließend hielt fast eine viertel Stunde lang ein englischer Chemiedozent an der Uni von Penang im Shakespeare-Englisch eine Art Büttenrede, bei der er eine fuck-Szene ausführlichst beschrieb. Gelächter, Gegröhle und rum-ta-ta Anstimmungen wechselten sich ab. Die zuvor verbal beschriebene Szene wurde danach pantomiemenartig vorgeführt. Aufforderungen, nicht nur englische Lieder zu singen, sondern auch z.B. 'In München steht ein Hofbräuhaus', wurden von den Deutschen nur teilweise erfüllt, da sie im Gegensatz zu den Engländern lediglich die erste Strophe konnten. Malayen, abgestoßen von dieser 'Gesellschaft', hatten das Lokal verlassen. Chinesen, oft das Potenzfördernde nicht verachtend, belächelten die Leute. Das öffentliche Zurschaustellen einer 'höheren Zivilisation' in einer ganz andersartigen Gesellschaft fand ihren Abschluß in dem unter starken Gelächter von drei Leuten gefressenen Stück Fleisch, das uns bei späterem Nachfragen als Schweinepenis bezeichnet wurde.

Doch nicht nur einige der dort lebenden Deutschen fallen unangenehm auf. Schimpfende und sich beklagende deutsche Touristen hört man in den größeren Städten aus dem allgemeinen Lärm heraus.

Mit der Ansiedlung deutscher Industrie geht auch ein Ausbau des Tourismus-Geschäfts mit Malaysia einher. Im Norden der Insel Penang liegt das Hotel 'Palm Beach', das im Volksmund den Deutschen den Namen Neckermänner gegeben hat. Touristikunternehmen bieten Fahrten für Deutsche zu allen Orten Malaysias an. Vor allem die bisher industriell noch nicht so entwickelte Region der Ostküste soll weiter für den Tourismus ausgebaut werden. Ein deutsches Unternehmen will allein nach Kuala Terengganu monatlich 400 Touristen verschicken.

**Anmerkungen:**

1) Das ASA (= Arbeits- und Studien Aufenthalte in Asien, Südamerika und Afrika)-Programm ist das einzige Undergraduate Programm im Hochschulbereich. Es bietet die Chance, theoretische und fachspezifische Kenntnisse über die Dritte Welt unter Mitarbeit an einem ASA-Programmvorhaben mit praktischen Erfahrungen in Entwicklungsländern zu verbinden. – Nähere Infos bei: Kübel-Stiftung oder über die Autoren beim IZ3W.
2) Siehe, Wilfried Telkämper, Gerhard Puster, Das Industrial Training Institute Prai – Malaysia, ein Fallbeispiel deutscher Entwicklungshilfe im Bereich der technischen Berufsausbildung, Kübel-Stiftung, Bensheim
3) joint-ventures': mit in- und ausländischem Kapital betriebene Unternehmen.
4) in: Der Spiegel, Nr. 38, 15. Sept. 1975, S. 52
5) vgl. FAZ, 5. juni 1976, Nr. 121/V 1 'Arbeitsbedingungen in Malaysia'.
6) vgl. FAZ, a.a.O.
7) vgl. FAZ, a.a.O.

●

# SÜDAFRIKA

## Schwarzes Bewußtsein und die Suche nach wahrer Humanität

Steve Biko

Es steht außer Zweifel, daß die Frage der Hautfarbe ursprünglich aus wirtschaftlichen Gründen in die südafrikanische Politik eingebracht wurde. Die Führer der weißen Gemeinschaft mußten so etwas wie eine Barriere zwischen Schwarzen und Weißen aufrichten, so daß die Weißen auf Kosten der Schwarzen Privilegien genießen und dennoch so frei sein konnten, die offensichtliche Ausbeutung, die selbst die verhärtetsten Gewissen von Weißen noch plagte, moralisch zu rechtfertigen. Die Tradition lehrt jedoch, daß eine Gruppe, die erst einmal die süßen Früchte von Reichtum, Sicherheit und Prestige gekostet hat, es bequemer findet, der offensichtlichen Lüge zu glauben und es für ganz normal zu halten, daß sie allein ein Anrecht auf Privilegien hat. Um das allen Ernstes glauben zu können, muß sie sich selbst all die Argumente zu eigen machen, die die Lüge stützen. Von daher ist es nicht überraschend, daß in Südafrika die Weißen nach generationenlanger Ausbeutung in ihrer Gesamtheit den Glauben an die Minderwertigkeit des Schwarzen angenommen haben, und das so sehr, daß die Rassenfrage, während sie im Ausgangspunkt lediglich ein Seitentrieb der von den Weißen demonstrierten wirtschaftlichen Habsucht war, nun zu einem ernsthaften Problem an sich geworden ist. Weiße verachten mittlerweile Schwarze nicht deswegen, weil sie ihre persönliche Einstellung bekräftigen und damit ihre privilegierte Stellung rechtfertigen müssen, sondern einfach deswegen, weil sie wirklich glauben, alles Schwarze sei minderwertig und schlecht. Das ist die Basis, auf der die Weißen in Südafrika arbeiten, und das ist es, was die südafrikanische Gesellschaft zu einer rassistischen macht.

Der Rassismus, den wir antreffen, existiert nicht nur auf individueller Basis; er ist auch institutionalisiert, um den Anschein zu erwecken, als entspräche er der südafrikanischen Lebensweise. Obwohl es seit kurzem schwache Ansätze gibt, die allzu offensichtlichen rassistischen Elemente des Systems überzupolieren, ist es nach wie vor wahr, daß sich das System von der Existenz anti-schwarzer Einstellungen in der Gesellschaft nährt. Um die Lüge noch weiter am Leben zu erhalten, muß man den Schwarzen jede Chance verbauen, auch nur zufällig einmal ihre Ebenbürtigkeit gegenüber den Weißen unter Beweis zu stellen. Aus diesem Grunde gibt es die nur Weißen vorbehaltenen Jobs (job reservation), unzureichende Fachausbildung und nur einen begrenzten Bereich beruflicher Möglichkeiten für Schwarze. Töricht genug, dreht das System auch noch den Spieß um und sagt, Schwarze seien minderwertig, weil es unter ihnen keine Wirtschaftsfachleute, Ingenieure und so weiter gebe, obwohl es Schwarzen unmöglich gemacht wird, diese Qualifikationen zu erwerben.

Um ihrer Lüge den Anstrich von Wahrheit zu geben und die Richtigkeit ihrer Behauptung unter Beweis zu stellen, haben die Weißen detaillierte Pläne ausgearbeitet, die Rassensituation in diesem Land zu „lösen". So hat man ein Pseudoparlament für „Fabrige"* ins Leben gerufen, und zur Zeit werden eine Reihe von „Bantustaaten" gebildet. So unabhängig und vom Glück begünstigt sind diese, daß sie nicht einen Cent für ihre Verteidigung auszugeben brauchen, weil sie vom weißen Südafrika, das in Zeiten der Not immer zur Unterstützung herbeieilen wird, nichts zu befürchten haben. Natürlich ist die Arroganz der Weißen und ihre Verachtung den Schwarzen gegenüber unübersehbar, auch in den klug durchdachten modernen Unterjochungsmethoden.

Der umfassende Erfolg der weißen Machtstruktur liegt darin, daß sie es fertiggebracht hat, die Weißen zur Verteidigung des status quo zusammenzuschließen. Indem die Machthaber geschickt den Popanz von der „swart gevaar" ins Spiel gebracht haben, haben sie selbst hartgesottene Liberale zu überzeugen vermocht, daß der Gedanke, der Schwarze könne den ihm zustehenden Platz am Ruder des südafrikanischen Schiffes einnehmen, etwas Furchterregendes an sich habe.

Folglich bestärken die Weißen sich gegenseitig, auch wenn sie ein paar bescheidene Meinungsverschiedenheiten in Detailfragen der Unterjochungsschemata zulassen. Zweifellos stellen sie aber die Gültigkeit weißer Werte nicht in Frage.

Das Grundproblem in Südafrika ist der Analyse liberaler Weißer zufolge die Apartheid. Um sie zu bekämpfen, sagen die Weißen, müssen wir rassisch ungetrennte Gruppen bilden. Zwischen diesen beiden Extremen, behaupten sie, liege das Land voll Milch und Honig, für das wir uns einsetzen. These, Antithese und Synthese sind von einigen großen Philosophen als die Angelpunkte genannt worden, um die sich jede soziale Revolution dreht. Für die Liberalen heißt die These Apartheid, die Antithese wäre die Aufhebung der Rassentrennung, aber die Synthese ist äußerst schwach definiert. Sie möchten den Schwarzen erzählen, sie sähen in der Integration die ideale Lösung.

Das Schwarze Bewußtsein definiert die Situation anders. Die These ist in der Tat ein starker weißer Rassismus, und deshalb muß die Antithese ipso facto eine starke Solidarität unter den Schwarzen sein, welche dieser weiße Rassismus auszubeuten sucht. Aus diesen beiden Situationen können wir deshalb so etwas wie ein Gleichgewicht zu erlangen hoffen – eine wahre Humanität, in der Machtpolitik keinen Raum hat. Diese Analyse macht die Differenz zwischen dem alten und dem neuen Ansatz deutlich. Der Fehler der Liberalen liegt in der Tatsache, daß ihre Antithese bereits eine verwässerte Version der Wahrheit ist, deren starke Nähe zur These das vorgebliche Gleichgewicht null und nichtig macht.

Für die Schwarzen ist es viel wichtiger, diesen Unterschied zu sehen, als für die Weißen. Wir müssen akzeptieren, daß keine Gruppe, wie wohlwollend sie auch sei, den Besiegten jemals die Macht auf dem Tablett servieren kann. Wir müssen akzeptieren, daß die Grenzen der Tyrannen ge-

setzt sind durch die Geduld der von ihnen Unterdrückten. Solange wir bei Herrn Weiß mit der Mütze in der Hand um unsere eigene Emanzipation betteln, geben wir ihm weiterhin unsere Billigung, mit seinem rassistischen und unterdrückerischen System fortzufahren. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß unsere Situation von seiten der Weißen nicht ein Fehler, sondern ein bewußter Akt ist und daß kein noch so großer Aufwand an moralischen Lektionen den Weißen überreden kann, die Situation zu „korrigieren".

Das ist der Grund, warum wir die Bettlertaktik zurückweisen müssen, die uns von jenen aufgezwungen wird, die unsere grausamen Herren gern besänftigen möchten. Dies ist die Stelle, wo die Botschaft der SASO** und der Schrei: „Schwarzer, du bist auf eigenem Grund und Boden!" relevant werden.

Das Konzept der Integration, dessen Vorzüge in weißen liberalen Kreisen oft in den Himmel gehoben werden, steckt voller nicht hinterfragter Voraussetzungen, die weiße Wertvorstellungen einschließen. Es handelt sich um ein seit langem von Weißen definiertes und von Schwarzen nie geprüftes Konzept. Es beruht auf der Voraussetzung, daß mit dem System alles in Ordnung sei – bis auf ein paar Mißstände bezüglich seiner Anwendung, die auf irrationale Konservative an der Spitze zurückzuführen seien. Selbst die Verfechter der Integration vergessen des öfteren, diese in ihr angeblich schönes Gewand einzukleiden. Untereinander sprechen sie über den wunderschönen Markt, den man ausbeuten könnte, gäbe es die Job-Reservierung nicht. Dabei vergessen sie, daß sie über Menschen sprechen. Sie betrachten die Schwarzen als zusätzliche Hebel an irgendwelchen komplizierten Maschinen. Das ist die Integration des weißen Mannes – eine Integration, die auf ausbeuterischen Maßstäben beruht. Es ist eine Integration, in der Schwarze mit Schwarzen konkurrieren und einander als Sprossen auf einer steilen Leiter benutzen, die zu weißen Wertvorstellungen hinaufführt. Es ist eine Integration, in der der Schwarze sich an diesen Wertvorstellungen bewähren muß, bevor er der Annahme und endgültigen Assimilation für würdig befunden wird, und in der die Armen ärmer und die Reichen reicher werden in einem Land, wo die Armen von jeher schwarz gewesen sind. Wir wollen nicht auch noch daran erinnert werden, daß wir, die Einheimischen, es sind, die im eigenen Geburtsland arm und ausgebuetet sind. Das sind Konzepte, die der Ansatz des Schwarzen Bewußtseins aus dem Herzen des Schwarzen herausreißen will, bevor unsere Gesellschaft von unverantwortlichen Menschen, deren kultureller Hintergrund aus Coca-Cola und „Hamburgern" besteht, ins Chaos getrieben wird.

Schwarzes Bewußtsein ist eine geistige Einstellung und eine Lebensform, der positivste Ruf, der seit langer Zeit aus der schwarzen Welt laut wird. Im Entscheidenden geht es darum, daß der Schwarze sich der Notwendigkeit bewußt wird, sich mit seinen Brüdern um die Ursache der Unterdrückung – die schwarze Hautfarbe – zu scharen und als Gruppe zu handeln, um sich von den Ketten zu befreien, die sie zu unaufhörlicher Knechtschaft binden. Das Schwarze Bewußtsein gründet sich auf eine Selbstprüfung, die die Schwarzen letztlich zu der Auffassung gebracht hat, daß sie mit dem Versuch, vor sich selbst davonzulaufen und es dem Weißen gleichzutun, die Intelligenz desjenigen beleidigen, der – wer immer es war – sie als Schwarze erschuf. Die Philosophie des Schwarzen Bewußtseins drückt darum Gruppenstolz und die Entschlossenheit der Schwarzen aus, sich zu erheben und das Selbst, dessen Bild sie vor sich sehen, zu erlangen. Freiheit ist die Fähigkeit, sich selbst mit den eigenen Möglichkeiten zu bestimmen, Möglichkeiten, die nicht durch die Macht, die andere über einen haben, sondern allein durch die Beziehungen, die man zu Gott und der natürlichen Umwelt hat, eingeschränkt werden. Auf eigenem Grund und Boden möchte der Schwarze deshalb seine Umgebung erforschen und seine Möglichkeiten testen – mit anderen Worten: seine Freiheit mit allen Mitteln, die er für angemessen hält, realisieren. Im Zentrum dieser Denkweise steht bei den Schwarzen das Bewußtsein, daß die mächtigsten Waffen in der Hand des Unterdrückers Geist und Seele des Unterdrückten sind. Ist jemand im Herzen frei, kann keine von Menschen geschmiedete Kette ihn zur Knechtschaft binden, aber ist der Geist eines Menschen so durch den Unterdrücker manipuliert und kontrolliert, daß der Unterdrückte sich selbst für dem weißen Manne unterworfen hält, dann wird es nichts geben, was der Unterdrückte tun könnte, seine mächtigen Herren einzuschüchtern. So bringt denn das Denken in den Bahnen des Schwarzen Bewußtseins den Schwarzen dazu, daß er sich als ein in sich abgeschlossenes Selbst sieht. Es macht ihn weniger abhängig und gibt ihm mehr Freiheit, sein Menschsein zum Ausdruck zu bringen. Und am Ende steht, daß er von niemandem den Versuch dulden kann, die Bedeutung seines Menschseins zu schmälern.

Damit das Schwarze Bewußtsein als schwarze Philosophie nutzbringend auf Menschen in einer Lage wie der unsrigen Anwendung finden kann, müssen eine Reihe von Einzelpunkten beachtet werden. Als Volk, das in einem unablässigen Kampf um Wahrheit lebt, müssen wir althergebrachte Konzepte, Wertvorstellungen und Systeme untersuchen und befragen. Haben wir die richtigen Antworten gefunden, so werden wir anschließend an der Weckung des Bewußtseins aller Menschen arbeiten, damit es uns möglich wird, voranzuschreiten und diese Antworten wirksam werden zu lassen. Bei diesem Voranschreiten müssen wir unsere eigenen Schemata, Formen und Strategien entwickeln, um der jeweiligen Notwendigkeit und Situation gerecht zu werden, wobei wir unsere grundlegenden Glaubenssätze und Wertvorstellungen stets im Gedächtnis behalten müssen.

Unter allen Aspekten der Beziehungen zwischen Schwarzen und Weißen – heute und in der Vergangenheit – erkennen wir auf Seiten der Weißen konstant die Tendenz, Schwarze als Menschen mit minderwertigem Status hinzustellen. Unsere Kultur, unsere Geschichte und in der Tat alle Aspekte des Lebens des Schwarzen wurden in der großen Kolision zwischen den einheimischen Werten und der anglo-burischen Kultur nahezu bis zur Unkenntlichkeit verformt.

Die ersten, die nach Südafrika kamen und auf menschliche Weise mit den Schwarzen in Beziehung traten, waren die Missionare. Sie gehörten zur Vorhut der Kolonisationsbewegung, um die Wilden zu „zivilisieren und zu erziehen" und ihnen die christliche Botschaft nahezubringen. Die Religion, die sie brachten, war für die schwarze einheimische Bevölkerung ganz und gar fremd. Die afrikanische Religion war essentiell vom Christentum nicht radikal verschieden. Auch wir glaubten an einen Gott, wir hatten unsere eigene Schar von Heiligen, über die wir mit unserem Gott in Verbindung traten, und wir hielten es für mit unserer Lebensweise unvereinbar, Gott losgelöst von den verschiedenen Aspekten unseres Lebens zu verehren. Von daher war der Gottesdienst keine spezielle Funktion, die einmal in der Woche in einem besonderen Gebäude ihren Ausdruck fand, sondern er nahm in unseren Kriegen, unseren Biergelagen, unseren Tänzen und ganz all-

gemein in unseren Bräuchen Gestalt an. Immer wenn Afrikaner tranken, wandten sie sich zunächst an Gott, indem sie einen Teil ihres Bieres verschütteten. War in ihrer Familie etwas nicht in Ordnung, so brachten sie Gott Opfer dar, um ihn zu besänftigen und für ihre Sünden zu sühnen. Eine Hölle gab es in unserer Religion nicht. Wir glaubten an das dem Menschen innewohnende Gute – so hielten wir es für selbstverständlich, daß alle Menschen bei ihrem Tode zur Gemeinschaft der Heiligen kamen und darum unsere Ehrfurcht verdienten.

Es waren die Missionare, die die Menschen mit ihrer neuen Religion verwirrten. Sie machten unseren Landsleuten mit Geschichten von der Hölle Angst. Sie stellten ihren Gott als einen fordernden Gott dar, der Verehrung wollte, „sonst..." Die Menschen mußten, um in diese neue Religion aufgenommen zu werden, ihre Kleidung und ihre Bräuche ablegen. Besser als jeder andere wußten die Missionare, daß nicht alles, was sie taten, für die Ausbreitung der Botschaft unabdingbar war. Aber die grundlegende Absicht ging viel weiter als nur auf die Ausbreitung des Wortes. Ihre Arroganz und ihr Monopol auf Wahrheit, Schönheit und moralisches Urteil ließ sie eingeborene Bräuche und Traditionen verachten und sich darum bemühen, diesen gesellschaftlichen Gruppen ihre eigenen neuen Werte einzuflößen.

Sehr sorgfältig sollte man auch das Ausbildungssystem für Schwarze unter die Lupe nehmen. Dieselbe spannungsgeladene Situation fand sich schon vor langer Zeit, bei der Ankunft der Missionare. Man lehrte die Kinder – wobei es vorgeblich um Hygiene, gute Manieren und ähnliche vage Unterrichtsziele ging – die Erziehungsmethoden zu Hause zu verachten und die Werte und Bräuche ihrer Gesellschaft in Frage zu stellen. Das Ergebnis entsprach den Erwartungen. Kinder und Eltern betrachteten das Leben unter verschiedenem Blickwinkel, und erstere verloren den Respekt für letztere. Nun ist es in der afrikanischen Gesellschaft für ein Kind eine Todsünde, den Respekt vor den Eltern zu verlieren. Aber wie will man den Respektverlust zwischen Kind und Eltern vermeiden, wenn das Kind von seinen allwissenden weißen Tutoren angehalten wird, die Unterweisung seiner Familie zu mißachten. Wer kann sich gegen den Verlust des Respekts vor seiner Überlieferung sperren, wenn sein gesamter kultureller Hintergrund in der Schule in einem Wort zusammengefaßt wird: Barbarei? So erkennen wir unmittelbar, welche Logik darin liegt, daß man den Missionar in die vorderste Reihe des Kolonisationsprozesses stellte. Ein Mann, dem es gelingt, eine Gruppe zur Übernahme einer fremden Anschauungsweise zu bringen, in der er selbst Experte ist, macht sie zu immerwährenden Schülern, deren Fortschritt auf einem bestimmten Gebiet nur von ihm selbst begutachtet werden kann. Der Schüler muß sich ständig mit der Bitte um Anleitung und Förderung an ihn wenden. Unter dem Zwang, die anglo-burische Kultur zu übernehmen, haben die Schwarzen es zugelassen, auf die Gnade des Weißen angewiesen zu sein und ihn als ewige Aufsichtsperson über sich zu haben. Nur er kann uns sagen, wie gut wir unsere Rolle spielen, und instinktiv setzt jeder von uns alles daran, diesem mächtigen, allwissenden Herrn zu gefallen. Das ist es, was das Schwarze Bewußtsein ausrotten will.

Ein schwarzer Autor hat richtig gesagt, der Kolonialismus gebe sich nie damit zufrieden, den Eingeborenen im Griff zu haben; er müsse sich im Zuge einer seltsamen Logik auch seiner Vergangenheit zuwenden und sie verunstalten und verzerren. Daran liegt es, daß die Geschichte der Schwarzen in diesem Land eine außerordentlich enttäuschende Lektüre ist. Sie wird lediglich als eine lange Abfolge von Niederlagen dargestellt. Die Shosas waren Diebe, die um gestohlenen Gutes willen in den Krieg zogen. Die Buren provozierten die Xhosas nie, sondern zogen nur auf „Strafexpeditionen", um die Diebe zu Räson zu bringen. Helden wie Makana*** , die letztlich Revolutionäre waren, werden als abergläubische Unruhestifter hingestellt, die den Leuten vorgelogen hätten, Kugeln würden sich in Wasser verwandeln. Große Nationsgründer wie Shaka sind grausame Tyrannen, die häufig kleinere Stämme aus keinem anderen Grund als um irgendwelcher sadistischer Ziele willen angriffen. In der Geschichte, die man uns lehrt, liegt nicht nur keine Objektivität, sondern häufig werden Tatsachen auf erschreckende Weise verfälscht, so daß selbst dem uninformierten Studenten übel wird.

So wird man unserer Geschichte ein gehöriges Maß an Aufmerksamkeit widmen müssen, wenn wir als Schwarze uns bei dem Prozeß des Bewußtwerdens gegenseitig helfen wollen. Wir müssen unsere Geschichte neu schreiben und darin die Helden hervorbringen, die den Kern unseres Widerstandes gegen die weißen Invasoren bildeten. Es müssen mehr Einzelheiten offengelegt werden, und der Ton muß auf den erfolgreichen Versuchen zur Nationenbildung solcher Männer wie Shaka, Moshshoe und Hintsa **** liegen.

Uns zugehörig ist eine Gesellschaft, die wirklich auf den Menschen ausgerichtet ist und deren heilige Tradition im gegenseitigen Teilgeben besteht. Wir müssen, wie wir es schon die ganze Zeit getan haben, die individualistische, kalte Lebensauffassung ablehnen, die den Eckstein der anglo-burischen Kultur ausmacht. Wir müssen versuchen, dem Schwarzen das große Gewicht wieder deutlich zu machen, das wir menschlichen Beziehungen beizumessen pflegten, die hohe Rücksichtnahme auf Menschen, auf ihr Eigentum und auf das Leben an sich, und gleichzeitig müssen wir versuchen, den Triumph der Technik über den Menschen und das materialistische Element, das in unsere Gesellschaft eindringt, zu reduzieren.

Das sind essentielle Züge unserer schwarzen Kultur, an denen wir festhalten müssen.

Wir sind uns bewußt, daß die Schwarzen noch immer kolonisiert werden, selbst innerhalb der Grenzen Südafrikas. Ihre billige Arbeitskraft hat dazu beigetragen, Südafrika zu dem zu machen, was es heute ist. Unser Geld aus den schwarzen Townships braucht nur einen Tag, um in weiße Geschäfte und weiße Banken zu fließen, und alles, was wir im Leben tun, ist, den Weißen entweder durch Arbeit, oder durch blankes Geld zu bezahlen. Kapitalitische ausbeuterische Tendenzen, gepaart mit der offenen Arroganz des weißen Rassismus, haben sich gegen uns verschworen.

So ist es denn in Südafrika heute sehr teuer, arm zu sein. Es sind die Armen, die am weitesten von der Stadt entfernt wohnen und deshalb mehr Fahrgeld ausgeben müssen, um zur Arbeit für Weiße zu kommen. Es sind die Armen, die unwirtschaftliche und lästig wirkende Brennmaterialien wie Paraffin und Kohle benutzen, weil der Weiße sich weigert, in schwarzen Wohngebieten Elektrizität zu installieren. Es sind die Armen, die mit Hilfe vieler dehnbar formulierter restriktiver Gesetze regiert werden und deshalb Geld für Strafanzeigen wegen „technischer" Vergehen ausgeben müssen. Es sind die Armen, die keine Krankenhäuser haben und deshalb exorbitanten Forderungen von Privatärzten ausgesetzt sind. Es sind die Armen, die unasphaltierte Straßen benutzen, lange Wege zu Fuß zurücklegen müssen und deshalb den größten Verschleiß an Gegenständen des täglichen Bedarfs, wie zum Beispiel Schuhen, haben. Es sind die Armen, die für die Schulbücher ihrer Kinder bezahlen müssen, während Weiße sie kostenlos erhalten. Der Hinweis, daß die Armen die

Schwarzen sind, erübrigt sich.
Wir müssen darum noch einmal unser Augenmerk darauf richten, wie wir am besten unsere wirtschaftliche Macht, so klein sie auch scheinbar sein mag, einsetzen können. Wir müssen ernsthaft die Möglichkeit zur Errichtung von Handels-Kooperativen untersuchen, deren Erträge wieder in Wohnbereichs-Entwicklungsprogramme eingebracht würden. Wir sollten auf jenen Linien, wie zum Beispiel der Kampagne „Kauft bei Schwarzen", die seinerzeit in Johannesburg angeregt wurde, weiterdenken und unsere eigenen Banken zum Wohl der Gemeinschaft einrichten.
Die organisatorische Entwicklung unter den Schwarzen ist bislang schwach, weil wir es zugelassen haben. Nun, da wir wissen, daß wir auf eigenem Boden stehen, ist es unsere unabdingbare Pflicht, diese Notwendigkeiten zu erfüllen.
Der letzte Schritt für das Schwarze Bewußtsein ist, unsere Operationsbasis zu verbreitern. Eine der Grundaussagen des Schwarzen Bewußtseins ist die Totalität des Engagements. Das bedeutet, daß alle Schwarzen als eine große Einheit dastehen müssen, in der keine Abspaltung und Abweichungen und Hauptstrom zugelassen werden. Von daher müssen wir den Versuchen seitens der Protagonisten der Bantustan-Theorie, Zersplitterung in unser Bemühen um die Sache zu tragen, Widerstand entgegensetzen. Wir werden nicht als Individuen, nicht als Zulus, Xhosas, Vendas oder Inder unterdrückt. Wir werden unterdrückt, weil wir schwarz sind.
Wollen wir wirklich Veränderungen herbeiführen, so müssen wir aus unserem Hafen aufbrechen, müssen wir bereit sein, Bequemlichkeit und Sicherheit, unsere Jobs und Prestigeposten und unsere Familien zu verlieren, denn so wie es wahr ist, daß „Führerschaft und Sicherheit grundsätzlich unvereinbar" sind, so ist ein Kampf ohne Verwundete kein Kampf. Wir müssen jenen prophetischen Schrei schwarzer Studenten realisieren: „Schwarzer, du stehts auf eigenem Grund und Boden!"
Einige werden den Vorwurf erheben, wir seien rassistisch, aber diese Leute gehen genau von den Werten aus, die wir ablehnen. Wir haben nicht die Macht, irgend jemanden zu unterjochen. Wir beantworten Provokation nur auf so realistische Weise wie möglich. Rassismus impliziert nicht nur den Ausschluß einer Rasse durch eine andere; er setzt immer voraus, daß der Ausschluß mit dem Ziel der Unterjochung erfolgt. Die Schwarzen haben genügend Erfahrung als Objekte des Rassismus gesammelt, um nicht den Wunsch zu hegen, den Spieß umzudrehen. Mag es auch wichtig sein, jetzt über die Schwarzen im Blick auf ihre Beziehung zu den Weißen zu sprechen, so dürfen wir das doch nicht zu unserer Hauptbeschäftigung machen, denn das kann eine negative Übung sein.
Je näher wir unseren Zielen kommen, desto mehr laßt uns über uns und unseren Kampf und desto weniger über die Weißen sprechen.
Wir sind aufgebrochen, uns um wahre Humanität zu mühen, und irgendwo weit hinten am Horizont erkennen wir den schimmernden Preis. Laßt uns mit Mut und Entschlossenheit voranschreiten, wobei wir unsere Stärke aus dem gemeinsamen Elend und unserer Bruderschaft gewinnen. Mit der Zeit werden wir in der Lage sein, Südafrika die größte nur mögliche Gabe zu geben: ein menschlicheres Antlitz.

Aus: BiKo, Steve: Schwarze Theologie in Afrika. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1973

*
Mischlinge, von denen die meisten in der Kap-Provinz leben
**
South African Students Organization
***
Ein Xhosa-Prophet des frühen 19. Jahrhunderts, der zu lebenslänglicher Haft auf Robben Island verurteilt war und ertrank, als er in einem Boot flüchtete. Die Weigerung der Schwarzen, die Wahrheit seines Todes zu akzeptieren, führte zum Mythos der Hoffnung auf seine Rückkehr zu irgendeinem Zeitpunkt.
****
Berühmte Stammeshäuptlinge der Zulu, Basotho und Tswana – in dieser Reihenfolge

# DÄNEMARK

# Die Rolle der kleinen Industrieländer bei der Ausbeutung der Dritten Welt

Peter Neersö

Immer mehr Menschen werden sich der Tatsache bewußt, daß die Entwicklungsländer von ausländischen Firmen beherrscht und ausgebeutet werden. Jedoch denkt man dabei meistens an die großen multinationalen Gesellschaften, die ihren Sitz in den USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland oder Japan haben. Es wird oft vergessen, daß auch kleine und mittlere Unternehmen mit Sitz in kleinen kapitalistischen Ländern eine Rolle bei der imperialistischen Ausbeutung der Dritten Welt spielen können.
Nachdem die Entwicklungsländer die politische Unabhängigkeit erreicht haben, hat sich ihre imperialistische Beherrschung geändert. Sie sind nicht mehr von einer spezifischen Kolonialmacht abhängig, sondern von den entwickelten kapitalistischen Ländern insgesamt. Unter neokolonialen Bedingungen ist der Erfolg einer ausländischen Firma nicht zuallererst abhängig von der politischen und militärischen Stärke ihres Heimatlandes. Der Erfolg des Unternehmens ist eher abhängig von seiner Kapitalkraft und Marktkontrolle und besonders von seinem Besitz an fortschrittlichen Technologien.

**Das Beispiel Dänemark**

Unter diesen Bedingungen haben kleine industriell entwickelte Länder eine Chance, bei der Ausbeutung der Dritten Welt mitzuwriken, auch wenn sie keine bedeutsame koloniale Vergangenheit haben. Ein solches Land ist Dänemark. Dieses Land war früher bekannt als ein agrarisches Land, aber in den letzten Jahrzehnten hat sich seine Industrie schnell entwickelt und Dänemark einen der höchsten Lebensstandards der Welt gebracht.
Die meisten dänischen Industrieunternehmen sind relativ klein und leiden an Kapitalmangel. Sie sind nicht sehr aktiv in den Schwerindustrien, die Massenproduktion erfordern und dazu große Kapitalauslagen. Stattdessen neigen sie dazu, sich auf spezialisierte, hochtechnisierte Produkte zu konzentrieren, die auch in geringeren Mengen ökonomisch produziert werden können, z.B. Lebensmittelerzeugnisse, Bier, Ausrüstung für Lebensmittelproduktion, Farben, Medikamente und spezialisierte Elektronikprodukte.
Dänemark hat nur 3 oder 4 Gesellschaften, die als multinationale Unternehmungen definiert werden können. Die größte von ihnen, die East Asiatic Company, hat Investitionen in etwa 50 Ländern. Aber daneben haben etwa 50 andere dänische Unternehmen in der Dritten Welt investiert, die meisten von ihnen nur in 1 oder 2 Entwicklungsländern. Oft handelt es sich um relativ kleine Firmen, die nur einige hundert Arbeiter beschäftigen und keine großen Kapitalressourcen haben. Aber sie besitzen moderne Technologien, mit denen sie ansehnliche Profite machen können, indem sie die technologische Abhängigkeit der Entwicklungsländer ausnutzen.
Die dänischen Investitionen in Entwicklungsländern sind von Zentrum für Entwicklungsforschung in Kopenhagen untersucht worden. Die folgenden Einzelheiten stützen sich auf diese Studie, hauptsächlich auf Interviews mit dänischen Firmen.

Fast alle dänischen Investitionen in Entwicklungsländern sind import-substituierend. Sie werden vorgenommen, wenn die Einführung von Importverboten oder hohen Zolltarifen die dänischen Unternehmen von ihren Exportmärkten abzuschneiden droht.

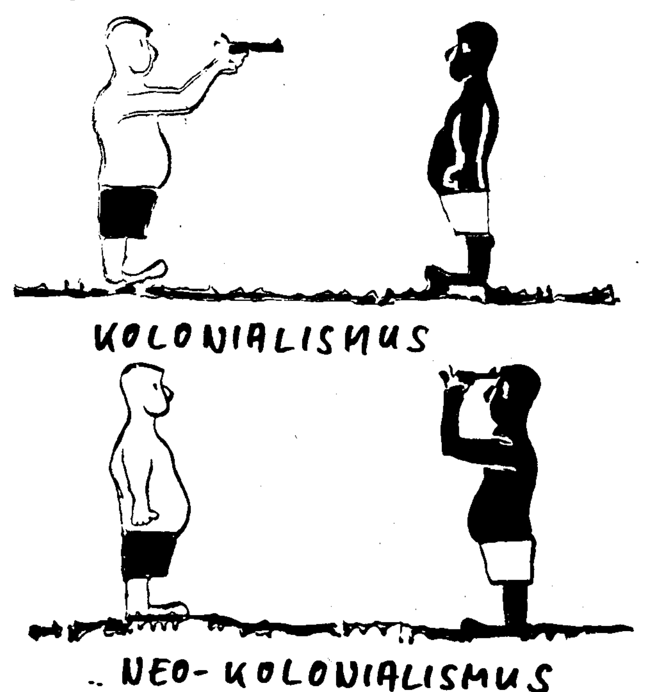
**Hohe Profite gefragt**

Die dänischen Gesellschaften gaben fast einhellig an, daß sie nicht bereit seien, in Entwicklungsländern zu investieren, wenn nicht der erwartete jährliche Profit nach Abzug der Steuern mindestens 20 bis 25 % des investierten Kapitals betrage. Ihr tatsächlicher direkter Profit lag zwischen 0 und 57 %, mit einem ungewichteten Durchschnitt von 20 %. Dazu müssen indirekte Gewinne in Form von Lizenzgebühren hinzugerechnet werden, die die Tochtergesellschaften an die Muttergesellschaft zahlen, sowie Gewinne durch Lieferungen von „inputs" durch die Muttergesellschaften an die Tochterfirmen.
Der geforderte Ertrag ist größer für Investitionen in Entwicklungsländern als für Investitionen andernorts. Die dänischen Unternehmen rechtfertigten dies durch die höheren Risiken in Entwicklungsländern, z.B. in Hinblick auf Nationalisierungen oder bürgerkriegsbedingte Schäden. Eine große dänische Firma gibt den Entwicklungsländern „Noten" für ihre politische Stabilität und Haltung gegenüber ausländischen Investitionen. Die dänischen Investoren bevorzugen besonders Länder wie Brasilien, wo die Investitionen gesetzlich begünstigt sind, wo es eine wohlhabende Oberklasse gibt, die die dänischen Luxusgüter kaufen kann, und wo die Regierung die Löhne niedrig hält, indem sie die Arbeiterbewegung unterdrückt.
Es gibt einige Gründe für die hohen Durchschnittsgewinne, die dänische Firmen im Ausland machen. Einer von ihnen ist das Vorherrschen niedriger Löhne in der Dritten Welt. In den meisten Entwicklungsländern verdient ein ungelernter Arbeiter nur zwischen 10 und 20 % des Lohnes eines dänischen Arbeiters. Einige der dänischen Geschäftsleute versuchten, diesen Faktor zu vertuschen, indem sie behaupteten, die Arbeitsproduktivität sei entsprechend niedriger in den Entwicklungsländern. Dies ist jedoch nicht wahr, da die Arbeitsproduktivität in den meisten dänischen Tochtergesellschaften in Entwicklungsländern mindestens 75 % der Arbeitsproduktivität in Dänemark beträgt.
Ein weiterer Grund für die hohen Profite, die den dänischen Investoren erwachsen, ist, daß sie gewöhnlich große Anleihen in den Gastländern aufnehmen. Örtliche Kredite erfordern in der Regel nur einen Jahreszins von 6 bis 10 %, während dänische Bankanleihen etwa 15 % im Jahr kosten und nicht leicht erhältlich sind, besonders nicht für Investitionen in Entwicklungsländern. Gewöhnlich sind die dänischen Unternehmen daran interessiert, so große örtliche Kredite wie möglich zu bekommen, nicht nur weil sie billig sind, sondern weil sie auch ihre eigenen Kapitalauslagen verringern und damit ihr Risiko. So stammt ein Großteil der hohen Gewinne der dänischen Investoren nicht von der Investition ihres eigenen Kaitals, sondern von dem Kapital, das sie am Standort zu niedrigen Zins-

raten geliehen haben!

**Beziehungen schaffen Privilegien**

Der wichtigste Grund für die hohen Profite der dänischen Investoren ist, daß sie in der Lage sind, von den Gastregierungen Privilegien auszuhandeln (Steuerbefreiungen usw.) Die dänischen Firmen äußerten gegenüber dem Zentrum für Entwicklungsforschung, daß es für einen Investor ein Vorteil sei, aus einem kleinen Land ohne nenneswerten Verruf als Kolonialland zu kommen. Oft bringt man sie nicht in Verbindung mit Imperialismus und Ausbeutung, obwohl sie sich verhalten wie alle anderen Investoren auch. Dies gibt ihnen in den Entwicklungsländern ein Wohlwollen, das es ihnen erleichtert, von den Regierungen der Gastländer Zugeständnisse zu bekommen.




Korruption ist unüblich in Dänemark, und dänische Geschäftsleute werden gewöhnlich als relativ ehrlich angesehen. Sie zeigen jedoch eine beachtliche moralische Flexibilität, wenn sie um Privilegien in Entwicklungsländern verhandeln. Etwa die Hälfte der befragten dänischen Geschäftsleute erklärte offen, daß sie Schmiergelder an Regierungsbeamte zahlen, um Zugeständnisse und Genehmigungen zu erhalten. Bestechungsgelder werden meist durch lokale Mittelsmänner gezahlt, so daß die dänischen Geschäftsleute ihre Hände in Unschuld waschen können.
In vielen Ländern veranlaßt die Regierung die ausländischen Investoren, „joint ventures" (Firmenzusammenschlüsse) in Zusammenarbeit mit ortsansässigen Partnern einzugehen. Einige dänische Gesellschaften ziehen die „joint ventures" den Tochtergesellschaften in 100-prozentigem Besitz vor, weil die örtlichen Partner gewöhnlich gute Verbindungen zur Regierung haben, was es erleichtert, Ausnahmeregelungen zu erhalten.
Eine dänische Firma namens DCK hat besonders geschickt die richtigen Leute beeinflussen können, um große Zugeständnisse zu bekommen. Diese Gesellschaft erzeugt Spargel usw. in Kenia zum Verbrauch in Europa. Die Konzessionen, die die kenianische Regierung DCK gegeben hat, schließen das Exklusivrecht für Spargelanbau für eine Periode von acht Jahren und einen „Status-Quo-Kontrakt" bezüglich der Steuern für 25 Jahre ein. Letzteres bedeutet, daß mögliche Steigerungen der Steursätze oder die Einführung neuer Steuern DCK nicht betreffen werden.
DCK erhielt diese Privilegien vom kenianischen Landwirtschaftsministerium, als Bruce McKenzie Landwirtschaftsminister war. Später verließ McKenzie das Kabinett und wurde Mitglied des Direktoriums von DCK. 1975 kaufte er die Hälfte der Anteile der DCK-Muttergesellschaft vom dänischen Gründer der DCK (die andere Hälfte der Anteile gehört weiterhin einer US-amerikanischen Gesellschaft). So erntet er nun die Profite, die von den liberalen Konzessionen stammen, die er selbst der DCK bewilligte, während er Landwirtschaftsminister war!
Ein weiteres Mitglied des Direktoriums ist Kenias oberster Staatsanwalt Njonjo. Diese Verbindung ermöglichte es der DCK, die Polizei in Streiks eingreifen zu lassen, die die DCK-Arbeiter als Protest gegen ihre miserablen Löhne organisierten.

**Wie man Beschränkungen umgeht**

Die Entwicklungsländer versuchen, die Belastung ihrer Zahlungsbilanz, die durch die Gewinnrückführungen der ausländischen Investoren verursacht wird, dadurch einzuschränken, daß sie sie dazu zwingen, ihre Gewinne oder einen Teil davon in den Gastländern zu reinvestieren. Jedoch sind die ausländischen Firmen einschließlich der dänischen clever genug, solche Beschränkungen zu umgehen. Eine dänische Firma bestach in einem afrikanischen Staat einen Beamten, damit er akzeptiere, daß die Tochtergesellschaft der Muttergesellschaft eine jährliche Gebühr für geleistete Dienste zahle. Das war reiner Schwindel, weil die geleisteten Dienste schon durch eine Lizenzgebühr bezahlt wurden.
Ein großer Teil der vom Zentrum für Entwicklungsforschung befragten Unternehmen gaben offen zu, daß sie die Beschränkungen auf die Gewinnrückführung umgingen, indem sie überhöhte Rechnungen ausstellten (over-invoicing). Das heißt, daß die dänischen Muttergesellschaften Maschinen, Teile und Rohstoffe an ihre Tochterfirmen zu einem künstlich hohen Preis verkauften, um Gewinne von den Filialen an die Mutterhäuser zu übertragen. In den meisten Fällen von Rechnungsüberhöhungen waren die Überführungspreise 15 – 30 % über den Weltmarktpreisen, in einigen Fällen sogar 100 bis 300 Prozent über diesen.
In einigen Entwicklungsländern versucht die Regierung, die Transferpreise zu überprüfen. Das ist allerdings nur möglich bei Gütern, die regulär auf dem Weltmarkt gehandelt werden. Eine dänische Gesellschaft verkaufte früher Chemikalien an eine ihrer Filialen zu einem etwa 15 % über dem auf dem Weltmarkt üblichen liegenden Preis. Als das Gastland die Kontrolle der Transferpreise einführte, mußte die Unternehmung das Überhöhen von Rechnungen bei ihren üblichsten Chemikalien einstellen, aber sie stellt für die auf dem Weltmarkt nicht regulär gehandelten Chemikalien weiterhin überhöhte Rechnungen aus.
1976 wurde Briscoe, eine Tochtergesellschaft der East Asiatic Company, in Ghana nationalisiert, nachdem ein offizieller Bericht gezeigt hatte, daß Briscoe Ghanas Beschränkungen auf eine Gewinnrückführung umgangen hatte, indem sie überhöhte Rechnungen ausgestellt hatte. Zuerst verweigerte die Regierung Ghanas jegliche Entschädigung für die Nationalisierung und verwarf die ausländische Einmischung in die Briscoe-Affäre. Aber die dänische Regierung setzte Ghana unter Druck und überredete die Europäische Gemeinschaft dazu, die Briscoe-Affäre beim Treffen der Lomé-Konvention im April 1977 auf die Tagesordnung zu bringen. Der gemeinsame Druck Dänemarks und der EG zwang die Regierung Ghanas, ihre Verurteilung der ausländischen Einmischung bei der Briscoe-Affäre aufzugeben, und das Ergebnis mag sein, daß die East Asiatic Company eine teilweise Entschädigung für die Nationalisierung erhält.
Eine dänische Unternehmung, nämlich die oben erwähnte

DCK, überträgt Gewinne aus den Gastländern durch Ausstellen zu niedriger Rechnungen. Die DCK-Filiale in Kenia verkauft Spargel an die DCK-Filiale in der Schweiz zu einem küsntlich niedrig gehaltenen Preis. So werden die meisten Gewinne in die Schweiz überführt, wo die Steuersätze beträchtlich niedriger liegen als in Kenia.

**Beherrschung durch Exportbeschränkungen**

Die Wirkung der dänischen Investitionen auf die Zahlungsbilanzen der Entwicklungsländer wäre weniger negativ, wenn die dänischen Tochterunternehmen exportieren würden. Aber Exporte von dänischen Filialen sind nicht nennenswert, obwohl die meisten Regierungen der Entwicklungsländer Exportsubventionen gewähren. Beinahe die Hälfte aller gefragten dänischen Firmen hatten gar keine Exporte von ihren Zweigstellen in Entwicklungsländern. Nur etwa ein Viertel von ihnen exportierte mehr als 10 % ihrer Produktion. In den meisten Fällen gingen diese Exporte in Länder, die mit dem Gastland ein Freihandelsabkommen hatten, so daß die dänischen Gesellschaften die Zahlung von Importsteuern vermieden.
Der Grund für die mageren Exporte der Filialen ist, daß die Muttergesellschaften gewöhnlich den Weltmarkt für sich reservieren wollen. Aus demselben Grund verbieten sie in der Regel auch ihren Konzessionsinhabern zu exportieren. (oder erlauben ihnen nur, auf einige unbedeutende Märkte zu exportieren)Wenn die Regierung des Entwicklungslandes eine schriftliche Exportklausel im Lizenzvertrag verbietet, zwingt die dänische Firma oft den Lizenznehmer, eine geheime Abmachung mit dem gleichen Effekt hinzunehmen – ein sogenanntes „gentleman's agreement".
Das Exportverbot, das dänische und andere Kapitalisten normalerweise ihren Tochtergesellschaften und Konzessionsinhabern in Entwicklungsländern auferlegen, ist ein ernsthaftes Hindernis für die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder. Es ist eine gute Veranschaulichung der Herrschaft, die die ausländischen Firmen kraft ihres Besitzes an fortgeschrittener, monopolisierter Technologie ausüben.

**Die Rolle der dänischen Regierung**

Scheinbar betreibt die dänische Regierung den Entwicklungsländern gegenüber eine fortschrittliche Politik. In dieser Hinsicht versucht Dänemark, Schweden nachzueifern, obwohl seine Freiheit im Bereich der Außenpolitik durch die Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft und der NATO schweren Einschränkungen unterliegt. Die Forderungen der Entwicklungsländer nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung werden von der dänischen Regierung verbal unterstützt. Das offizielle Ziel derdänischen Entwicklungshilfe, von der ein kleiner Teil an Befreiungsbewegungen, etwa im südlichen Afrika, gegeben wird, ist die Unterstützung der Ärmsten in den Entwicklungsländern.
Unterzieht man die dänische Politik gegenüber den Entwicklungsländern einer näheren Überprüfung, so stellt sich heraus, daß diese in Wahrheit nicht sehr progressiv ist. Verschiedene Studien haben gezeigt, daß viele dänische Entwicklungshilfeprojekte, die in der Absicht durchgeführt werden, die Armen zu unterstützen,im Endeffekt die Reichen begünstigen. Der Grund hierfür liegt darin, daß ein Großteil der dänischen Hilfe an kapitalistische Entwicklungsländer wie Kenia und Indien gegeben wird, wo einflußreiche Politiker oft in der Lage sind, die Entwicklungshilfeprojekte ihren eigenen Interessen nutzbar zu machen.
Einige konservative Kräfte in Dänemark lehnen es ab, daß Befreiungsbewegungen offizielle Zuweisungen erhalten. Diese sindjedoch ohnehin bei weitem zu gering, um irgendeinen bedeutenden Einfluß auf die Stärke der Befreiungsbewegungen nehmen zu können. Andererseits mögen sie eine politische Bedeutung haben, die Dänemark nützen kann. Die geringen Beiträge, die die MPLA und die Frelimo während der Befreiungskriege von Dänemark erhielten, haben Dänemark in Angola und Mozambique politisches Wohlwollen verschafft, das große dänische Exporte in diese Länder nach ihrer Befreiung zur Folge hatte. So kann die dänische Hilfe für Befreiungsbewegungen unter Umständen als raffinierte Form der Exportankurbelung verstanden werden!
Die Hälfte der bilateralen dänischen Entwicklungshilfe besteht aus Staatsanleihen, die an Käufe in Dänemark gebunden sind. Diese Art der Hilfe ist eine direkte Form der Exportförderung zugunsten der dänischen Industrie. So ist die dänische Entwicklungspolitik in der Realität nicht sehr progressiv, sondern sehr eng mit den Interessen der privaten Wirtschaft Dänemarks verknüpft.
Dasselbe gilt für die offizielle dänische Haltung gegenüber dänischen Privatinvestitionen in Entwicklungsländern. Dies hat sich deutlich am Verhalten der dänischen Regierung in der Briscoe-Affäre gezeigt. Es zeigt sich aber auch an der Tatsache, daß die Privatwirtschaft das dänische Parlament veranlaßt hat, zwei Gesetzentwürfe für die Förderung dänischer Investitionen in Entwicklung sländern zu verabschieden. Der erste Entwurf enthält eine Investitionsgarantie, die Verluste, resultierend aus Verstaatlichung und Bürgerkrieg,deckt. Die Investoren zahlen eine jährliche Prämie in Höhe von 0,5 % des Garantiebetrages, was für solch eine Versicherung enorm billig ist.
Der zweite Entwurf sieht einen Industrialisierungsfonds für Entwicklungsländer vor. Dieser Fonds fördert dänische Privatinvestitionen in Entwicklungsländern mithilfe billiger Kredite und Subskriptionsanteile.
Normalerweise akzeptiert der Fonds die Bedingungen der dänischen Investoren und führt keine wirksame Kontrolle ihrer Aktivitäten in Entwicklungsländern durch. Das bedeutet, daß durch den Fonds dänische Investitionen unterstützt werden können, die offensichtlich negative Auswirkungen auf die Wirtschaft der Gastländer haben, indem etwa lokale konkurrierende Unternehmen aus dem Markt gedrängt werden. Das Ausschalten von in einheimischem Besitz befindlichen Unternehmen hat oft negative Beschäftigungseffekte, da diese häufig arbeitsintensiver produzieren als die in ausländischem Besitz befindlichen Gesellschaften.
Die mangelhafte Kontrolle der dänischen Gesellschaften durch den Industrialisierungsfonds hat zur Folge, daß diese den Fonds – d.h. die dänischen Steuerzahler – um sein Geld betrügen können. Die oben erwähnte Methode der Rechnungsüberhöhung, wie sie vom DCK verwandt wird, hat dem Fonds schwere Verluste zugefügt, da dieser bis vor kurzem etwa 20 % der Anteile von DCK Kenia hielt – wo keine nennenswerten Profite auftreten –, aber keinen einzigen Anteil von DCK Schweiz – wo die meisten Profite aus den kenianischen Operationen auftauchen. 1976 verkaufte der Fonds seine Anteile an DCK Kenia an Bruce McKenzie, offensichtlich zu einem sehr niedrigen Preis.
Die dänischen Investoren gaben an, sehr glücklich über die Zusammenarbeit mit dem Industrialisierungsfonds zu sein. Es stellt einen Vorteil für sie dar, eine offizielle dänische Institution im Rücken zu haben, weil dies ihre Verhandlungsposition stärkt und es ihnen erleichtert, Zugeständnisse von von den Gastregierungen zu erhalten. Auf diese Weise wird die Ausbeutung der Dritten Welt durch dänische Privatfirmen von der dänischen Regierung unterstützt – obwohl diese immer wieder eine fortschrittliche Haltung gegenüber den Entwicklungsländern und deren Forderungen nach einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung vorgibt.

# ÄGYPTEN: EXPERIMENTIERFELD FÜR TECHNOLOGISCHE GROSSPROJEKTE

*Die Dritte Welt ist zu einem Experimentierfeld für waghalsige Großprojekte geworden, die in den Industrieländern entworfen und von Firmen und Technikern aus Industrieländern verwirklicht werden. Wenn solche Projekte zustande kommen, verbinden sich der Profithunger und die verantwortungslose Wißbegier europäischen Kapitals und europäischer Wissenschaft mit der Prestigesucht der Bourgeoisie in den unterentwickelten Ländern. Die Artikel unseres Themenblocks beschreiben zwei sowohl ökonomisch als auch technologisch gigantische Vorhaben in Ägypten, von denen das eine – das auf deutsche Initiative zurückgehende Quattara-Projekt – sich gerade noch im Stadium der Planung befindet, während das andere – der von der UdSSR errichtete Assuan-Staudamm – seit 13 Jahren fertig ist. Beide Artikel untersuchen die verheerenden ökologischen Auswirkungen dieser Projekte, die beim Assuan-Staudamm bereits unumstößliche Realität sind, während sie sich beim Quattara-Projekt durch Verzicht auf das ganze Vorhaben noch vermeiden lassen.*
*Es ist kaum vorstellbar, daß Projekte diesen Ausmaßes in Industrieländern mit ähnlicher Leitfertigkeit geplant und durchgeführt würden; die Praxis beim Bau von Atomkraftwerken ist bezeichnend: In Ländern der Dritten Welt werden in der Regel noch weniger Sorgfalt und Kosten aufgewendet, um ihre Nützlichkeit und Unschädlichkeit zu prüfen; sie werden dort noch deutlicheraus dem unverhüllten Profitmotiv heraus errichtet.*

*Die Nachteile solcher Projekte für ein Entwicklungsland bestehen nicht nur in den immensen Kosten und den negativen ökologischen Auswirkungen selbst. Da diesen Auswirkungen mit den in der Dritten Welt hergebrachten technischen Hilfsmitteln und Methoden kaum begegnet werden kann, ist das Entwicklungsland, wenn es sie wirksam bekämpfen will, wiederum auf Kapital und Technologie aus den Industrieländern angewiesen. Das hat zwangsläufig eine verstärkte Abhängigkeit zur Folge. Westliche und östliche Industrieländer sind dabei austauschbar, da sie dieselbe Rolle spielen. Der von russischen Technikern und mit russischen Krediten errichtete Assuan-Damm hält heute den fruchtbaren Nilschlamm zurück, der seit Jahrtausenden alljährlich das ägyptische Kulturland gedüngt hat. Mit der traditionalen Landbaukunst der Fellachen läßt sich den Folgen des Schlammangels – Versalzung, Erosion und Abtragung durch das Meer – nicht entgegenwirken. Heute werden in Ägypten mit deutschem Kapital und know-how Kunstdüngerfabriken errichtet, deren Produktion den ausbleibenden Schlamm ersetzen soll; werden hochkomplizierte Entsalzungsmaschinen aus der Bundesrepublik und Holland eingesetzt; planen westliche Meliorations-Experten ausgedehnte Drainagesysteme, um die Abnahme der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche zu stoppen. Bei diesen Maßnahmen muß Ägypten natürlich die Bedingungen der „Geberländer" akzeptieren, die in erster Linie auf ihr eigenes Geschäft bedacht sind. Und selbst dort, wo sich die erwünschten Folgen des Assuan-Staudamms eingestellt haben, hat das eine verstärkte Ausrichtung auf die Industrieländer und die damit vermachte Abhängigkeit zur Folge: Allein dadurch, daß jetzt Wasser vorhanden ist, ist noch kein dauerhaft nutzbares neues Kulturland geschaffen worden, auch hier bedarf es des Kunstdüngers, der Entsalzung sowie hochmoderner Verfahren des Ackerbaus und der Viehzucht, wenn dies Ziel erreicht werden soll. Das alles muß importiert und mit Devisen bezahlt werden. Als die Bundesrepublik Ägypten durch den Verkauf deutschen Zuchtviehs und einer Station für künstliche Besamung „helfen" wollte, wurde teilweise sogar das Heu zur Viehfütterung aus Deutschland importiert, da die ägyptische Nahrungsgrundlage für die bundesdeutschen Prachtbullen zu dürftig war. Im industriellen Bereich sieht es nicht besser aus: Über Kunstdüngerfabriken hinaus hat der neugewonnene elektrische Strom bisher nur die Errichtung eines sowjetischen Aluminiumwerks zur Folge gehabt. Der Aluminium-Rohstoff Bauxit wird gegen Devisen aus Australien importiert, das Produkt – große, weißglänzende Metallblöcke, mit denen man in Ägypten nichts anfangen kann – wird in die Sowjetunion exportiert. (Alle Angaben über den Assuan-Staudamm nach: Albrecht Heise/Volker Hoffmann: „Im Jahre 13 nach Assuan", ZDF-Sendung vom 7.8.1977. Manuskript beim ZDF erhältlich.)*

*Am Beispiel der beiden im folgenden analysierten Projekte wird deutlich, daß in der Dritten Welt technologische Neuerungen nur dann nützlich sein können, wenn sie von vornherein auf die Bedingungen des jeweiligen Landes und die Bedürfnisse und Fähigkeiten des jeweiligen Volks zugeschnitten sind. Statt die herkömmlichen landwirtschaftlichen und industriellen Produktionsverfahren der Dritten Welt zu verdrängen, hätte eine solche Technologie sie in kleinen Schritten und ohne großen Kostenaufwand weiterzuentwickeln, damit die Produktivität zunimmt. Aus den Industrieländern kann sie nicht stammen, wo das Profitstreben hinter jeder technologischen Forschung steht und ihr ganz andere Bedingungen, Bedürfnisse und Fähigkeiten zugrunde liegen. Die notwendige alternative Technologie kann nur in den unterentwickelten Ländern selbst entstehen, nachdem sie das Joch des Kolonialismus und Imperialismus abgeworfen haben.*

*Red.*

# Das Qattara-Projekt: 213 H-Bomben für Sadat?

Michael Gregorkiewitz

**1. Einleitung**

In der Qattara-Senke in Ägypten soll ein Wasserkraftwerk gebaut werden, das den Niveauunterschied zwischen der Senke ( – 60 m) und dem Mittelmeerspiegel nutzen soll. Das geplante Projekt trägt alle Anzeichen technokratischen Größenwahns und naturwissenschaftlichen Unverstands, vereint mit den unverantwortlichsten Auswüchsen spätkapitalistischer Ausbeutung der dritten Welt:

Mit 213 H-Bomben* (entsprechend 10 000 Hiroshimabomben) soll ein Kanal zwischen Mittelmeer und Qattarasenke gesprengt werden. Die Folgen dieser nuclearen Sprengung sind nicht abzusehen: Radioaktivität im ganzen östlichen Mittelmeer, tektonische Verschiebungen, usw.
Und das alles, nur um für einige Jahrzehnte eine vergleichsweise geringe Elektrizitätsmenge zu erzeugen (etwa 25 % eines KKW der Größe Biblis B), wobei ganz nebenbei ein konzentrierter Salzsee entsteht, etwa wie das Tote Meer, der alles Leben in der Quattarasenke für immer unmöglich macht.
Trotzdem, unbeachtet von der deutschen und ägyptischen Öffentlichkeit ist das Projekt bis zur letzten Planungsstufe gelangt und 1978 soll mit dem Bau begonnen werden.

Im folgenden wird ein Vortrag von der Fachtagung des BdWi**: Abrüstung und die Aufgabe der Naturwissenschaftler am 6./7. Mai 1977 in Darmstadt wiedergegeben, in dem das Qattara-Projekt selbst beschrieben und einer eingehenden Kritik unterzogen wurde, um dann zum Schluß abzuschätzen mit welchen Maßnahmen die Durchführung des Projektes verhindert werden kann.

**2. Das Qattara-Projekt**

**2.1 Geographische Grundlagen**

Die Fläche der Qattara-Senke entspricht mit 19.500 km$^2$ ziemlich genau der Fläche von Hessen oder Rheinland-Pfalz. 12.000 km$^2$, also etwa zwei Drittel, liegen unter – 60 m.

Damit ist die Qattara-Senke (qattara) die bei weitem größte von 6 Senken in der westlichen Wüste Ägyptens. Im Gegensatz zu den übrigen Senken, die sämtlich Oasen sind mit einigen tausend bis 60.000 Einwohnern, ist die Qattara-Senke eine Depression (tiefste Stelle – 132 m unter dem Meeresspiegel), deren Quellen (eventuell wegen der Nähe des Mittelmeers) häufig brackiges und salzhaltiges Wasser liefern und die daher weitgehend unbewohnt ist und nur als Durchzugsgebiet genannt wird.

Man nimmt an, daß die Senke bis vor einigen 10.000 Jahren von einem Süßwassersee gefüllt war, der dann der nacheiszeitlichen Austrockung des Saharagebietes zum Opfer fiel. Heute ist die Qattara-Senke nur noch im Winter stellenweise von Brackwasserpfützen erfüllt, die im Sommer austrocknen und eine Salzkruste zurücklassen. Die Vegetation ist spärlich, wenn auch an einigen Stellen verkrüppelte Palmen auftreten.
Der geologische Aufbau der Senke ist noch weitgehend unbekannt, erst in jüngster Zeit wurden Ölvorkommen entdeckt (1).

* (H-Bomben sind Atombomben besonders hoher Sprengkraft)
** (Bund demokratischer Wissenschaftler)

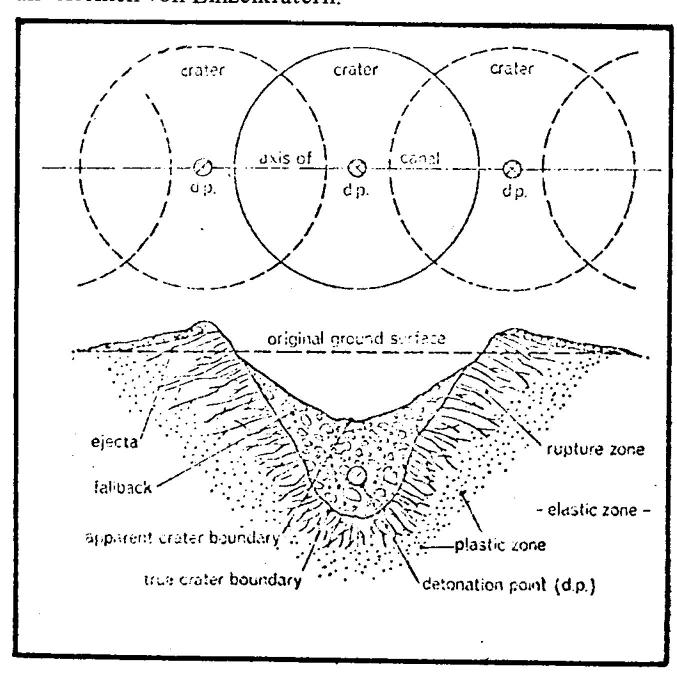
**2.2. Das Kraftwerk-Projekt von F. Bassler**

Schon seit langem bestehen Pläne, den Niveauunterschied zwischen Mittelmeer und Qattara-Senke energetisch zu nutzen. Das jetzige Projekt geht auf eine Kostenstudie von J. Ball im Jahr 1933 zurück (2). Ende der fünfziger Jahre wurde es vom Siemens-Konzern wieder aufgegriffen und in der Folgezeit unter Leitung von F. Bassler, TH Darmstadt, weiterentwickelt. In seiner endgültigen Fassung (F. Bassler 1975 (3)) stellt sich das Qattara-Projekt folgendermaßen dar:

Durch einen Kanal wird Mittelmeerwasser (3,5 % Salzgehalt) bis an den Rand der Senke geführt. Das Salzwasser fließt hier über ein Wasserkraftwerk in die Senke ab, wobei die 60 m Fallhöhe in elektrische Energie umgesetzt werden. Um in dem 76 km langen Kanal möglichst wenig Gefälle (insges. 1,5 m) zu verlieren und eine annehmbare Durchfließgeschwindigkeit des Wassers zu gewährleisten (circa 0,05 m/s (6), entsprechend ruhigen Flüssen) wird die Wasserführung 280 m breit und 50 m tief (Querschnitt = 14.000 m$^2$).

Der gesamte Graben durch den Gebirgsriegel zwischen Mittelmeer und Qattara-Senke muß natürlich wesentlich größer als die eigentliche Wasserführung ausgelegt werden: je nach der Höhe des Gebirges, die zwischen 50 m und 200 m variiert, muß ein Graben von 500 m bis über 1 km Breite und entsprechender Tiefe gesprengt werden. Die Sprengung selbst erfolgt mit 213 H-Bomben von je 1 bis 1,5 Megatonnen Sprengkraft (4). Die Bomben werden in Tiefen von – 100 bis – 500 m unter der Erdoberfläche gezündet, und die aneinandergereihten Einzelkrater ergeben dann den Graben (5). (siehe Abb. )

Schema zur Sprengung des Grabens durch Auseinanderreihen von Einzelkratern.



Die Wassermenge, die durch das Kraftwerk fließt, ist entscheidend für seine Kapazität. Sie ist ihrerseits davon abhängig, wieviel des zugeführten Wassers in der Qattara-Senke verdunsten kann, denn nur in einer Anfangsphase kann man beliebig viel Wasser einfließen lassen, eben bis die Senke auf ein Niveau von – 60 m gefüllt ist. Es ist vorgesehen, anfangs 1180 $m^3/s$ (6) einfließen zu lassen (Vergleich: der Rhein führt etwa 2400 $m^3/s$), was einer elektrischen Leistung von 0,630 mia W (6) entspricht bei Annahme eines Nutzungseffekts von 85 %. Nach etwa 10 Jahren ist die Senke dann bis auf – 60 m aufgefüllt, mit 209 $km^3$ Salzwasser, das durch die ständige Verdunstung mittlerweile auf 7,9 % Salzgehalt konzentriert worden ist.

Für die Folgezeit wird eine Verdunstungsrate von 21,6 $km^3$/ Jahr angenommen, ein Wert, der sich auf Messungen an Süßwasser stützt. Das verdunstete Wasser wird durch neu einfließendes Mittelmeerwasser wieder ersetzt und man kann das Kraftwerk weiterhin mit 656 $m^3$ Wasser /s betreiben, entsprechend einer Leistung von 0,352 mia W bzw. einer Energie von 3090 mia Wh/Jahr. Nach 50 Jahren soll die Anlage amortisiert sein, und nach weiteren 10 Jahren ist die Salzwasserkonzentration des Sees bereits so hoch (ca. 24 %, Sättigung bei 27 % !*), daß immer geringere Mengen Wasser verdunsten und die Anlage langsam zum Stillstand kommt. Um die Anlage wirtschaftlich attraktiv zu machen, ist außerdem ein Pumpspeicherwerk vorgesehen: nachts wird ein Teil der erzeugten Energie dazu verwendet, Wasser in ein natürlich vorgefundenes Bassin am Rand der Qattara-Senke (Höhe: 210 m über dem Meeresspiegel) hochzupumpen, aus dem es dann wieder abgelassen werden kann, um den teuren Strom an Spitzenverbrauchszeiten zu liefern. Die Kapazität des kombinierten Kraftwerks (Normalbetrieb und Pumpspeicherwerk) kann dann für ein paar Stunden am Tag höher ausgelegt werden; F. Bassler rechnet meist mit einer Leistung von 2,40 mia W, die in etwa 3 Stunden abgegeben werden, während die Anlage für den Rest des Tageskeine Energie liefert, sondern nur intern Energie verbraucht um Wasser hochzupumpen.

Der Kostenvoranschlag für das gesamte Projekt beläuft sich auf etwa 3 Mia DM (1975), was Investitionskosten von 8,50 DM/installierte W Kapazität ergibt (7), wenn auf die Dauerleistung von 0,352 mia W bezogen wird. Bezieht man auf die Spitzenleistung von 2,40 mia W, dann ergeben sich 1,25 DM/installierte W, was sich unter Vorbehalt mit den Investitionen für den Assuan-Staudamm (1,60 DM/W) und dem KKW Biblis (2,08 DM/W) vergleichen läßt.
Die Verwendung der erzeugten Energie ist für eine noch zu erstellende Industrie im 170 km entfernten Alexandria geplant.

**3. Kritik zum Kraftwerkprojekt von F. Bassler**

Die folgende Kritik zum Qattara-Projekt ist in einzelne Unterpunkt gegliedert:
Technische Mangelhaftigkeit und Unwirtschaftlichkeit
Ökologische Konsequenzen
Politisch-ökonomische Konsequenzen.

Eine solche Unterteilung existiert natürlich nicht wirklich, denn beispielsweise müßte eine globale Betrachtung die Unwirtschaftlichkeit des Projektes nicht allein aus technischen Mängeln herleiten, sondern genauso die ökologischen und politischen Konsequenzen in eine Kosten – Nutzen – Analyse mit einbeziehen.
Wenn also im Folgenden von Unwirtschaftlichkeit die Rede ist, dann soll damit nur der Begriff gemeint sein, wie er sich auf die kapitalistische Kosten – Nutzen – Analyse des Projekts von F. Bassler (8) anwenden läßt.

Sämtliche ökologische und politische Folgen sind in diesem Projekt selbstverständlich nicht berücksichtigt, sie gehen ja nicht zu Lasten der Kraftwerksbauer.

**3.1. Technische Mangelhaftigkeit und Unwirtschaftlichkeit**

Die Geschichte des Quattara-Projekts, beginnend von Penk (1912) über Ball (1933) bis heute, ist lang und wechselhaft, nicht zuletzt weil schon bald feststand, daß die ungeheuren Kosten in keinem Vergleich zum Nutzen standen.
Die verschiedenen vorgeschlagenen früheren Projekte unterschieden sich kaum: man dachte an ein oder zwei Tunnel von 10 m Durchmesser zwischen Mittelmeer und Qattara-Senke, die in konventioneller Technik gebaut werden sollten und schlug lediglich diverse Linienführungen für die Tunnel sowie unterschiedliche Wassereinflußmengen vor.

Was das Projekt in seiner heutigen Fassung gerade noch wirtschaftlich macht (50 Jahre Amortisierung gegenüber wenig mehr als 60 Jahre Laufzeit (9)), sind vor allem zwei Neuheiten gegenüber allen früheren Plänen:
– die Einplanung des Pumpspeicherwerks, mit dem seit 1964 vergeblich versucht wurde, das Projekt zu retten,
– und schließlich der seit 1971 geplante Einsatz der nuklearen Sprengung, das Ei des Columbus, das den Kraftwerkserbauern 3 Milliarden DM Baukosten erspart und das Projekt damit wirtschaftlich in greifbare Dimensionen rückt.

Trotzdem ist die Wirtschaftlichkeit immer noch zweifelhaft, schließlich bringt der ganze Aufwand nur etwa 25 % der Dauerleistung eines „normalen" Kernkraftwerks (Biblis B: 1,3 mia W gegenüber Qattara: 0,352 mia W), bei etwa gleichen Baukosten (ca. 3 Milliarden DM). Die Autoren des Projekts versuchen deshalb auch mit allen Mitteln, die Wirtschaftlichkeit zu rechtfertigen: Ständig wird das Pumpspeicherwerk zitiert. Aber in Wirklichkeit vergrößert es die Leistung natürlich nicht, es erlaubt nur eine tageszeitliche Umverteilung der Energieabgabe. Wenn F. Bassler also enorm groß anmutende Kapazitäten (2,4 mia W, sogar 10,0 mia W (!) (10)) nennt, dann bedeu-

**Wer A sagt ...**

A: „Die Unternehmergewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die sicheren Arbeitsplätze von übermorgen."

B: „Dann sind die Unternehmergewinne von vorgestern und die Investitionen von gestern die sicheren Arbeitsplätze von heute?"

* Ab 27 % Salzgehalt kann aus dem Salzwasser kein Wasser mehr verdunsten, ohne daß sich gleichzeitig festes Salz abscheidet. Das Salz kristallisiert natürlich zuerst da aus, wo gleichzeitig Wasser verdunstet, d.h. auf der Oberfläche. Die gebildete Salzkruste verhindert dann eine weitere regelmäßige Verdunstung, so daß man mit dem teilweisen oder völligen Stillstand der Anlage rechnen muß. Der reguläre Betrieb wurde daher auf maximal 70 Jahre konzipiert.

tet das nichts anderes, als eine enorme Installation an Turbinen und Generatoren, die aber nur für ganz wenige Stunden am Tage laufen. Nach der energieintensiveren Anfangsphase von 10 Jahren muß zur Betreibung des Pumpspeicherwerks sogar zusätzlich Strom aus dem Verbundnetz entnommen werden (11). Spätestens damit wird klar, daß das Pumpspeicherwerk im Prinzip gar nichts mit dem Qattara-Kraftwerk zu tun hat, sondern an jeder anderen Stelle genauso errichtet werden könnte.

Bei allen Rechtfertigungs versuchen fehlen auch nicht Zahlenspiele und unzulässige Vergleiche. So wird die Maximalleistung des Qattara-Kraftwerks (+ Pumpspeicherwerk) mit der Leistung der Nilkraftwerke im Winter verglichen, wenn der Nil bekanntlich seinen jährlichen Tiefstand hat; die Kosten pro installierte Watt für den Spitzenverbrauch werden mit Kosten pro Watt D a u e r leistung anderer Energieträger verglichen usw.

Keine Aussagen werden gemacht über die tatsächlich erwartete Betriebszeit der Anlage, F. Bassler berechnet alle Angaben für ununterbrochenen Betrieb, obwohl die Technologie von Salzwasserturbinen noch keineswegs als ausgereift angesehen werden kann, insbesondere unter den extremen Witterungsbedingungen in der ägyptischen Wüste. Ebenso wird geflissentlich übergangen, wie man sich die Endphase des etwa 60-jährigen Projektes vorstellt, wenn die Verdunstung bei steigendem Salzgehalt immer geringer wird und langsam kein Wasser mehr aus dem Mittelmeer nachfließen kann: eine konzentriertere Oberflächenschicht bzw. eine Salzkruste wird in dieser Phase die unteren Schichten an der Verdunstung hindern, wie es die Geographie von anderen Salzseen her kennt.

Stattdessen werden schlicht hirnrissige Vorschläge gemacht, um das Sorgenkind „Wirtschaftlichkeit" am Leben zu erhalten. Um die Verdunstungsrate groß zu halten, sollen große Schiffe für die gute Durchmischung des Wassers sorgen (12), nebst Spiegeln (sic!), die am Rand der Qattara-Senke aufgestellt werden und das Wasser des Sees (Größe etwa 2/3 von Hessen!) erwärmen sollen (13).

Damit noch nicht genug, auch Landwirtschaft am Lake Qattara-Strand, ein Touristenparadies, Anglerclubs, Fischindustrie usw. werden beschworen (F. Bassler verzichtet selbst auf jede wissenschaftliche Begründung (14) ), und das an einem Salzsee, der in wenigen Jahrzehnten nur noch mit dem Toten Meer vergleichbar sein wird, das seinen Namen bekanntlich nicht zu Unrecht trägt.

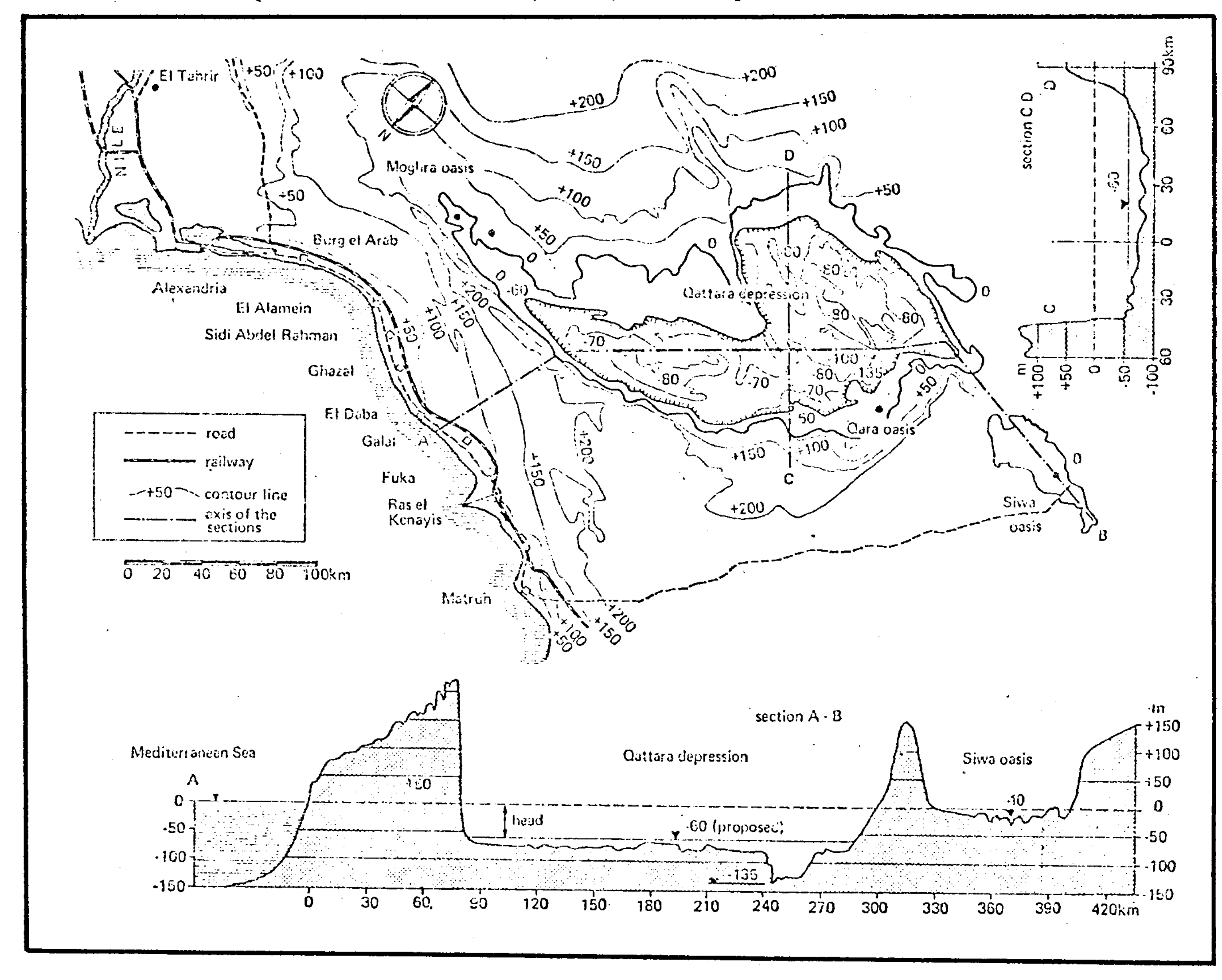
### 3.2. Ökologische Konsequenzen

Die nun folgenden ökologischen Konsequenzen beziehen sich im wesentlichen auf 2 Punkte: die nukleare Sprengung und den irreversibel entstehenden Salzsee.

### 3.2.1. Nukleare Sprengung: Radioaktivität

Die nukleare Sprengung ist der wesentliche Punkt, mit dem die nach kapitalistischer Logik errechnete „Wirtschaftlichkeit" gerade noch gerettet wird. Die verheerenden Folgen der Sprengung sind nicht abzuschätzen, und ihr Ver-

Physikalische Karte der Qattarasenke mit 2 Schnitten (sections) zum Höhenprofil.



hältnis zum Nutzen kann ernsthaft gar nicht erwogen werden. Denn wem käme es schon in den Sinn, beispielsweise auf einer Strecke von Luzern über Zürich nach Schaffhausen die unvorstellbare Zahl von 10 000 Hiroshimabomben zu zünden, nur um ein Wasserkraftwerk am Rheinfall zu bauen (ein Kraftwerk am Rheinfall hätte etwa dieselbe Leistung wie das Qattara-Kraftwerk)? Tatsächlich wäre es sogar noch „sicherer", ein „konventionelles" Kernkraftwerk an die Stelle des Kanals zu bauen.

Wie nicht anders zu erwarten, enthalten die Ausführungen von F. Bassler nur äußerst dürftige und zweifelhafte Angaben zum Risiko der nuklearen Sprengung (15). So wird beispielsweise erwähnt, daß im Umkreis von 100 km etwa 25.000 Personen evakuiert werden sollen. Ein seriöses Kriterium für die Wahl des Radius von 100 km ist nicht zu ersehen, außer dem lakonischen Hinweis, die Bevölkerung müsse einem „Minimum an Radioaktivität ausgesetzt werden" (wie und von wem solche „Minima" festgesetzt werden, braucht hier wohl nicht mehr eigens diskutiert werden). (16).

Berechnet man den Evakuierungsradius dagegen nach Bechert (17), so ergeben sich Werte von 364 km (10 % Austritt der Radioaktivität) bis 1150 km (100 % Austritt der Radioaktivität). Diese Werte sind allerdings nicht ohne weiteres anwendbar, da sie auf die Verseuchung durch Spaltprodukte von Uran – 235 bezogen sind, während für die Kanalsprengung Fusionsbomben (H-Bomben, sogenannte „saubere" Bomben) verwendet werden. Fusionsbomben enthalten in ihrem Kern ebenfalls Uran-235, während der Mantel aus Lithiumdeuterid, LiD, besteht (die genaue Zusammensetzung des Mantels ist geheimgehalten). Beim Zünden der Bombe explodiert zunächst Uran - 235 unter Freisetzung seiner radioaktiven Spaltprodukte. Die Reaktionswärme der Uran-235-Spaltung reicht aus,um die 2. Stufe, d.h. die Fusion zu zünden, wobei die Kerne von Li und D zu stabilen $\alpha$-Teilchen verschmelzen. Als Nebenprodukt der Fusion entstehen Unmengen des radioaktiven Wasserstoffisotops Tritium-3 ($\beta$-strahler, Halbwertszeit 12,35 Jahre). Tritium kann den normalen Wasserstoff im Wasser ersetzen. Überall wo es hingelangt (östliches Mittelmeer, „Lake Qattara", atmosphärische Feuchtigkeit, Grundwasser), stellt es damit eine Gefahr für den lebenden Organismus dar, der radioaktives Wasser inkorporiert.

Wenn man trotz alledem annimmt, die H-Bomben seien tatsächlich „sauberer", und nach vorsichtiger Schätzung den Evakuierungsradius nur auf 364 km (entsprechend dem 10%igen Wert von Bechert) legt, dann bedeutet das immerhin, daß nach hiesigen Sicherheitskriterien das gesamte Unterägypten mit mehr als 28 Millionen Einwohnern (1972 (18)) evakuiert werden müßte. Besonders nah liegt die Millionenstadt Alexandria (170 km entfernt vom Kanal, 2,14 Millionen Einwohner) und das westliche Nildelta mit der Befreiungsprovinz Mudiryat-at-Tahrir (im Mittel 200 km entfernt, mehrere 100 000 Einwohner), sowie die Provinzstädtchen El Alamein (71 km), El Daba (10 km), Fuka (34 km) und Matruh (95 km, 13.000 Einwohner (1973)) auf der Küstenstraße nach Libyen.

Angesichts der Nähe des Nildeltas äußert sich F. Bassler zuversichtlich (19): ein häufig im Bereich des Kanals anzutreffender N-Wind soll alle Radioaktivität in die Wüste tragen. Abgesehen davon, daß auch die „Wüste" in diesem Gebiet nicht unbevölkert ist, weht der zitierte N-Wind nur in Küstennähe, während im gesamten Inneren häufig der aus S/SW wehende Khamsin anzutreffen ist. Damit würde die Radioaktivität auf Umwegen letztlich doch wieder ins Nildelta gelangen.

Alle bisher aufgeführten Gefahren betreffen nur die unmittelbare Radioaktivität kurz nach der Explosion. Darüber hinaus stellen sich noch eine ganze Reihe weiterer Probleme: wer soll in dem auf Jahre völlig verseuchten Kanalgebiet arbeiten,welche Schutzmaßnahmen im eigentlichen Kraftwerk müssen getroffen werden, wenn jahrelang radioaktives Material (Tritium etc) aus dem Kanal durch die Turbinen geschleust wird, und wie soll verhindert werden, daß das Quellwasser der Oase Siwa im SW der Qattara-Senke nicht radioaktiv verseucht wird, wo selbst F. Bassler Grundwasserverbindungen annimmt (20)?

Unter solchen Bedingungen wird wohl auch aus dem „Touristenzentrum" und der „Fischindustrie" nicht viel werden, zumindest solange bis der hohe Salzgehalt des Sees dann sein übriges tut.

**3.2.2. Nukleare Sprengung: Druckwelle und seismische Folgen**

Neben der Radioaktivität birgt die nukleare Sprengung auch schwer abschätzbare Folgen über die atmosphärische und seismische Druckwelle. Man hat keine sicheren Daten, und alle Berechnungen werden auf Schätzungen aus einigen unterirdischen Kernwaffenexperimenten in den USA gegründet, wobei bezeichnenderweise wieder das Pauschalkriterium gilt, „übermäßige Gebäudeschäden zu vermeiden". (21)

Besonders heikel ist das Problem möglicher tektonischer Verschiebungen. Immerhin soll ein Graben von 70 km Länge und bis zu über 1 km Durchmesser gesprengt werden. Verglichen mit der Dicke der Erdkruste (ca. 35 km) nimmt der Graben also bereits geologische Dimensionen an. In einem tektonisch labilen Gebiet (in 450 km Entfernung läuft der sich ständig verbreiternde Grabenbruch des Roten Meeres) dürften solche Eingriffe in die Erdkruste nicht ohne Folgen bleiben, die zugegebenermaßen nur schwer aus einer Reihe von Bohrungen im Kanalgebiet vorhezusagen sind (bis 1975 wurden 23 Bohrungen gemacht und zumindest teilweise ausgewertet).

Um schließlich noch einen Begriff von der im tatsächlichen Sinne des Wortes „astronomischen" Größenordnung der Explosion zu geben, sei erwähnt, daß unser Planet durch den Rückstoß der Explosion eine zusätzliche Bahngeschwindigkeit von immerhin 3,6 m/h (6) erhält, deren Richtung vom Zeitpunkt der Zündung abhängt.

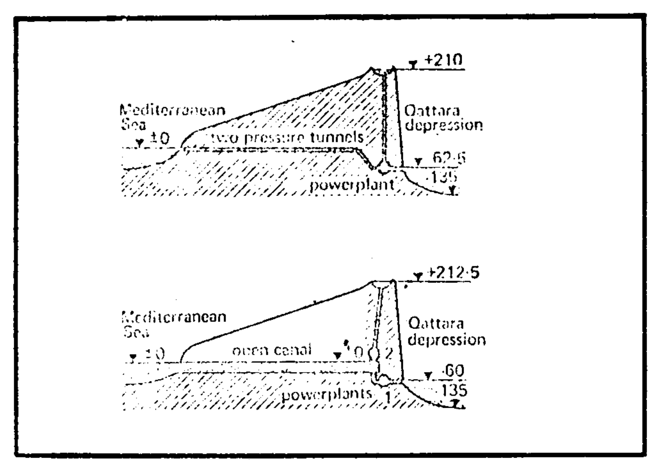
**3.2.3. Der Salzsee und seine Konsequenzen**

Im Laufe der 60-jährigen Betriebszeit des Projektes wird irreversibel ein Salzsee mit konzentriertem Salzwasser anglegt. Die Entscheidung für diese geologische Veränderung soll nächstes Jahr fallen, umkehrbar ist sie jedenfalls nicht.

Dieser See wird (einmal abgesehen von seiner Radioaktivität) schon nach einigen Jahren einfach aufgrund seines hohen Salzgehaltes äußerst lebensfeindlich sein. Es ist einfach Augenwischerei, wenn ohne jede wissenschaftliche Fundierung immer wieder das Schlagwort „Klimaverbesserung" zitiert wird (22), wo in Wirklichkeit salzgeladene Winde alles Leben im Umkreis unmöglich machen werden. Wie die Radioaktivität wird auch das Salz die Qualität des Saharagrundwassers gefährden. Das ist besonders problematisch, da man bis heute noch nicht genau weiß, ob das Saharagrundwasser überhaupt regeneriert wird oder ob es sich nicht um kostbares jahrtausendealtes Wasser handelt, das man mit einem 60-Jahre-Kraftwerk für immer vernichet, zumindest im gesamten Einzugsgebiet der Qattara-Senke.

**3.3. Politisch-ökonomische Einwände**

Die Kritik am Qattara-Projekt basierte bis hierher im wesentlichen auf den Punkten der Wirtschaftlichkeit und den unabschätzbaren Folgen aus der nuklearen Sprengung und der irreversiblen Schaffung des Salzsees, die die Kraft-




Schema des Kraftwerks (powerplant). In der Abb. ist die frühere Alternative des Doppeltunnels (bis 1968[14]) noch aufgenommen.

werkserbauer trotzdem riskieren wollen.
Damit beschränkte sich die Kritik zunächst auf rein naturwissenschaftlich-technische Aspekte, die allein ausreichen würden, das Projekt zu verurteilen, ihrerseits aber erst – sozusagen als Diskussionsgrundlage den Ausgangspunkt zur wesentlich schwerwiegenderen Kritik im politisch-ökonomischen Bereich stellen müssen.

Im folgenden soll deshalb wenigstens kurz darauf eingegangen werden, welchen Wert das Qattara-Projekt für die nationale Ökonomie Ägyptens hat, und welche politischen Folgen sich daraus für Ägypten und die Erbauernationen (BRD, USA) zwangsweise ergeben werden. Es wird sich zeigen, daß das Projekt außer aus den bisher behandelten naturwissenschaftlich-technischen Einwänden, auch vom politisch-ökonomischen Standpunkt her verurteilt werden muß.

### 3.3.1. Ökonomische Einwände

Für Ägyptens Ökonomie tritt das Qattara-Projekt, das von spezialisierten ausländischen Firmen fix und fertig erstellt wird, lediglich als Lieferant elektrischer Energie auf, während gleichzeitig die größte Senke in der westlichen Wüste für immer unbewohnbar gemacht wird.

Es stellt sich also zunächst die Frage, ob Ägypten die Energie aus dem Qattara-Projekt überhaupt braucht. Dazu folgende Statistik (23):

| Jahr | 1955 | 1960 | 1965 | 1970 | 1975 |
|---|---|---|---|---|---|
| garant. Leistung (in mia W) | 0,5 | 0,7 | 1,0 | 1,3 | 1,6 |

Der Energieverbrauch stieg also in den letzten 20 Jahren recht linear, die Zuwachsrate wird von der OPEC mit 6-7 % angegeben. In den letzten 5 Jahren ist die Zuwachsrate sogar hinter den Erwartungen zurückgeblieben, was selbst F. Bassler zugibt (24); allerdings liegen seine Zuwachsraten bezeichnenderweise etwas höher, in der Gegend von 9-10 %.

Als Energieträger traten 1975 hauptsächlich Wärmekraftwerke und der Assuan-High-Dam auf.

Aus diesen Daten läßt sich ablesen, daß Ägyptens Energiebedarf sehr niedrig ist, sich langfristig aber noch vervielfachen wird (Vergleich: eine Düngemittelfabrik allein verbraucht größenordnungsmäßig ca. 0,1 mia W). Gerade diesem langfristigen Bedarf wird das 60-Jahre-Projekt des Qattarakraftwerks aber nicht gerecht, denn während es jetzt noch groß erscheinen mag, gemessen am Gesamtenergieverbrauch Ägyptens, wird es nach einigen Jahrzehnten nur noch mit einem verschwindendem Prozentsatz zur nationalen Energieversorgung beitragen, um dann schließlich ganz aufzuhören.

Aber auch zur mittelfristigen Energieversorgung Ägyptens gibt es keinen ernsthaften Grund, ausgerechnet die Qattara-Senke als Energiequelle heranzuziehen, zumal Ägypten über eine ganze Reihe anderer Energiequellen verfügt:

– der Assuan-High-Dam hat eine Kapazität von 2 mia W (Qattara: 0,35 mia W), die bisher nur zu einem siebtel ausgelastet ist, weil nur 2 von 14 Turbinen laufen (die Turbinen sind installiert, aber es fehlen Transportleitungen).

– In jüngster Zeit wurden erfolgversprechende Erdöllager entdeckt:
Im Delta-Gebiet und in der westlichen Wüste (auch in der Qattara-Senke) liegen nach OPEC Schätzungen 130 mio t Rohölreserven, die laut Spiegel bereits exportreif sind (25). Mit $1570 \cdot 10^{12}$ Wh Energie entsprechen diese Reserven bereits dem 10fachen dessen, was das Qattara-Projekt während seiner ganzen Laufzeit liefern soll.

– Für die nichtindustrielle Energieversorgung bietet sich gerade in Ägypten die Sonnenenergie an. Die jährliche Sonnenscheindauer zeigt mit 3800 Stunden die höchsten auf der Erde bekannten Werte, und der Einfallswinkel der Sonnenstrahlung liegt mit 90 Grad (senkrecht) bis minimal 37 Grad mit Abstand in dem von Experten geforderten Bereich (90 Grad bis minimal etwa 25 Grad) zur wirtschaftlichen Nutzbarkeit der Sonnenenergie (25a). In einigen Gebieten wäre außerdem die Windenergie entwicklungsfähig.

Man kann also keineswegs davon sprechen, daß Ägypten vorrangig Energie braucht, egal woher sie kommt. Wesentlich gravierender als das Energieproblem ist in Ägypten dagegen der Mangel an Wasser und Land, was sich letztlich auch in der ägyptischen Außenhandelsbilanz niederschlägt, in der die Einfuhr von Nahrungsmitteln als eine der größten Einzelpositionen fungiert.

Wie schwerwiegend das Wasser- und Land-Problem ist, sollen folgende Daten veranschaulichen:

In Ägypten leben etwa 35 mio Menschen (1972), nahezu alle im Niltal mit einer Bevölkerungsdichte von etwa 1.000 Einw./km². Das gehört zu den höchsten Siedlungsdichten der Welt, und die ägyptische Regierung unter Nasser (1952 bis 1967) hat sich daher ständig bemüht, das Landproblem durch Kultivierung von Neuland zu lösen. Seit 1952 wurden neue Siedlungsgebiete geschaffen (etwa 8.000 km² mit knapp 1,5 mio Einwohnern) aber viel weiter kann man nicht gehen, weil der Wasserhaushalt des Nil 55,5 km³ pro Jahr bereits ausgelastet ist. Für neues Land müssen erst neue Wasserquellen gefunden werden. Wie problematisch dabei die beispielsweise vom New-Valley-Projekt (= Oase Kharga nordwestl. von Assuan) praktizierte Entnahme des Saharatiefenwassers ist, wurde bereits erwähnt. Angesichts der rapiden Entwicklung der Technologie zur Meerwasserentsalzung in den letzten 2 Jahrzehnten (26) erscheint die Qattara-Senke geradezu prädestiniert für eine Kulturlandgewinnung in der Wüste durch Einleiten von entsalztem Mittelmeerwasser. Wenn man davon ausgeht, daß eine Fläche von 12.000 km² bewässert werden soll (entsprechend einem Kulturland für 2-6 mio Menschen), dann errechnet sich, daß bereits ein Kernkraftwerk ausreichen würde, um die Energie aufzubringen, die zur jährlichen Erzeugung von 21,6 km³* Süßwasser aus Mittelmeerwasser theoretisch notwendig ist. Ein solches alternatives Projekt würde natürlich keine irreversiblen geologischen Veränderungen schaffen und könnte daher ewig laufen,

* (soviel muß zur Bewässerung eingeleitet werden)

solange die Anlage funktionstüchtig erhalten wird, abgesehen von der Möglichkeit zu stufenweisem Ausbau und einer tatsächlichen langfristigen Klimaverbesserung.

Ein solches Projekt wäre bereits durchaus realisierbar. 21 der zur Zeit größten konzipierten Entsalzungsanlagen würden zur Bewässerung der gesamten Senke ausreichen (27), und in Schewtschenko am Kaspischen Meer wird bereits seit Jahren eine 100 000 $m^3$/d Entsalzungsanlage mit Kernenergie betrieben (28). Der einzige Nachteil ist der geringe Wirkungsgrad und damit der hohe tatsächliche Energieverbrauch der zur Zeit realisierbaren Entsalzungsverfahren (der Wirkungsgrad bei Destilationsverfahren liegt bei 1 %).

Trotzdem: der Preis für Trinkwasser aus Entsalzungsanlagen konkurriert bereits heute mit dem für konventionelles Leitungswasser, und neu entwickelte Technologien zeigten einen wesentlich besseren Wirkungsgrad.

Der bei F. Basslers Projekt entstehende Salzsee würde diese einmalige geologische Chance zur Bewässerung der Wüste jedenfalls für immer verspielen.

### 3.3.2. Politische Einwände

Nach Meinung seiner Autoren trägt das Kraftwerksprojekt an der Qattarasenke zur Entwicklung Ägyptens bei, aber gerade das tut es mit Sicherheit nicht. Es ist wohl überflüssig, hier näher darauf einzugehen, was unter den Pauschalbegriffen „Entwicklung" und „Unterentwicklung" verstanden wird. Man ist sich heute jedenfalls weitgehend darüber einig, daß mit diesen Begriffen nicht die Theorie einiger Zweckideologen des Imperialismus gemeint sein kann, die Entwicklung als einen geradlinigen Prozeß „vom Jäger und Sammler zum (westlich) zivilisierten Industriebürger" verstehen, einen Prozeß, an dessen Anfang sich die Entwicklungsländer befänden und den sie nur durch Investitionshilfen der Industrienationen durchlaufen könnten, andernfalls sie angeblich Gefahr liefen, in „Teufelskreisen" der Armut steckenzubleiben (29).

Es ist im Gegenteil spätestens seit den '60er Jahren allgemein bekannt und vielfach durch gründliche wissenschaftliche Untersuchungen nachgewiesen (30), daß die Dritte Welt auf ihren heutigen Status der Unterentwicklung gerade durch den Kontakt mit dem expandierenden Kapital der beginnenden Industrienationen gesunken ist, womit sie diesen erst eigentlich zu ihrer wirtschaftlichen Großmachtstellung verholfen hat.

Entwicklung bedeutet nach dieser Definition die autonome Aneignung und Erarbeitung einer höheren (d.h. einer industriellen) Produktionsweise durch die g e s a m t e Gesellschaft einer Nation. Dazu ist in allen Fällen zunächst eine mindestens partielle Abgrenzung der einheimischen Wirtschaft vom internationalen Kapital notwendig, um langsam Abhängigkeit, soziale Desintegration und Unterentwicklung zu überwinden.

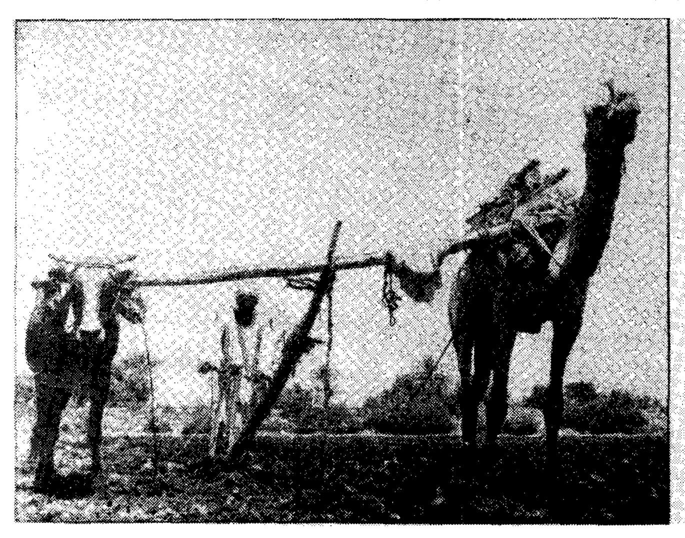
Sucht man nun in F. Basslers Qattara-projekt nach Ansätzen, die eine solche Entwicklung ermöglichen würden, so findet man nichts außer den hie und da eingestreuten, völlig unwissenschaftlich gebrachten Schlagwörtern wie „Fischindustrie im Lake Qattara" etc, die ernsthaft wohl höchstens dazu gedacht sein können, phantasielose Technokraten von den negativen wirtschaftlichen und ökologischen Folgen abzulenken.

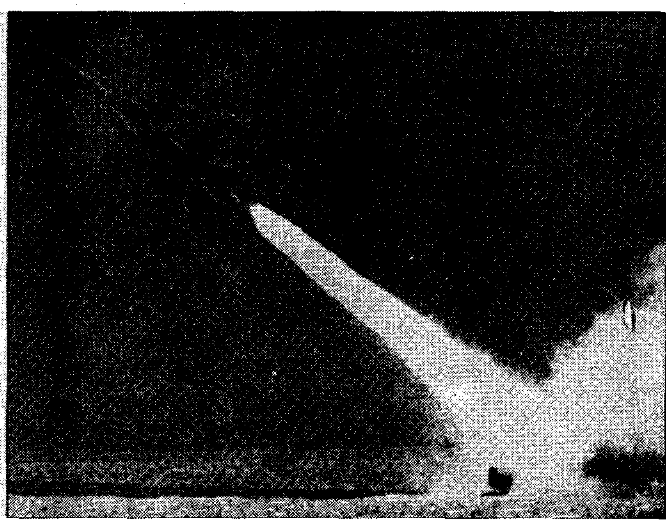
Anstelle von Entwicklung wird das 3 Milliarden-Projekt (Kostenvoranschlag!) die Abhängigkeit vom kapitalistischen Ausland ganz entscheidend erhöhen: Ägyptens Wirtschaft ist mit einem Bruttosozialprodukt von 25 Milliarden DM (31) gezwungen, für ein derartiges Vorhaben Kapitalanleihen vom Ausland zu nehmen.

In derselben Richtung weist die gesamte Technologie des Projekts, die vom Bau (nukleare Sprengung, Turbinen, Generatoren, Pumpspeicherwerk etc.) bis zum Betrieb (Ersatzteile, Datenverarbeitung etc.) spezialisierte Firmen des hochindustrialisierten Auslands benötigt (und bereits eingeplant hat (32)). Liefert das Qattara-Kraftwerk erst einmal Energie, dann findet sich auch hier kaum ein einheimischer Abnehmer, der das sprunghaft steigende Energieangebot abnehmen könnte, denn aus Statistiken läßt sich entnehmen (33), daß in Ägypten nicht das Angebot an Energie der Nachfrage angepaßt wird, sondern eher umgekehrt: jeder sprunghafte Anstieg im Energieangebot führte ad hoc zur Errichtung von Industriebetrieben. Im Fall der Qattara-Energie ist auch bereits geplant, daß Industriebetriebe in Alexandria das erhöhte Energieangebot auffangen sollen.

Angesichts Sadats Politik der „offenen Tür" gegenüber dem ausländischen Kapital (34), und dem bereits 1975 unverblümt geäußerten Interesse des Bundesverband Deutscher Industrie (35) an Produktionsverlagerung in das Billiglohnland Ägypten dürfte heute schon feststehen, daß die vom Qattara-Kraftwerk erzeugte Energie nur der Entwicklung ausländischer Kapitalisten und nicht der Entwicklung Ägyptens dienen wird.

Ägyptischer **Fellache**, ägyptische **Boden-Luft-Rakete**





Ägypten wird dagegen weiter unterentwickelt und sozial desintegriert: die nukleare Sprengung des Kanals erfordert kaum Arbeitskräfte, während für die diskriminierenden Arbeiten im radioaktiv verseuchten Kanalgebiet eine soziale Klasse benötigt wird, die ihre Arbeitskraft um jeden Preis verkauft. Außerdem läßt sich voraussehen, daß auf Ägypten alle Lasten zur Evakuierung des Sprengungsgebietes und die langfristigen gesundheitlichen und soziologischen Folgeschäden fallen werden. Höchstwahrscheinlich werden die Betroffenen nur evakuiert und dann ihrem Schicksal überlassen, und nach einigen Jahren (an eine schnelle Rückkehr und den Wiederaufbau der zerstörten Ortschaften ist kaum zu denken) werden sie dann das willige Proletariat für die erwähnten Industriebetriebe in Alexandria stellen.

**4. Projektdurchführung: zur gegenwärtigen Interessenlage**

Alle in der Kritik (Kapitel 3) behandelten Punkte sprechen ganz eindeutig gegen das Qattara-Projekt von F. Bassler. Die aufgezeigten Einwände gegen das Projekt sind sogar derart gravierend, daß man fast glauben möchte, die Realisierung würde früher oder später sowieso am gesunden Menschenverstand scheitern. Ganz in diesem Sinne war auch die spärliche öffentliche Berichterstattung, die das Projekt mit utopistischen Gemeinplätzen eher bagatellisierte als kritisierte, abgesehen davon, daß die Unterrichtung der deutschen und ägyptischen Öffentlichkeit bisher nicht im entferntesten der Tragweite des Projekts entsprach.

Gedeckt durch diese Informationslücke und unbeachtet von der Öffentlichkeit haben die Projektplaner inzwischen (1975) die letzte Durchführbarkeitsstudie begonnen, von der 1977 ein Zwischenbericht abgegeben werden soll, und auf deren Basis nach Annahme durch die ägyptische Regierung 1978 mit dem Bau begonnen werden soll.

Um nun zu verstehen, warum die Planer trotz aller ersichtlichen Nachteile so hartnäckig an der Realisierung des Projekts festhalten, ist es wohl am eindruckvollsten, die Geschichte der Projektplanung in den letzten 3 Jahrzehnten zu durchleuchten. Man wird sehr bald erkennen, daß sich hinter dem Projekt ganz handfeste Interessen des BRD- und US-Imperialismus verbergen:

– 1941/42 F. Bassler kämpft in den Reihen Rommels bei El Alamein und hat Gelegenheit, sich das Qattaragebiet selbst anzusehen (36).

– 1956 Suezkrise. Die „Plowshare Research Group" (Forschungsgruppe „Pflugschar") des Lawrence Livermore Laboratory (LLL) der Universität Californien erwägt die nukleare Sprengung eines Kanals von Eilat nach Gaza als Ersatz für den Suezkanal (37).

– ca. 1958 Siemens schlägt Ägypten die Errichtung eines Pumpspeicherwerks im Zusammenhang mit einem Qattara-Kraftwerk vor (38).

– 1960 Ludwig Erhard wird auf einer Ägyptenreise der Siemensplan zur weiteren Bearbeitung überreicht (39).

– 1962 Die Plowshare Gruppe plant einen nuklear gesprengten Kanal zur Qattarasenke (40).

– 1964 Das Bundeswirtschaftsministerium gibt F. Bassler den Auftrag, mit einem Team aus 30 Deutschen und 70 Ägyptern eine Felduntersuchung durchzuführen, deren Finanzierung die BRD absichert. An der Auswertung der Ergebnisse sind das Institut für Angewandte Geodäsie, Frankfurt (Karten) und die Bundesanstalt für Bodenforschung, Hannover (Bohrungen) beteiligt (41).

– 1968 F. Bassler veröffentlicht die Ergebnisse der Felduntersuchung von 1964/65 in einer Studie, die bereits die Errichtung eines Pumpspeicherwerks einbezieht, aber anstelle des nuklear gesprengten Kanals noch den Bau eines Doppel- oder Dreifach-tunnels vorsieht (42).

– 1965 bis 1972 Unterbrechung der diplomatischen Beziehungen zwischen BRD und Ägypten. Die Projektplanung ruht.

– ab 1970 Verstärkte Bindung Ägyptens an EWG-(BRD-) Kapital: (43)

| Jahr | 1970 | 1971 | 1972 |
|---|---|---|---|
| Entwicklungshilfe aus EWG (in Millionen US $) | 1,54 | 5,76 | 9,15 |

– 1971 F. Bassler nimmt Fühlung auf zur American Energy Research and Development Administration (= ERDA, früher Atomic Energy Commission) (44).

– ab 1971 Das LLL hilft F. Bassler bei Berechnungen zur nuklearen Sprengung (45).

– 11 - 1971 Das ägyptische Ministerium für Elektrizität versichert dem inzwischen „in Kairo hochangesehenen" F. Bassler persönlich, seinem Kraftwerksprojekt „top priority" zu geben (46).

– 1972 Das Egyptian Atomic Energy Establishment empfiehlt einen 65 km langen nuklear gesprengten Kanal zwischen Nil und der Oase Khargla in S-Ägypten (47).

– 1973 (?) Das LLL plantdie nukleare Sprengung eines 2. Panamakanals und eines Durchstichs durch den Isthmos von Kra (48).

– 1973 F. Bassler überreicht dem ägyptischen Minister für Elektrizität, Ahmed Sultan, ein Gutachten, in dem der Kraftwerksbau unter Einbeziehung der nuklearen Sprengung beschrieben wird (49).

– 1973 G. De Martiono, Professor am Hydraulik-Institut in Neapel, publiziert einen Vergleich aller bisher zur Qattarasenke eingebrachten Projekte (Ball, Kamal Gohar, Bassler). Die sehr kurze Publik ation unterstützt F. Basslers Projekt, das den anderen hauptsächlich durch Einplanung des Pumpspeicherwerks überlegen sei (50).

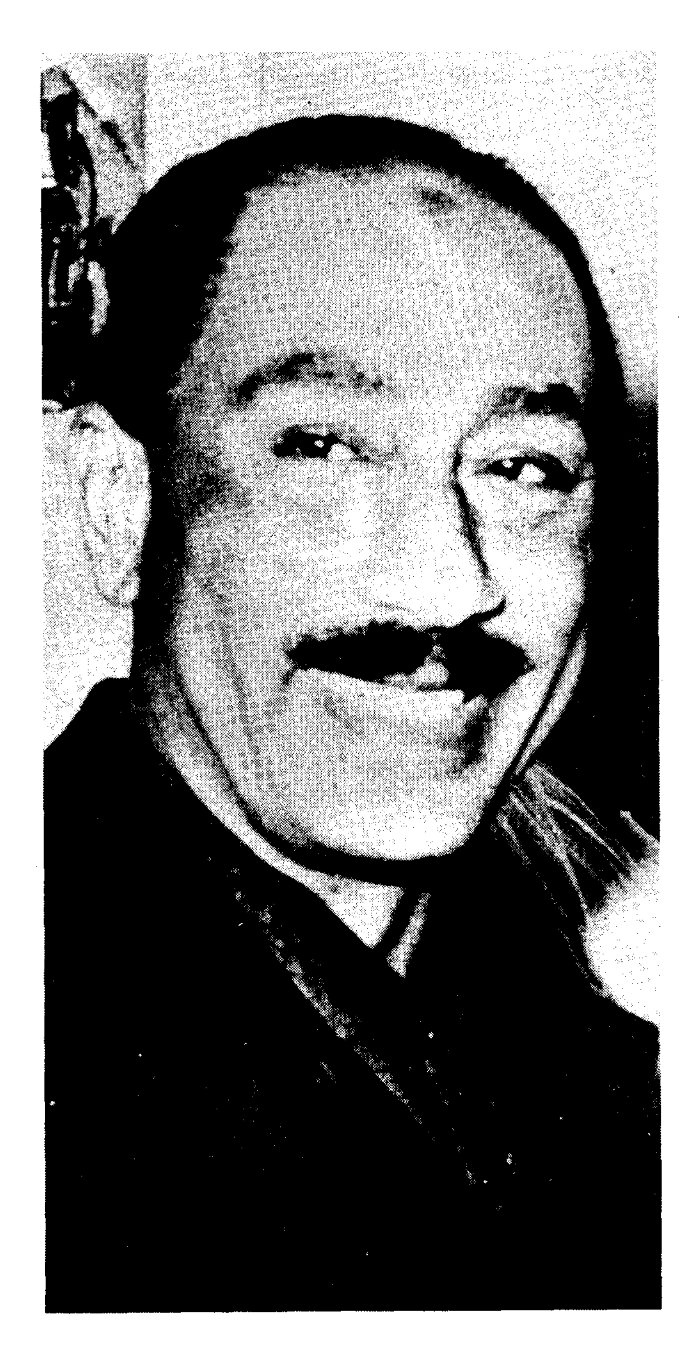
– 1974 Der ägyptische Außenminister Ismail Fachmi und H. – D. Genscher unterzeichnen in Bonn ein Abkommen, wonach die Bundesregierung eine 11-Millionen-DM-Studie finanziert, in der eine deutsch-ägyptische Kommission die Chancen für den Kraftwerksbau nochmal überprüfen soll (51).

– 1974 10 deutsche Ingenieure und ein Team ägyptischer „Experten" untersuchen nochmal die Möglichkeiten und Chancen zur Durchführung des Qattara-Projekts (52).

– 1974 Ein Putschversuch gegen Sadat läßt Spannungen in der politischen Szene Ägyptens erkennen, die seit Nassers Tod verstärkt von einer zahlenmäßig verschwindend kleinen Oberschicht kontrolliert wird (53).

– 1-1975 Streiks gegen Teuerung und Lebensmittelrationierung in Ägypten (54).

– 2-1975 Hans Günther Sohl, Präsident des BDI (Bundesverband der deutschen Industrie), spricht sich ganz allgemein für eine Kombination von „deutschem Know-how, arabischem Kapital (der ägyptischen Regierung liegen seitens



Sadat

Saudi-Arabien Zusagen in Höhe von 3,2 Milliarden $ vor) und ägyptischer Arbeitskraft" aus (der durchschnittliche Tagesverdienst eines ägyptischen Arbeiters liegt bei 8 DM, der gesetzliche Mindestlohn bei weniger als 2 DM/Tag) (55).

– 6-1975 F. Bassler veröffentlicht einen neuen Bericht über die Ergebnisse der Feldstudie 1964/65. Gegenüber dem alten Bericht (1968) werden die Kosten des Projekts unter Einbeziehung der nuklearen Sprengung und erstaunlicher Vergrößerung der im Pumpspeicherwerk installierten Kapazität neu berechnet. (56).

– 9-1975 Die ägyptische Regierung gibt den Auftrag zu einer 3-jährigen Durchführbarkeitsstudie, auf deren Grundlage 1978 das Projekt angenommen und begonnen werden kann (57).
Die Finanzierung der Studie übernimmt zum größten Teil (26,3 Millionen DM) die BRD über die Kreditanstalt für Wiederaufbau, Frankfurt. Ägypten beteiligt sich mit 1,2 Millionen DM.
Die Ausarbeitung der Studie übernimmt eine deutsche Firmengruppe unter Leitung der Lahmeyer International GmbH, Frankfurt.
Der Gruppe gehören eine Reihe von deutschen und US-amerikanischen Unternehmen und Instituten an, darunter:
Salzgitter Consult GmbH
Deutsche Projektunion GmbH, Köln
Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Hannover
CER Geonuclear, Las Vegas, USA (H-Bomben)

– 5-1976 In einem inoffiziellen Gespräch anläßlich einer Fachkonferenz versichert ein Vertreter des ägyptischen Elektrizitätsministeriums, daß seine freundschaftlichen Beziehungen zu F. Bassler einen guten Ausgang des Projekts garantieren würden (58).

– 1-1977 Ägypten. Streikwelle gegen regierungsamtliche Preiserhöhung der Grundnahrungsmittel. Sadat, der seine Politik der offenen Tür gegenüber dem westlichen Kapital langsam nur noch mit Hilfe des Militärs durchsetzen kann, schlägt die Streiks blutig nieder.
Seine Politik der offenen Tür hat zu einer Auslandsverschuldung geführt, die inzwischen etwa doppelt so hoch wie das gesamte Bruttosozialprodukt ist. Auf Druck seiner Gläubiger hatte Sadat daher beschlossen, die Subventionen für Grundnahrungsmittel zu streichen, die den ägyptischen Staatshaushalt jährlich mit ca. 3 Milliarden DM belasten (59).

Dieser kurze geschichtliche Überblick zeigt also, daß sich beim Qattaraprojekt die ganz persönlichen Interessen von F. Bassler und einer Handvoll von Ministern in geradezu idealer Weise mit den massiven Interessen des deutschen und US-amerikanischen Industriekapitals verbinden. Nach dem Schema der Sozialisierung der Lasten und Privatisierung der Profite werden dem ägyptischen Staat die meisten Lasten aufgebürdet (Unterentwicklung und soziale Desintegration, Risiko, ökologische Folgeschäden etc.), und auch der bundesdeutsche Staatshaushalt bleibt nicht ungeschoren (Finanzierung der Projektstudien, „Entwicklungs"-hilfe etc.).

Am anderen Arm des Hebels sitzen einige private Firmen (Lahmeyer, Salzgitter, Projektunion, Siemens, CER Geonuclear etc.), die den gesamten Profit risikofrei einstreichen, während ganz nebenbei ehrgeizige Forschergrüppchen wie die Plowshare-gruppe langgeplante „wissenschaftliche" Experimente verwirklichen können, für die Ägypten als Versuchskaninchen herhalten soll (die einzigen experimentellen Erfahrungen zu nuklearen Sprengungen liegen übrigens in der UdSSR vor, allerdings in etwa hundertmal kleineren Ausmaßen).

Was kann in dieser Situation noch getan werden, um die Verwirklichung des Projekts zu verhindern?
Zunächst ist jedenfalls klar, daß möglichst schnell gehandelt werden muß, denn je mehr Geld nach und nach in das Projekt investiert wird, desto mehr werden seine Befürworter an der Verwirklichung festhalten, und desto größer wird auch die Zahl derer werden, die in den industriellen Komplex um das Qattara-Projekt einbezogen sind und ihre Profitchancen gewittert haben.

Vor allem muß eine Beteiligung der Öffentlichkeit erreicht werden, bevor die Anlage selbst in Auftrag gegeben ist und die Situation ähnlich ausweglos erscheint wie bei der Ab-

rüstungsfrage, wo ständig mit dem Argument „Arbeitsplätze" operiert wird. Die ägyptische und deutsche Öffentlichkeit hat schließlich ihr demokratisches Recht, bei der Planung von Projekten derartiger Tragweite maßgeblich mitzuwirken, denn letztlich geht es hier nicht um rein technische Entscheidungen, sondern um die Frage, was wir eigentlich wollen: ein paar Jahrzehnte ein bißchen Energie + unabsehbare ökologische und ökonomisch-politische Folgeschäden, oder eine sinnvolle ökologische Nutzung der Ressourcen unseres Planeten.

**Anmerkungen**

( 1) Geographische Angaben größtenteils aus „Länder und Völker" Afrika I, W. Schweizer Verlag, Luzern (1966 (?), und G. De Martino, „The Qattara Depression", Water-Power, 1973, 27-31
( 2) J. Ball „The Qattara Depression of the Libyan Desert and the Possibility of its Utilization for Power-Production", The Geographical Journal, 10-1933, the Royal Geographical Society, London UK
( 3) F. Bassler, „New Proposals to Develop the Qattara Depression", Water Power, 6-1975, 238-243 und 291-297 (im folgenden abgekürzt mit: WP-1975)
( 4) C. Buchalla, „Kühner Vorstoß bei El Alamein", Südd. Zeitg. 25-5-1976
( 5) Zahlenangaben zur Sprengung berechnet nach F. Bassler, WP-1975
( 6) Zu den physikalischen Messeinheiten:
m/s = Geschwindigkeit in Meter pro Sekunde
m/h = Geschwindigkeit in Meter pro Stunde
$m^3/s$ = Durchsatz von Wasser in Kubikmeter pro Sekunde
W = elektrische Leistung in Watt
Wh = elektrische Energiemenge in Wattstunden. Die Energiemenge ergibt sich aus Leistung mal Zeit, wenn also eine Glühlampe der Leistung 100 W eine Stunde lang brennt, dann wird genau die Energiemenge 100 W · 1 h = 100 Wh verbraucht.
mio = Millionen
mia = Milliarden
Anstelle von mia W trifft man auch die Bezeichnung GW (Gigawatt) oder (ungeschickter) mio kW (Millionen Kilowatt). Es gilt: 1 mia W = 1 GW = 1 mio kW (= 1000 MW)
( 7) Im vorliegenden Fall berechnen sich die Investitionskosten wie folgt: die 3 mia DM Baukosten werden auf die im Kraftwerk installierte Leistung in Watt bezogen, also: 3 mia DM/ 0,352 mia W = 8,50 DM/W.
( 8) F. Bassler, WP-1975
( 9) ibidem, S. 293
(10) ibidem, S. 238
(11) ibidem, S. 291, und 292
(12) F. Bassler, „Das Qattaraprojekt", Vortrag in der TH Darmstadt, 1974
(13) F. Bassler, WP-1975, S. 291
(14) ibidem, S. 296, sowie F. Bassler, „Scheme for the Qattare Depression", WP-1968, S. 498 und C. Buchalla, 1. c.
(15) F. Bassler, WP-1975, S. 242 und 296
(16) ibidem, S. 296
(17) Prof. Bechert MdB in „Referate der Tagung über Atomkraftwerke", AKUTH, Darmstadt 9-11-1975
(18) Alle Zahlenangaben aus: Statistisches Bundesamt Wiesbaden, „Allgemeine Statistik des Auslandes", Länderbericht Ägypten, 1974, Kohlhammer, Stuttgart
(19) F. Bassler, Vortrag 1974 (s. Fußnote 12)
(20) F. Bassler, WP-1975, S. 296
(21) ibidem, S. 295
(22) ibidem, S. 296 und F. Bassler, WP-1968, S. 498
(23) OPEC, League of Arab States, Collection of Papers of the First Arab Petrol. Congress, Cairo 1959, Vol 1, S. 147
(24) F. Bassler, WP-1975, S. 294-295
(25) Spiegel, 1976
(25a) S. V. Szokalay, „Solarenergy and building", Wiley, New York 1976
(26) vgl. beispielsweise R. Rautenbach, H. Hoeck, „Die Gewinnung von Süßwasser aus dem Meer", Chemie-Ingenieur-Technik 44 ( (1972) 1145, oder Prodeedings of the 5th Intern. Symposium on Fresh Water from the Sea, Athens, Vol 1, 1976
(27) O'Meara, „Current Development in the US Desalination Program", Proc of the 5th Int. Symp. on fresh Water from the Sea, Athens 1976, Vol 1, S. 45
(28) N. M. Sinjev, V. G. Shatsillo, „The Problem of Desalination of Salt and Waste Waters in the USSR", ibidem, S. 53
(29) vgl. beispielsweise W. W. Rostow, „Die Stadien wirtschaftlichen Wachstums. Ein antikommunistisches Manifest", Göttingen 1961, und Ragnar Nurkse, „Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries", Oxford 1966
(30) vgl. beispielsweise A. G. Frank, „Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika", Frankfurt 1969
(31) Blätter des iz3w, Freiburg, 60 (1977)
(32) F. Bassler, Vortrag 1974 (s. Fußnote 12)
(33) OPEC, l.c.
(34) M. Kamel, „Le cause e le responsibilita della crisi", Politica Internazionale 3, S. 5, Firenze-Roma 1977
(35) Blätter des iz3w 43/44 (1975)
(36) F. Bassler, WP-1968, S. 496
(37) F. Bassler, WP-1975, S. 241
(38) G. De Martino, l. c.
(39) B.-I. Loff, „Eine Senke soll Ägyptens Energiebilanz heben", Frankfurter Rundschau 18-7-1974
(40) R. Sanders, „Project Plowshare", Public Affairs Press, Washington USA, 1962
(41) F. Bassler, WP-1968, S. 496
(42) F. Bassler, WP-1968, 494 - 498
(43) Statistisches Bundesamt Wiesbaden, 1. c., S. 117
(44) F. Bassler, WP-1975, S. 239
(45) ibidem, S. 242
(46) ibidem, S. 240, und C. Buchalla, l. c.
(47) ibidem, S. 242
(48) ibidem, S. 296
(49) B.-I. Loff, l. c.
(50) G. De Martino, l. c.
(51) B.-I. Loff, l. c.
(52) „Egypt revives the Qattara Plan", Water Power 1974, S. 194
(53) Blätter des iz3w, 35 (1974)
(54) Blätter des iz3w, 41/42 (1975)
(55) Blätter des iz3w (43/44 (1975)
(56) F. Bassler, WP-1975
(57) C. Buchalla, l. c.
(58) 5th International Symposium on fresh Water from the Sea, Mai 1976, Alghero, Sardinien
(59) Blätter des iz3w , 60 (1977).

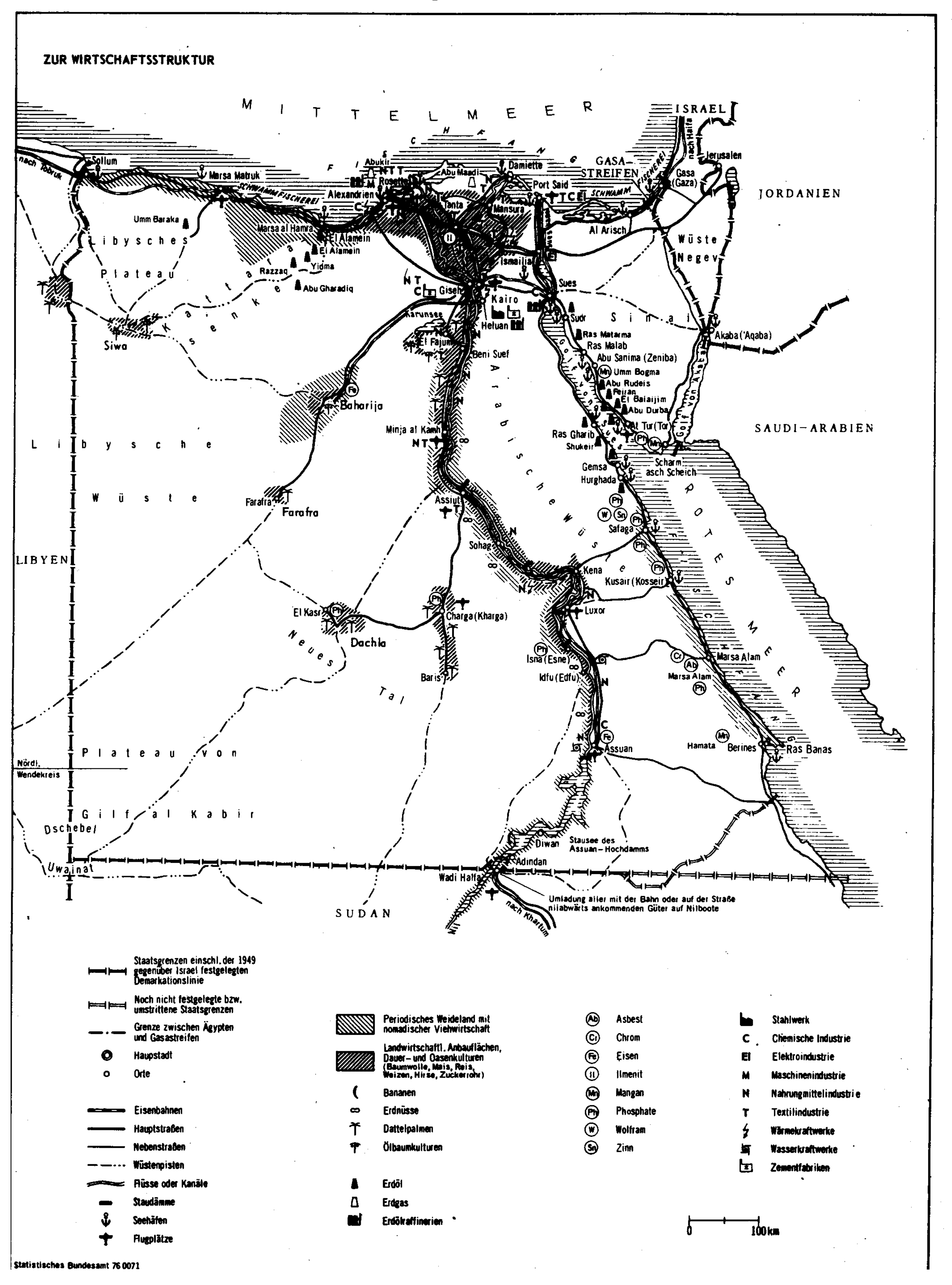
(Alle Abbildungen sind der letzten Veröffentlichung von F. Bassler entnommen.) 3

## Grundwassermeer unter ägyptischer Wüste

Ein riesiges Grundwasserreservoir ist einer Meldung der Kairoer Zeitung „Al Achram" vom Freitag zufolge unter dem Wüstengebiet Ägyptens entdeckt worden. Es handele sich dabei um drei zusammenhängende Grundwassergebiete, die sich von der libyschen Grenze bis zu dem Gebirgszug am Roten Meer über eine Entfernung von rund 800 Kilometer erstrecken. Ägyptische Geologen hätten bereits Probebohrungen durchgeführt und das Reservoir als einen der größten Grundwasservorräte der Welt bezeichnet. Es könnten daraus jährlich fast 220 Millionen Kubikmeter abgezogen werden, was etwa 5 Prozent der Wassermenge des Nils entspräche.

Nach Ansicht von Fachleuten wird das Reservoir vor allem durch Sickerwasser des Nils ständig neu aufgefüllt und südlich der — unter Meeresniveau liegenden — Kattarasenke angestaut, die wie eine unterirdische Wand wirke. Der Salzgehalt des Grundwassers ist „Al Achram" zufolge relativ gering. Die Entdeckung des Wasserreservoirs könnte nach Auffassung der Zeitung zu einer Revolution der Wirtschaft in dem Wüstengebiet führen. AP

# ÄGYPTEN



ZUR WIRTSCHAFTSSTRUKTUR
MITTELMEER
ISRAEL
JORDANIEN
SAUDI-ARABIEN
LIBYEN
SUDAN
GASA-STREIFEN
ROTES MEER
Libysche Wüste
Libysches Plateau
Arabische Wüste
Sinai
Wüste Negev
Neues Tal
Plateau von Gilf al Kabir
Dschebel Uwainat
Sollum
Marsa Matruk
Alexandrien
Abukir
Rosette
Damiette
Port Said
Tanta
Mansura
Ismailia
Sues
Kairo
Giseh
Heluan
El Fajum
Beni Suef
Minja al Kamh
Assiut
Sohag
Kena
Luxor
Isna (Esne)
Idfu (Edfu)
Assuan
Wadi Halfa
Adindan
Siwa
Baharija
Farafra
Dachla
Charga (Kharga)
El Kasr
Baris
Al Arisch
Gasa (Gaza)
Jerusalem
Akaba ('Aqaba)
Hurghada
Safaga
Kusair (Kosseir)
Marsa Alam
Berines
Ras Banas
Hamata
El Alamein
Marsa al Hamra
Umm Baraka
Razzaq
Yidma
Abu Gharadiq
Ras Gharib
Shukeir
Gemsa
Scharm asch Scheich
Tur (Tor)
Abu Durba
El Balaijim
Abu Rudeis
Umm Bogma
Abu Sanima (Zeniba)
Ras Malab
Ras Matarma
Sudr
Stausee des Assuan-Hochdamms
Umladung aller mit der Bahn oder auf der Straße nilabwärts ankommenden Güter auf Nilboote
nach Khartum
nach Tobruk
nach Haifa
Nördl. Wendekreis
Staatsgrenzen einschl. der 1949 gegenüber Israel festgelegten Demarkationslinie
Noch nicht festgelegte bzw. umstrittene Staatsgrenzen
Grenze zwischen Ägypten und Gasastreifen
Hauptstadt
Orte
Eisenbahnen
Hauptstraßen
Nebenstraßen
Wüstenpisten
Flüsse oder Kanäle
Staudämme
Seehäfen
Flugplätze
Periodisches Weideland mit nomadischer Viehwirtschaft
Landwirtschaftl. Anbauflächen, Dauer- und Oasenkulturen (Baumwolle, Mais, Reis, Weizen, Hirse, Zuckerrohr)
Bananen
Erdnüsse
Dattelpalmen
Ölbaumkulturen
Erdöl
Erdgas
Erdölraffinerien
Asbest
Chrom
Eisen
Ilmenit
Mangan
Phosphate
Wolfram
Zinn
Stahlwerk
Chemische Industrie
Elektroindustrie
Maschinenindustrie
Nahrungsmittelindustrie
Textilindustrie
Wärmekraftwerke
Wasserkraftwerke
Zementfabriken
0 100km
Statistisches Bundesamt 76 0071

# Der Assuan-Staudamm: Entstehung und Auswirkungen

**Gründe für den Bau des Staudamms**

In Ägypten leben derzeit etwa 37 Mill. Menschen auf einer Fläche von etwa 1 Mill. km² (BRD: ca. 60 Mill. Einwohner auf etwa einem Viertel dieser Fläche). Im Landesdurchschnitt ist also die Bevölkerungsdichte mit 37 Einwohnern pro km² wesentlich geringer als in der BRD. Man muß bei einem solchen Vergleich jedoch berücksichtigen, daß Ägypten zu über 95 % Wüste ist. Die Bevölkerung lebt fast ausschließlich in den kultivierten Gebieten (Niltal und Nildelta), wo die durchschnittliche Bevölkerungsdichte mit 1000 Einwohnern pro km² etwa viermal so hoch liegt wie in der BRD. Diese hohe Bevölkerungsdichte stellt Ägypten vor besondere Probleme. Insbesondere ist eine Arbeitsplatzbeschaffung durch eine Ausweitung des kultivierten Landes nicht einfach möglich.

Neue Arbeitsplätze, die bei einem starken Bevölkerungswachstum (1965: 2,5 % pro Jahr) unbedingt notwendig sind, können in der Landwirtschaft im wesentlichen nur durch die Urbarmachung von Wüstengebieten geschaffen werden. Dazu ist abe künstliche Bewässerung notwendig. Eine andere Möglichkeit zur Schaffung von Arbeitsplätzen ist die Industrialisierung des Landes. Dies setzt jedoch gewisse Qualitäten der Infrastruktur des Landes voraus. Ein wichtiger Punkt ist dabei die Verfügbarkeit von elektrischer Energie.

In beiden Bereichen könnte ein Staudamm am Nil einen Beitrag zur Problemlösung leisten: Die Wasserführung des Nils kann so reguliert werden. Die bisherigen jährlichen Überschwemmungen sowie die damit verbundenen Hochwasserschäden können so verhindert werden. Die sonst überschwemmten Felder können jetzt länger genutzt werden; das sonst ungenutzte Wasser der Überschwemmungen kann jetzt gespeichert werden und als Wasserreserve für Trockenjahre benutzt bzw. für Zwecke der Künstlichen Bewässerung genutzt werden. Zusätzlich ermöglicht ein solcher Staudamm die (umweltfreundliche!) Produktion von elektrischer Energie, und er stellt somit auch einen Beitrag zur Industrialisierung des Landes dar.

Daneben sind noch einige kleinere positive Effekte zu erwarten: Ein größerer Stausee eignet sich auch als Arbeitsfeld für eine Binnenfischerei. Auch die Verkehrsmöglichkeiten werden verbessert, da der Lauf des Nils durch den Staudamm reguliert wird und da durch den Stausee ein Schiffahrtsweg in den Sudan entsteht (der vorher fehlte). Auch dies ist ein Beitrag zur Schaffung einer Infrastruktur, die sowohl der Industrie als auch dem Fremdenverkehr zugute kommen kann.

**Watt = Volt x Ampère**

Kraftwerke herkömmlicher Art dienen der Erzeugung elektrischer Energie durch Umwandlung mechanischer oder thermischer Energie in elektrische Energie. Grundeinheit der elektrischen Leistung ist 1 Watt (W). Um bei den üblichen Kraftwerksgrößen mit handlichen Zahlenwerten rechnen zu können, wird die Leistungsfähigkeit von Kraftwerken (ihre 'Kapazität') in Megawatt gemessen (1 Megawatt = 1 MW = 1 000 000 W). Elektrische Energie ist die eine bestimmte Zeit lang abgeforderte Leistung (= eine bestimmte Zeit lang geleistete Arbeit), Grundeinheit der Energie ist daher die Wattsekunde (Ws). Praktisch gemessen wird der Verbrauch an elektrischer Energie in Kilowattstunden (1 kWh = 3 600 000 Ws). Wird somit beispielsweise ein Kraftwerk mit einer Kapazität von 1 MW eine Stunde lang zu 100 Prozent ausgelastet, so ist ein Energieverbrauch von eintausend Kilowattstunden zu verzeichnen, ebenso wie wenn das gleiche Kraftwerk zwei Stunden lang nur zu 50 Prozent ausgelastet wäre.

Die elektrische Leistung ist das Produkt aus Spannung (gemessen in Volt) und Stromstärke (gemessen in Ampère). Die in Verbrauchernetzen üblichen Spannungen betragen 110, 220 oder 380 Volt. Will man die Leistung eines Kraftwerkes mit möglichst geringen Verlusten am Ort des Verbrauchers verfügbar machen, so muß man dafür sorgen, daß der Widerstand in den Übertragungsleitungen so gering wie möglich bleibt. Da aber die Übertragung hoher Stromstärken große, also sehr teure und aufwendig installierende Leitungsquerschnitte erfordern würde, werden die Stromstärken für die Fernübertragung möglichst gering gehalten indem man Leitungen für sehr hohe Spannungen (bis 500 000 Volt) baut. Die Erhöhung der Spannung im Kraftwerk sowie die Herabsetzung der Spannung am Ort des Verbrauchers geschehen durch Transformatoren.

aus: dü, 2/77

**Geschichte des Staudamms**

Die obengenannten Gründe führten dazu, daß man schon Anfang der fünfziger Jahre Pläne für einen Staudamm am Oberlauf des Nil erstellte. Zwar wurden auch damals schon Stimmen laut, die vor den eventuell auftretenden schädlichen Nebenwirkungen einer derartig starken Veränderung der Natur warnten. Dennoch waren die USA und Großbritannien bereit, mit Hilfe der Weltbank ein derartiges Projekt zu finanzieren. Als jedoch Ägypten 1956 umfangreiche Waffenkäufe im Ostblock tätigte, zogen Washington und London ihre Zusage zurück. Daraufhin bot die UdSSR Ägypten finanzielle und technische Hilfe für die Errichtung des Staudamms an. So begannen Anfang 1960 unter sowjetischer Leitung die Bauarbeiten für den Sadd-el-Ali-Staudamm bei Assuan (kurz: Assuan-Staudamm). Erst elf Jahre später wurden die Bauarbeiten beendet. (4)

Einige Zahlen sollen die Größe dieses Projekts verdeutlichen:

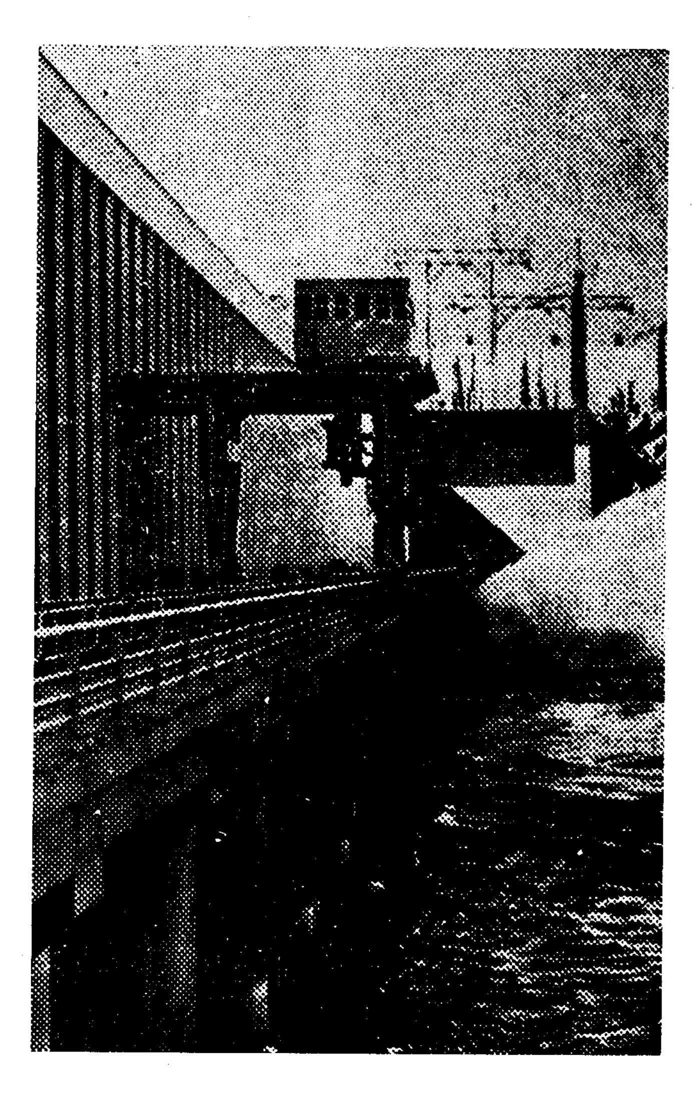
– Die Baukosten betrugen umgerechnet 4,3 Mrd. DM (4) (Zum Vergleich: Der Staatshaushalt Ägyptens hatte 1973 ein Volumen von umgerechnet 22 Mrd. DM) (5) Einen Großteil des benötigten Geldes erhielt Ägypten als Kredit von der Sowjetunion. Um die Rückzahlung zu garantieren, mußte sich Kairo verpflichten, die Hälfte des Hauptexportartikels Baumwolle (etwa 30 % Anteil am Export) auf viele Jahre hinaus zu verpfänden. (4)

– Die Fläche des Stausees soll, wenn dieser gefüllt ist,

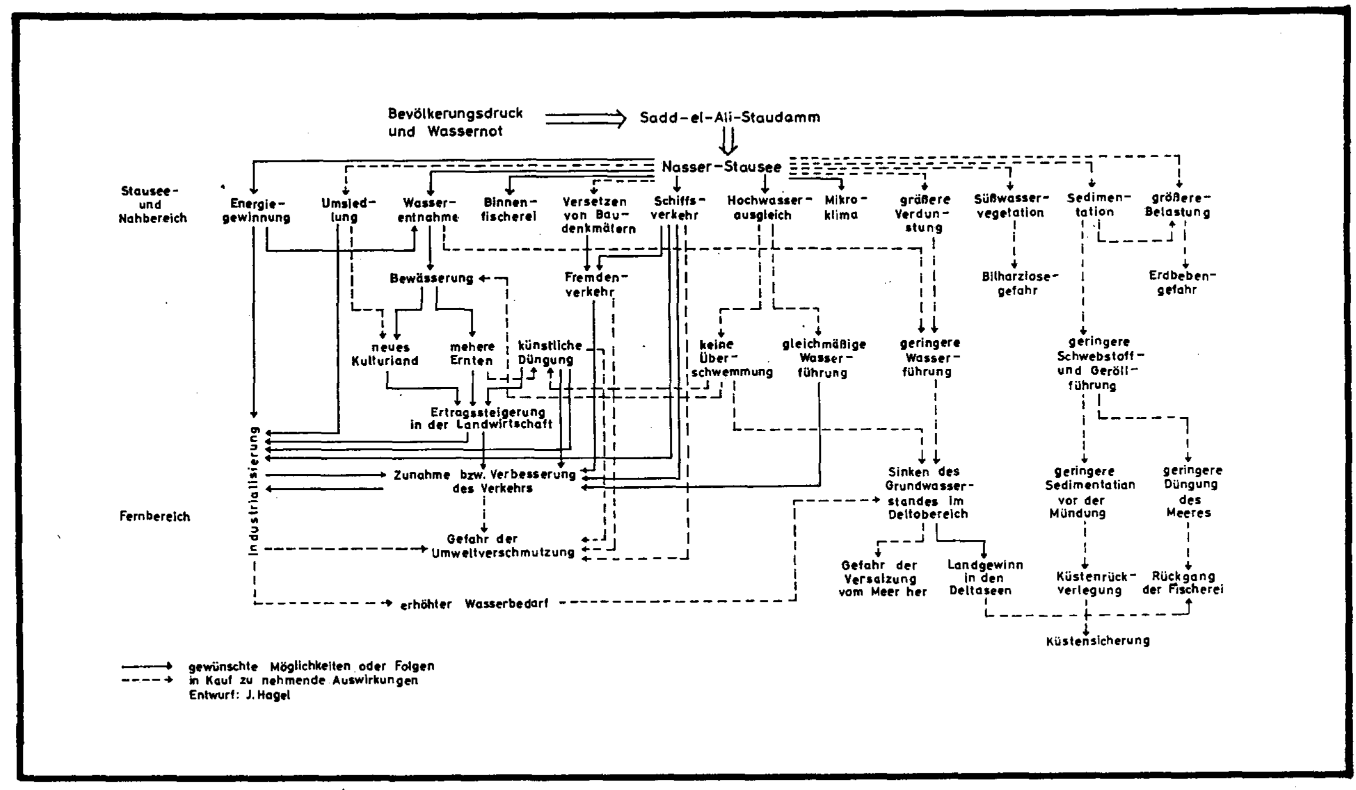
etwa 5 000 $km^2$ betragen; das ist fast die zehnfache Fläche des Bodensees. Die ehemaligen Bewohner dieses Gebietes (insgesamt über 80 000 Menschen) mußten umgesiedelt werden. (1) Auch die historischen Baudenkmäler von Abu Simbel und Kalabscha mußten an eine andere Stelle gebracht werden, um sie vor dem Versinken im Stausee (dem Nasser-Stausee) zu bewahren.
– Das Kraftwerk im Staudamm ist so dimensioniert, daß es im Jahr 10 Mrd. kWh produzieren kann. (1) (Das ist ziemlich genau die Energie, die ein KKW vom Typ Biblis in einem Jahr bei voller Auslastung erzeugen kann.) Die elektrische Energie des Staudamms sollte den Energiebedarf Ägyptens bis 1990 decken. (3)

**Folgen des Staudammbaus**

Für die Umsiedlung der Bewohner aus dem Gebiet des jetzigen Nasser-Stausees war die Bereitstellung von 35 000 Feddan (etwa 150 $km^2$) neuen Kulturlandes notwendig. Demgegenüber ermöglicht der Damm die Bewässerung einer Fläche von etwa 1 Mill. Feddan (etwa 4200 $km^2$). (1) Diesem Gewinn an neuer landwirtschaftlich nutzbarer Fläche stehen jedoch eine Reihe von Nachteilen gegenüber:
Vor dem Dammbau schwemmten die Fluten des Nil jährlich etwa 50 Mill. Tonnen Schlamm ins Niltal und an die Mittelmeerküste. Dieser Schlamm füllte das durch die Erosion im Niltal verlorene Erdreich wieder auf und bewirkte so, daß das Kulturland ständig intensiv genutzt werden konnte. Außerdem diente der Schlamm als Rohstoff für Töpferhandwerk und Ziegelindustrie.
Dieser Schlamm lagert sich nun im Stausee ab. Die Erosion des Bodens im Niltal wird also nicht mehr ausgeglichen; daher verringert sich die landwirtschaftliche Nutzfläche. Kritiker des Dammbaus haben berechnet, daß die Anbaufläche heute aufgrund der Erosion um 15 % niedriger ist als vor einem Jahrzehnt. (3)
Mit dem Bau des Staudamms fiel die natürliche Düngung des Bodens, die durch die Überschwemmungen zustande kam, aus. Daher war von vornherein die Errichtung einer Kunstdüngerfabrik vorgesehen. Diese wurde in der Nähe des Assuan-Staudamms gebaut und verbraucht derzeit einen großen Anteil der durch diesen Staudamm produzierten Energie (Jährl. 1 Mrd. kWh). (3)
Der im Stausee abgelagerte Schlamm sowie die dort gespeicherten Wassermassen (1975, als der Pegel des Sees noch 10 Meter unter der geplanten Höhe lag, waren es schon 157 Mrd. Tonnen (4)) führen zu einer stärkeren Belastung der Erdkruste. Es ist aus anderen Ländern bekannt, daß solche Belastungen zur Auslösung von Erdbeben in bisher erdbebenfreien Gebieten führen können ! (1) Es ist also durchaus möglich, daß der Stausee ein Erdbeben auslöst, das dann zu einem Dammbruch führen könnte. Die Folgen wären katastrophal (Schon jetzt wird ägyptisches Militär dazu eingesetzt, den Staudamm gegen mögliche militärische Angriffe zu verteidigen. (4))
Das Ablagern des Schlamms im Stausee hat schon derzeit Auswirkungen bis in den Bereich des Nildeltas: Durch den Damm sind die Ablagerungen des Nils im Mündungsgebiet stark zurückgegangen, so daß hier die abtragenden Kräfte des Meeres stärker zur Wirkung kommen, bzw. durch die Ablagerungen des Nils nicht mehr kompensiert werden. Damit werden spezielle Maßnahmen zur Sicherung der Küste notwendig. (1)
Auch die Düngung des Meeres wurde durch die Verringerung des Nilschlamms vermindert. Zahlreiche Fischarten (vorwiegend Sardinen) verschwanden aus den Gewässern vor der Nilmündung. Die Fänge der Sardinenfischer gingen daraufhin von 18 000 Tonnen auf 500 Tonnen im Jahr zurück; die meisten Fischer verloren damit ihre Existenzgrundlage. (1; 3; 4)
Demgegenüber bietet der Stausee ein neues Reservoir für die Fischzucht. Doch auch hier gibt es Schwierigkeiten. In dem See wuchert eine Wasserpflanze. Diese vermehrt sich explosionsartig und bringt so die Fischzucht in Schwierigkeite. (4)
Die Süßwasservegetation des Sees bildet den Lebensraum derjenigen Schnecke, die der Zwischenwirt des Saugwurms ist, der die Bilharziose (Wurmkrankheit) überträgt. (1)
Auch die Bewässerungskanäle, die jetzt nicht mehr austrocknen, sind Brutstätten für derartige Schädlinge. Die Wurmkrankheit ist daher zu einem ernsten Problem geworden. (4)
Auch im Bereich der Energieproduktion erfüllt der Damm nicht die in ihn gesetzten Erwartungen. Ursprünglich war an die Erzeugung von jährlich 10 Mrd. KWh gedacht. Dies Ziel wird jedoch (zumindest derzeit) nicht erreicht. Offizielle und halboffizielle Stellen sprechen von 6,5 bis 9,3 Mrd. kWh (2) und wollen damit zeigen, daß das Kraftwerk am Assuan-Staudamm recht gut ausgelastet ist. Andere Berichte geben Werte zwischen zwei und fünf Mrd. kWh an (3; 5) (Zum Vergleich: Die gesamte Produktion an elektrischer Energie betrug in Ägypten im Zeitraum 1971 bis 1973



*DER ASSUAN-STAUDAMM kostete 4,3 Milliarden Mark*



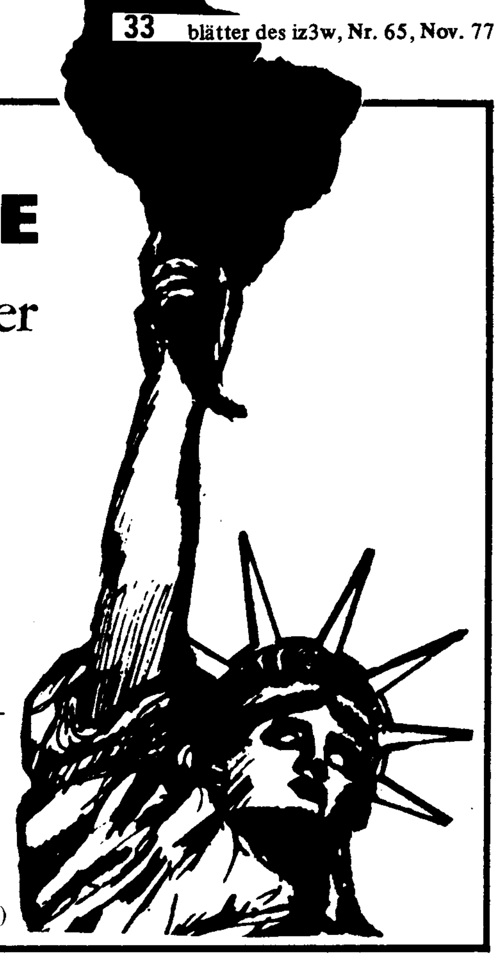

*Das Wirkungsgeflecht des Sadd-el-Ali-Staudamms.* (1)

jährlich etwa 8 Mrd. kWh (5)).
Eine derartig geringe Auslastung des Kraftwerks am Assuan-Staudamm ist zunächst erstaunlich, zumal wenn man berücksichtigt, daß Ägypten derzeit den Bau mehrerer Kernkraftwerke (6) und eines Kraftwerks in der Qatara-Senke (siehe den Beitrag in diesem Heft) plant.
Als Gründe für die geringe Auslastung sind zu nennen:
– Neben der Elektrizitätserzeugung dient der Damm auch zur Regulierung des Nils und zu Zwecken der künstlichen Bewässerung. Alle diese Aufgaben lassen sich nicht gleichzeitig optimal erfüllen: Die Elektrizitätserzeugung wird dann optimal, wenn der Stausee bis zum Rande gefüllt ist und dann alle Turbinen in Betrieb genommen werden. Der Stausee ist aber noch nicht bis zur geplanten Höhe aufgefüllt. Daher konnte bisher nur soviel Wasser aus dem See und durch das Kraftwek fließen, wie für Zwecke der Schiffahrt und der Bewässerung benötigt wurden. Damit wird die Elektrizitätserzeugung begrenzt. Dieser hier angedeutete Konflikt zwischen Stromerzeugung und Bewässerung wird auch weiterhin bestehen bleiben. (2)
– Der Assuan-Staudamm ist ca. 800 km von dem Industriegebiet um Kairo entfernt. Damit die am Staudamm produzierte Energie dorthin geleitet werden kann, ist ein ausgebautes Stromnetz notwendig. Das ist aber derzeit noch nicht vorhanden. (2) Kleinere Provinzstädte erzeugen ihre Elektrizität mit Hilfe von Dieselgeneratoren; die meisten Dörfer besitzen überhaupt noch keine Elektrizitätsversorgung. (5)
**Der Assuan-Staudamm, der zunächst in Ägypten als erstes technisches Wunderwerk seit dem Pyramidenbau gepriesen wurde, schafft also fast mehr Probleme, als er lösen kann. Der ägyptische Autor Gallab stellte bereits in einem Buch die Frage, ob es nicht besser wäre, den Damm niederzureißen.**
Seitdem unter Sadat die Diskussion dieser Frage nicht mehr verboten ist, beschäftigen sich auch die Massenmedien damit. Die Regierung setzte Kommissionen ein, die die Nebenwirkungen des Staudamms genauer erfassen sollen.

wawi



Quellen:
1) Hagen, J.: Geographische Aspekte der Umweltgestaltung, in: Geographische Rundschau, 24, (1972), H. 1, S. 20-29, insbes. S. 22 f.
2) A melting pot of nuclear projects, Financial Times, 28.6.76, S. 22
3) Für und wider den Assuan-Staudamm, FR 21.3.75
4) Ist der Assuan-Damm eine Fehlplanung?, Bad. Zeit. 15./16.1.77
5) Länderkurzbericht: Ägypten 1976, Statistisches Bundesamt Wiesbaden (1976)
6) Kairo plant zehn Kernkraftwerke, FR 2.11.75



# LIBERIA

# Kritik an einer Aufklärungsaktion des iz3w in Freiburg

*Wir drucken im folgenden eine teilweise polemische Kritik an einer unserer lokalen Aktionen in Freiburg ab. Wir haben in früheren Ausgaben der „blätter" bereits mehrfach Artikel des Autors Robert Kappel zu Liberia veröffentlicht. An Stellungnahmen zu seinen in der Kritik vertretenen Auffassungen sind wir stark interessiert, zumal der Diskussionsprozeß über manche dieser Auffassungen bei uns noch nicht abgeschlossen ist. Grundlegende Einschätzungsdifferenzen bestehen allerdings hinsichtlich der Rolle einer angeblich „nationalen" Bourgeoisie in der Dritten Welt sowie der Notwendigkeit, „über die neudemokratische Lösung den Sozialismus aufzubauen". Vgl. dazu die von uns veröffentlichten Artikel zur chinesischen Außenpolitik in Nr. 55 und Nr. 64. Zu unserer Einschätzung von Aktionen, die sich in erster Linie an die werktätige Bevölkerung in der BRD, daneben aber auch an Regierungsvertreter, Stadträte etc. wenden, vgl. unseren Artikel zur Forderung „Keinerlei Umschuldung für Chile" in Nr. 56.*

*Red.*

### „Ein typisches Land der Dritten Welt?" – Auseinandersetzung mit falschen Anschauungen im antiimprialistischen Kampf

In den Artikeln „Zur 'Städtefreundschaft' Freiburg – Monrovia" und „Liberia – ein typisches Land der Dritten Welt" (Blätter des iz3w Nr. 60, März 77, S. 49 f.) hat die Aktion Dritte Welt in Zusammenarbeit mit dem Kreisverband Freiburg der Jungsozialisten in der SPD eine „Informationsaktion zum neokolonialen Afrika" veranstaltet. Da ich diese Aktion im Kern für falsch halte, möchte ich dazu Stellung nehmen mit dem Ziel, eine Änderung dieser schädlichen Politik herbeizuführen.

I. In dem Beitrag „Liberia – ein typisches Land der Dritten Welt" wird richtig herausgearbeitet, welches Interesse ausländisches Kapital an Liberia hat. Es ist – zusammengefaßt – dort, um sich über die Ausbeutung der Arbeitskräfte und der Rohstoffe (Eisenerze, Kautschuk, Diamanten usw.) höchste Profite zu sichern. An dieser Ausbeutung ist u.a. an führender Stelle deutsches Kapital beteiligt.

In der Produktion von Kautschuk ist deutsches Kapital stark vertreten: Salala Rubber (mit Beteiligung der Nordmann und Rassmann Hamburg) mit 1800 Beschäftigten, African Fruit Company, Laeisz Hamburg (1300 Beschäftigte), Maryland Logging Cy. Bis 1972 mußten diese Unternehmen keine Steuern bezalen. Ohne daß bekannt ist, welche Profite sie in Liberia machen, festzuhalten ist, daß sie äußerst hoch sind und das Geschäft bei den niedrigen Löhnen äußerst lohnend ist. 1972 wurden unter Präsident Tolbert alle Konzessionsabkommen revidiert, was zur Folge hatte, daß der Profittransfer eingeschränkt und die nationale Produktion durch einheimische Farmer erheblich unterstützt wurde. (1) Dieser Schritt mag auf den ersten Blick kein bedeutender sein, betrachtet man ihn jedoch aus der Geschichte Liberias, so ist er Ausdruck für zunehmende nationale Selbständigkeit, die in Widerspruch gerät mit den Profitinteressen des imperialistischen Auslandes.

Im Eisenerzsektor zeigen gerade die neuesten Auseinandersetzungen um die Aufteilung des Eisenerzes Liberias, wozu Liberia notwendig ist. Die Stahlmonopole der ganzen Welt sind in der Krise, die Mittel um heraus zu kommen, bestehe in Lohndrückerei, Rationalisierung, Mehrarbeit für die Arbeiter und billiger Zugang zum Rohstoff Eisenerz. Liberia, das bereits ca. 30 % des Eisenerzes der Bundesrepublik liefert, hat riesige Eisenerzvorkommen von ca. 2 Mrd. to mit hohem Fe-Gehalt und der Möglichkeit des Tageabbaus, was beides die Aufbereitung erheblich verbilligt. Zwischen deutschen, japanischen und amerikanischen Monopolen gibt es einen harten Kampf um die „Erzhügel" von Liberia, insbesondere um die neu entdeckten und noch nicht ausgebeuteten von Wologisi und Putu. In der Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30.6.77 heißt es unter der Überschrift „Der Kampf um die Erzhügel von Wologisi": „Bei der von Aktienspekulationen umwitterten LIAC ... geht es im Kern um „einen Berg von Eisenerz" ..., um ein Vorkommen von 1 Milliarde Tonnen in den Wologisi-Bergen der Republik Liberia ... Um dieses Projekt wuchert jedoch wie um das Erz inzwischen ein Urwald von widerstreitenden Interessen: Interessen der liberianischen Regierung, die hier bald wirtschaftliche Erfolge für das Land sehen möchte, Interessen einer japanisch-amerikanischen Stahlgruppe, die die Macht nicht teilen will und wegen der Flaute am Weltstahlmarkt hinhaltend taktiert."

Der Kampf um Wologisi und Putu ist aufs schärfste entbrannt, die Zeitschrift „West Africa" vom 4.7.77 widmet den japanischen Interessen an Wologisi ebenfalls einen längeren Artikel. Noch ist nicht entschieden, welche „Interessengruppe" den Kampf um die Erzhügel gewinnt. Deutsches Kapital ist daran beteiligt: Thyssen, Krupp, Hoesch u.a., sie besitzen bereits die Bong Mine Company (2400 Arbeiter) mit 70 jähriger Konzession. Ein weit größeres Stück vom Kuchen soll jetzt her, um im Kampf erfolgreich zu sein. (2)

2. Vor diesem Hintergrund imperialistischer Interessen – insbesondere auch deutscher – muß die Entwicklung Liberias betrachtet werden. Ist dieser Hintergrund klar, dann fragt sich, warum die „Informationsaktion zum neokolonialen Afrika" sich „schlecht zur Politisierung der Angesprochenen eignet". Das ist unverständlich. Wenn der Freiburger Konsul und Taxiunternehmer Dettinger über den Stadtrat eine Kinderspielzeugverschenkungsaktion startet (für Kinder der herrschenden Schicht Liberias), dann kann

man doch gut diese „Hilfe" als Mittel imperialistischer Politik bezeichnen, die dazu dient, Liberia in Abhängigkeit zu halten. Ebenso ist eine Zeremonie mit dem Freiburger Exerzbischof Schäufele mit Präsident Tolbert einzuordnen. Dies sind natürlich keine „lächerlichen" Aktionen, im Gegenteil, sie sind Teil einer Politik, die eine lange Geschichte hat und von der SPD-FDP-Bundesregierung fortgesetzt wird. (3) Diese Politik ist eine Politik im Interesse des deutschen Finanzkapitals, und dient dazu, Liberia weiterhin auszunehmen, d.h. seine Rohstoffe zu plündern, seine Arbeitskräfte auszubeuten, um die Profite von Thyssen, Krupp, Hoesch, African Fruit usw. zu sichern.

3. Die herrschenden 14 Familien, wovon so oft die Rede ist, sind Teil der langen Geschichte Liberias. Seit 1817 wurden durch die American Colonization Company (ACS) Tausende von Menschen, d.h. ehemalige Sklaven, aus dem Süden der Vereinigten Staaten in den später als Liberia bezeichneten Landstrich angesiedelt. Zweck dieser Besiedelung waren nicht – wie offiziell immer berichtet wird – die Christianisierung und Zivilisierung der heidnischen Schwarzen, dies war lediglich der Deckmantel, sondern einzig und allein die landwirtschaftlichen Produkte, die die als Bauern angesiedelten sogenannten Ameriko-Liberianer dem amerikanischen Handeslkapital zuführen sollten. Die Hauptkolonisierungsgesellschaft war die ACS, die von amerikanischen Handelshäusern beherrscht war. Ihr Ziel formulierte Jehudi Ashmun, Beauftragter der ACS: „Ziel ist, einen regulären, ehrbaren und dauernden Handel mit den Produkten des Landes zu eröffnen und zu beaufsichtigen ... Dieser Handel muß vorteilhaft für die Interessen der Gesellschaft, für die Eingeborenen, für den amerikanischen Kaufmann und mich sein." (4)
Die Ameriko-Liberianer wurden später als politische Sachwalter des Landes eingesetzt, um die Interessen der USA und später Englands wahrzunehmen. Sie waren durch und durch Kompradoren, die keine eigene nationale ökonomische Basis besaßen.
Die Unabhängigkeitserklärung 1847 ist Ausdruck für den Beginn einer neuen Phase, die sich vor allem durch den Kampf der Kolonialmächte um die territoriale Aufteilung Afrikas und die Aufteilung und Neuaufteilung in ökonomische Einflußsphären auszeichnet. Für diese Phase, die bis zum 1. Weltkrieg andauert, ist kennzeichnend, daß das Handelskapital im Dienste des Industriekapitals den Raubbau von hauptsächlich agrarischen Produkten und die Suche nach immer neuen Warenmärkten und Produkten betreibt. Ferner versuchten verschiedene kapitalistische Nationen mit einer typischen Anleihepolitik, Liberia vollständig unter Kontrolle zu bringen. In diese Zeit fällt die Gründung der True Whig Party (TWP), die seit 1877 jede Regierung gestellt hat.
Seit 1925 bestimmen die Plantagen des Firestone-Konzerns – bis Anfang der 50er Jahre – und die Eisenerzminen der Monopole Republic Steel, Bethlehem Steel, Grängesberg, Thyssen die Geschicke und die Unterentwicklung Liberias. Massenweise wurden Arbeitskräfte aus der vorkapitalistischen Produktionsweise gerissen und vom Kapital beschäftigt und ausgebeutet. Immer noch existiert der Dollar als Währung Liberias.
Um Liberia den Zielen der Profitproduktion offen zu halten, schufen sich Kapitalismus und Imperialismus ihre Handlanger im Staat, die ihren Interessen zu folgen hatten.
Insofern ist die Darlegung im Informationsblatt falsch: „Um diese Zustände aufrechterhalten zu können, nutzen die ausländischen Firmen die Gesellschaftsstruktur des Landes aus, indem sie sich mit einer kleinen Oberschicht gegen die Bevölkerung verbünden."
Das Kapital ist verantwortlich für die Zustände in Liberia, es hat sich eine bürokratische Bourgeoisie geschaffen, die ihrem Willen verantwortlich sein soll. Das Kapital ist auch verantwortlich für die hohe Analphabetenquote, für die katastrophale Gesundheitsversorgung und Unterdrückung des Volkes. Zum Zwecke der Unterdrückung sind nicht nur das liberianische Militär und seine amerikanischen Militärberater, sonden auch der CIA und das amerikanische Peace Corps da.
Wen wundert es da, wenn der Präsident des Landes, Tolbert, der aus einer der alten Herrschaftsfamilien stammt, die von den USA in Liberia angesiedelt wurden, von einem „humanistischen Kapitalismus" spricht, dem Liberia zugeneigt sei: „die liberianische Wirtschaft basiert auf dem System des freien Unternehmertums und ist entsprechend kapitalistischen Charakters". (5)
Liberia, ein Land also, das durch und durch reaktionär ist? Diese Behauptung ist falsch, weil sie nicht den Kern der Verhältnisse trifft. Diese Einschätzung hat aber offensichtlich die Aktion Dritte Welt und die Blätter des iz3w als Grundlage der Aktion genommen.
1. Liberia ist ein Land, ausgebeutet und unterdrückt vom Imperialismus.
2. Eine Herrscherschicht, abhängig vom ausländischen Kapital, ist etabliert worden.
3. Es verschärft sich der seit der Kolonisierung bestehende Widerspruch zwischen Liberia und den imperialistischen Nationen, der seine Grundlage darin hat, daß der Imperialismus die Produktivkräfte des Landes zu entfalten nicht in der Lage ist. In Bezug auf Guinea-Bissau hat Amilcar Cabral gesagt: „Für unsere Völker ist es wichtig zu wissen, ob der Imperialismus ... in unseren Ländern die historische Mission



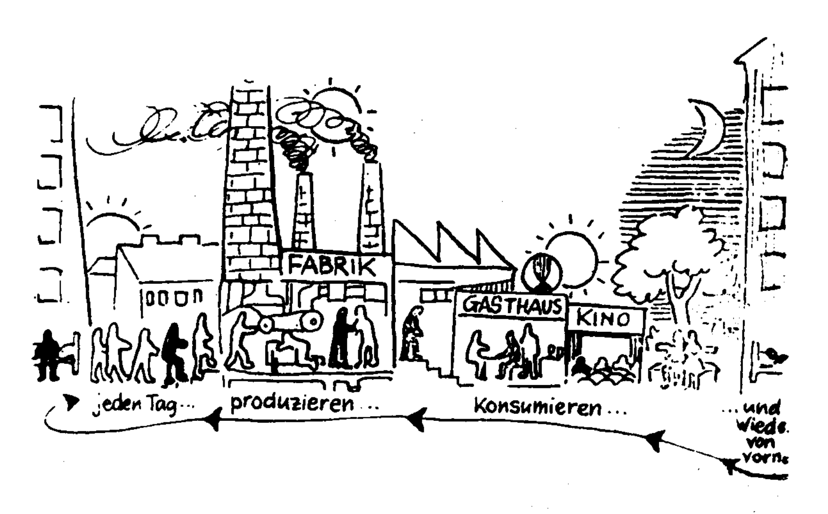
In der Dritten Welt werden – gefördert von selbstlosen multinationalen Konzernen – besonders fortschrittliche Wirtschaftsmodelle aufgebaut. ötv-magazin-Zeichnung: Jürgen von Tomëi

erfüllt hat oder nicht, die ihm vorbehalten war: Die Beschleunigung des Entwicklungsprozesses der Produktivkräfte, die Entfaltung der Produktionsmittel zur charakteristischen Komplexität, die Vertiefung der Klassenunterschiede mit der Heranbildung der Bourgeoisie und die Intensivierung des Klassenkampfs, eine nennenswerte Erhöhung des Lebensstandards .... Für uns ist jedoch ebenso interessant, die Einflüsse und Auswirkungen der imperialistischen Aktionen auf die Sozialstruktur und den historischen Prozeß unserer Völker zu untersuchen.
... Wir stellen jedoch fest, daß das imperialistische Kapital weder im ökonomischen noch im sozialen und kulturellen Bereich auch nur im geringsten die historische Mission er-

füllt hat ... Das bedeutet, daß einerseits das imperialistische Kapital in den meisten der von ihm beherrschten Länder die einfache Funktion hatte, den Mehrwert zu vervielfachen, daß andererseits die historischen Möglichkeiten des Kapitals ... ganz von bestimmten Freiheiten abhängig sind, das heißt, von dem Grad an Unabhängigkeit, mit dem man es gebraucht ... und so zu einem Prozeß beigetragen hat, den einige dialektisch nennen würden, nämlich zur Vertiefung der Widersprüche in den betreffenden Gesellschaften." (6) Festzustellen ist, daß diese Widersprüche in Liberia ebenso scharf existieren und der Lösung bedürfen. Der Kampf des Volkes von Liberia ist Ausdruck dafür, daß die Widersprüche existieren.

Bereits mit dem Beginn der Kolonialisierung gab es Widerstand gegen koloniale Landnahme, gegen Übervorteilung, gegen den Raub von Menschen. Als 1822 die ersten Siedler an der Küste von Liberia landeten, wurden sie von den dort ansässigen Stämmen vertrieben. Nur mit Hilfe militärischer Interventionen durch die amerikanische Marine gelang es, sich ein Stück Land zu ergattern. Später wurde Land „gekauft", d.h. für den Preis von 6 Gewehren, 1 Faß Pulver, Tabak bspw. 1821 ein Küstenstreifen von 150 Meilen Länge und 40 Meilen Tiefe geraubt. Die lange Geschichte Liberias ist eine Geschichte des Kampfes der Völker gegen ihre Unterwerfung und ihre Eingliederung in das kapitalistische System. Insbesondere hat sich der Kampf gegen den Landraub, die Einführung der Steuer und gegen Zwangsarbeit gerichet, wie bspw. die Kriege der Grebo 1856/57, 1875, 1893 und 1910, der Gola 1900, der Kru 1914-1917 und 1932, der Krahn 1924 usw. Bis zu Anfang der 30er Jahre, als die Kru das letztemal den Kampf gegen die Plünderung ihrer Ländereien führten, war der Kampf kein nationaler, sondern ein zersplitterter, geführt von den Kru, Grebo, Bassa, Kissi usw.

Nach 1930, als die ersten Plantagen massenhaft Lohnarbeit auszubeuten begannen, indem sie zwangsweise Arbeitskräfte der verschiedenen Stämme beschäftigten, wurde klar, daß nur die Arbeiter ganz Liberias den Kampf gegen die imperialistische Ausbeutung würden erfolgreich führen können. In einer langen Reihe von Kämpfen haben die Plantagenarbeiter höhere Löhne, bessere Behausungen und das Recht der gewerkschaftlichen Organisierung erkämpft. Das Recht auf Gewerkschaften war von Firestone immer verweigert worden. 1952 mußte Firestone schließlich Gewerkschaften zulassen. In den Jahren nach dem 2. Weltkrieg hat es auf allen wichtigen Plantagen und den Eisenerzminen Streiks und Kämpfe gegeben. 1966 gab es schwere Auseinandersetzungen bei Lamco (schwedisches „soziales" Kapital), 1976 bei Firestone, in deren Folge 350 entlassene Arbeiter wieder eingestellt werden mußten. In einem Hochverratsprozeß gegen den früheren liberianischen Botschafter in Kenia, Fahnbulleh, der inzwischen entlassen und wieder im Staatsdienst tätig ist, hat dieser eine scharfe Anklage gegen die Ameriko-Liberianer erhoben: „Alles gestohlene und aufgeteilte Land wird zu uns//den ursprünglichen Besitzern, der Verf.// zurückkommen. Liberia gehört den Eingeborenen und nicht diesen Ausländern aus Amerika." (6) Fahnbulleh, der selbst „Eingeborener" ist, meinte die Ameriko-Liberianer, tatsächlich besitzen das Land aber imperialistische Nationen wie USA, Japan, BRD, England, Schweden usw. Gegen sie richten sich die derzeitigen Kämpfe, was dazu führt, daß die Regierung immer stärker gezwungen wird, im Interesse Liberias, Verträge zu ändern, sich auf der internationalen Ebene bspw. auf die Seite der Patriotischen Front in Zimbabwe zu schlagen, Enteignungen vornehmen usw. Eine schwache nationale Bourgeoisie im Kautschukbereich, der Fischerei, der Diamantenförderung, im Transportwesen und Handel, gerät selbst zunehmend in Widerspruch zum internationalen Kapital und ist nur in der Lage mit Hilfe der Arbeiterklasse und den Bauern den imprialistischen Interessen entgegenzutreten. Die Arbeiterklasse kann sich nur selbst befreien, wenn sie in der Einheitsfront mit den Bauern, den Kleinbürgern und Teilen der nationalen Bourgeoisie das imperialistische Kapital enteignet und ver-




jagt und schließlich dazu übergeht, entsprechend ihren Interessen den Sozialismus in Liberia aufzubauen. Eine national-kapitalistische Lösung ist nicht ihr Ziel, also muß sie über die neudemokratische Lösung den Sozialismus aufbauen.

Indem die ADW mit ihrer Aktion die Widersprüche Liberias anders als das bei mir geschehen ist analysiert hat, kommt sie fälschlicherweise zu einer Haltung, die das imperialistische Ausland, insbesondere die BRD und die Bundesregierung, schönt und ihre tatsächlichen Interessen verdeckt. Die Folge ist, „die Stadt" (gemeint ist wohl der Stadtrat?) „zu veranlassen, sich ernsthaft mit den liberianischen Verhältnissen auseinanderzusetzen." Das stimmt merkwürdig, sind es doch gerade jene Vertreter von CDU, SPD und FDP u.a., die auf Bundesebene im Interesse des Finanzkapitals an der Erhaltung der Ausbeutung und Unterdrückung Liberias festhalten und sich dafür stark machen. Dazu sind sie da. Eine Freiburger Reisedelegation von Stadträten nach Liberia hat sich 1972 ja nun keineswegs gegen die imperialistische Unterdrückung Liberias gewandt, sondern lediglich die „reaktionären" Verhältnisse in Liberia aufgezeigt, über die man die Nase rümpft, ohne aber Ross und Reiter und ihre Interessen anzuprangern. Kein Wunder, sind sich doch alle bürgerlichen Parteien darin einig, daß Liberia weiterhin ein Land bleibt, in dem es sich profitlich investieren läßt und das zur Ausbeutung und Ausplünderung die Tore weit öffnet, bzw. dahin gebracht wird, die Tore weit zu öffnen. „Open-Door"-Policy ist gleich Politik und Ökonomie des Imperialismus. Als aufrechter Antiimperialist muß man sich gegen den Imperialismus und insbesondere gegen den eigenen wenden und nicht davon ablenken und sich ihm gegenüber opportunistisch verhalten.

Und: worin unterscheiden sich Dettinger und Helmuth Schmidt, Bundeskanzler, der 1976 Tolbert zu einem Meinungsaustausch empfing? Im Prinzip gar nicht! Nur der eine ist relativ unbedeutend und zugleich direkter Interes-

senvertreter badischer Industrieller in Liberia, während Kanzler Schmidt der Kanzler des westdeutschen Finanzkapitals und relativ bedeutend ist und mit Tolbert konferiert, um ihn auf die deutschen Kapitalinteressen einzuschwören. Dettinger und Schmidt ergänzen sich prima.
Die Politik in Sachen Liberia von Seiten der Blätter des iz3w und der ADW entwickelt sich ahin, die Interessen des deutschen Imperialismus in Liberia zu schonen, anstatt ihn anzugreifen und sich mit den Kämpfen der Völker der Welt zu verbinden.

Robert Kappel, Achim, 17.7.77

**Anmerkungen:**

1) vgl. dazu die Studien von D. H. Greve, The Structure of and Development of the Rubber Industry in Liberia, in: The Liberian Economic and Management Review, 1972/73, S. 35-51; Jerker Carlsson, Transnational Companies in Liberia, Research Report No. 37, Uppsala 1977; Willi Schulze, Plantation workers in Liberia, in: Afrika Spektrum, 75/3, 10. Jg., S.263-277; Schulze analysiert die African Fruit Company, die seit 1951 in Liberia tätig ist. Die AFC war seit 1910 und von 1924 – 1939 Hauptbananenproduzent in Kamerun und zu 40 % an den deutschen Bananenimporten beteiligt. Ca. 3500 Acres Kautschuk werden bepflanzt. Schulze legt dar, daß die AFC für die Schwerstarbeit auf den Plantagen nur äußerst schwierig Arbeitskräfte bekommen konnte und daß die Fluktuation der Arbeitskräfte äußerst hoch sei. Um die Arbeiter möglichst stark zu spalten, hat sie sie aus 3 verschiedenen Stammesgruppen, Grebo, Krahn und Kru geholt. Zu erwähnen ist noch, daß im Afrika Verein (dem Zusammenschluß deutscher Kaufleute in Afrika) häufig Vertreter der AFC führend tätig waren.
2) vgl. Weser Kurier 5./6.2.77
3) vgl. Blätter des iz3w, Nr. 59, Febr. 77, S. 41 - 43
4) Jehudi Ashmun, Notes on Trade, in: R. R. Gurley, The Life of Jehudi Ashmun, Reprint New York 1969, ursprünglich 1835, App. S. 39
5) Africa, No. 71, July 77, S. 65
6) nach: Manfred Dick, Probleme der nationalen Identität in Liberia, Düsseldorf 1970, S. 58

## 20 TONNEN GEMÜSESAMEN FÜR VIETNAM

hat das Rote Kreuz der Sozialistischen Republik Vietnam von der Hilfsaktion Vietnam e.V. in Düsseldorf erbeten.
Schwere Unwetter haben Vietnam in den letzten zwei Jahren heimgesucht. Im ganzen Land hat der ungewöhnlich lange und kalte Winter 76/77 – der kälteste seit dreißig Jahren – und die darauffolgende Dürreperiode im Sommer – mit gebietsweise geringerem Niederschlag zwischen 30 und 70 % – große Schäden verursacht, besonders im Getreide- und Gemüseanbau. Ende Juli verwüstete zusätzlich der stärkste Taifun seit Jahren die Gemüseanbaugebiete im Delta des Roten Flusses und venichtete Aussaaten und Ernten.
Um die schlimmsten Folgen der Naturkatastrophen für die Ernährung der Bevölkerung – zwei Jahre nach Beendigung des grausamen Zerstörungskrieges – zu überwinden, bittet das Rote Kreuz um Hilfe für die Landwirtschaft: um schnelle Lieferung von 20 Tonnen Samen für Wintergemüse.
**Die HILFSAKTION VIETNAM e.V. ruft die Bürger der Bundesrepublik auf, das Soforthilfeprogramm „Gemüsesamen für Vietnam" durch Spenden zu unterstützen.**
**Postscheckamt Essen Nr. 900 40-430**
**Bank f. Gemeinwirtschaft Düsseldorf Nr. 1016250300**

**HILFSAKTION VIETNAM e.V. Bismarckstr. 33**
**4000 Düsseldorf 15. September 1977**

# ZIMBABWE

## Wer ermordet Missionare?

Bislang schien alles klar zu sein: Afrikanische Guerilla-Mordbrenner in Rhodesien machen vor Missionsstationen und dem Leben der Missionare nicht Halt. Neuerdings gibt es da eine aufsehenerregende, anderslautende Version, wonach als Guerilla getarnte rhodesische Regierungssoldaten Morde an schwarzen Zivilisten und weißen Missionaren begangen haben. In der britischen Presse wird seit Monaten darüber berichtet. Nach „Observer"-Korrespondent David Martin sind afrikanische Priester in Rhodesien seit langem der Überzeugung, die Morde an Missionaren seien von den „Selous Scouts" begangen worden, einer meist aus Afrikanern bestehenden Kommandoelitetruppe der rhodesischen Armee.

Diese Sicht der Missionarsmorde wird untermauert durch Deserteure der rhodesischen Armee, die in Interviews mit der vom Weltkirchenrat in Genf herausgegebenen Monatszeitschrift „One World" detaillierte Angaben über die „Selous Scouts" und ihre Mordmethoden gemacht haben. Der Weltkirchenrat gibt humanitäre Hilfe an die afrikanischen Befreiungsbewegungen. Auch der katholische Erzbischof Lamont von Umtali/Rhodesien hatte in einem Fall Freiheitskämpfern humanitäre Hilfe in Form von Medikamenten zukommen lassen und ihre Anwesenheit nicht der Polizei gemeldet; er war dafür zu Zwangsarbeit verurteilt und dann des Landes verwiesen worden. Der Weltkirchenrat ist sehr daran interessiert, die Wahrheit aufzudecken, denn die gesamte Schuld an den bisherigen Morden, die an schwarzen Zivilisten und weißen Missionaren begangen wurden, wird den Freiheitskämpfern zugeschoben.

In einem Artikel zu diesem Thema in „One World", Nr. 28 Juli/August 77 heißt es u.a.:

Nach der Aussage der Deserteure, sind die „Selous Scouts" eine Spezialtruppe, hauptsächlich schwarze Soldaten, die sich genauso kleiden, bewaffnen und ebenso vorgehen wie die Guerilla-Einheiten der Befreiungsbewegungen, sogar weiße Soldaten tarnen sich als Schwarze. Die weißen Soldaten die gewöhnlich solche Truppen anführen, stammen nicht nur aus Rhodesien, sondern auch aus Großbritannien, Australien, den USA, Deutschland, Frankreich und in größerer Zahl aus Südafrika.

In Guerilla-Verkleidung gehen die „Scouts" in Dörfer der Kriegszone, sammeln Informationen und prüfen die Aufrichtigkeit der Bewohner gegenüber der Smith-Regierung. Die „Scouts" gehen nach verschiedenen Strategien vor, eine bevorzugte Methode wurde von einem Informanten beschrieben, der im aktiven Dienst einer Einheit zur Unterstützung der Scouts-Operationen tätig war: „Unterstützt ein größeres Dorf Guerillas, so kommen zuerst die „Scouts". Sie sprechen mit dem Dorfführer, bekommen Nahrungsmittel und Informationen, dann verschwinden sie wieder. Ca. 45 Minuten später zieht ein Haufen Armeesoldaten ein, der den Spuren dieser Scouts folgt. Da sie wissen, daß Scouts da waren, gehen sie zum Dorfführer und erklären, sie suchten eine Gruppe von Guerillas und hätten deren Spuren hier entdeckt.

Der Führer wird sagen, er wisse nichts darüber. Die Soldaten bestehen darauf, sie wären hier gewesen, man habe ihre Spuren entdeckt. Der Dorfführer wird keine Informationen geben, dann ziehen die Truppen ab, die Scouts gehen in das Dorf zurück, werfen ihm vor, der Armee verraten zu haben, wo sie sind. Dann werden sie das Dorf vernichten. Andere Dörfer werden die Geschichte erfahren und nicht wissen, was sie davon halten sollen. Es wird unmöglich, zwischen Scouts und Guerillas zu unterscheiden.

Indizien für Aktionen der „Scouts" sind äußerst zufällig, denn sie operieren in strengster Geheimhaltung, sogar vor anderen Armee-Einheiten. „Sobald 'Scouts' in der Nähe sind, erstarrt alles andere", meinte ein Deserteur, „alle Truppen sind entweder schon vorher abgezogen oder man bleibt in Stellung und es wird einem nicht erlaubt, die Position zu verlassen."

Sobald die Scouts ihre Arbeit beendet haben und sich zurückziehen, kommen die Truppen.

Normalerweise finden die Truppen einige Überlebende, die den Glauben verbreiten, ihr Dorf wurde von wirklichen Freiheitskämpfern angegriffen. „Wenn die 'Scouts' töten, lassen sie meistens jemanden übrig, damit die Geschichte erzählt werden kann. Wenn Guerillas töten, bringen sie alle um, die 'Selous Scouts' sind anders. Sie morden und lassen dann einige übrig, damit das Geschehene weitererzählt werden kann."

Der Deserteur, der uns dies erzählte, hatte selbst ein Dorf besucht, zwei Tage nachdem es „eingefroren" und von einer „Scout-Einheit" betreten worden war. Die Leichname der Dorfbewohner waren bereits weggeschafft, aber afrikanische Männer und Frauen waren am Leben gelassen worden, um die Ereignisse weiterzuerzählen.

Massaker finden in kleinen Dörfern statt. Wo eine größere Zahl der Bevölkerung verdächtigt wird, werden diese in Internierungslagern gepfercht, die mit Stacheldraht umzäunt sind und nachts durch einen Sperrgürtel von Suchlichtern bewacht werden. Jeder, der das Camp verläßt, so-

### Dringend Arzt für Zimbabwe gesucht

Gesucht wird ein Arzt, der vor allem in Chirurgie etwas Erfahrung haben sollte. Wegen des erhöhten Risikos in diesem Gebiet sollte er unverheiratet sein.

Der Arzt, der z.Zt. dort noch tätig ist und dessen Familie bereits in die Schweiz zurückkehren mußte, sieht sich außerstande, ohne Nachfolger, der die Weiterversorgung sichert, seine Stelle zu verlassen, und ist deshalb in einer bedrängenden Zwangslage.

In verschiedenen Teilen Zimbabwes ist die medizinische Versorgung der schwarzen Bevölkerung derzeit an einem äußerst kritischen Punkt angelangt. Verschärfend zur allgemeinen Notsituation kommt hinzu, daß das Rassisten-Regime auch in diesem Bereich den Unterdrückten die nimmt, die ihnen helfen wollen. Es bedient sich dazu der Technik, Ärzte auszubürgern. Dafür steht der Fall der Dr. Theresa Corby, die - Leiterin und Ausbilderin einer medizinischen Station - von der Regierung ohne Angabe von Gründen gezwungen wurde, das Land zu verlassen, womit gleichzeitig die Ausbildung qualifizierter Nachfolger verunmöglicht wurde (vgl. „The Rhodesien Herald", Sept. 77)

Wenn ein Arzt Interesse an der Tätigkeit in Zimbabwe hat, soll er sich bitte mit dem iz3w in Freiburg in Verbindung setzen.

## Beispiele rhodesischer Propagandafotos

In den nördlichen und nordöstlichen Gebieten Zimbabwes wurden 1973 in Schulen, Läden und bei Dorfversammlungen u.a. diese Fotos in Flugblattform verteilt. Auf den Flugblättern hieß es zu den verstümmelten Körpern afrikanischer Bürger, „daß sie mit den Aufständischen kooperiert hätten und von den Sicherheitskräften getötet worden seien. Bei jedem Foto waren Name und Dorf der Opfer notiert. Die Überschrift hieß: Warnung. Diese Männer starben, weil sie den Terroristen halfen! Sagt der Polizei und unseren Soldaten, wo die Terroristen sind, denn das wird wieder Frieden in eure Dörfer bringen.





Ähnliche Bilder von im Kampf getöteten Aufständischen wurden verteilt im Chesa Purchase Gebiet, im Masoso Tribal Trust Land und anderen Gebieten. Der Text: „Diese Terroristen wurden von unserer Polizei und unseren Soldaten in ganz kurzer Zeit getötet! Das Masoso Tribal Trust Land ist abgeriegelt worden, so daß die Polizei und die Soldaten die Terroristen heraussuchen kann und die, die den Terroristen halfen. Wie ihr wißt, haben Terroristen euer Gebiet betreten, und daher sind sie von Leuten eures Gebiets unterstützt worden. Um den Soldaten und der Polizei zu ermöglichen, ihre Arbeit genau durchzuführen, sind eure Schulen, Schlächtereien, Mühlen und Kaufhäuser geschlossen worden." (Zitiert nach Rhodesia: The Propaganda War. Zunächst veröffentlicht in: Civil War in Rhodesia. 1976)

bald die Lichter angeschaltet sind, wird erschossen. Es wird von erschreckenden Bedingungen innerhalb der Camps berichtet. Sporadische medizinische Versorgung, hygienische Versorgung, die zusammenbricht, und Krankheiten sind verbreitet.
Die Anzahl der Morde an Zivilisten in Rhodesien, die auf Operationen der „Selous Scouts" zurückzuführen sind, läßt sich unmöglich feststellen. Z.B. waren „Scouts" beteiligt an den kürzlichen, groß veröffentlichten Missionars-Morden?
Wir sprachen mit einem Ex-Soldaten, der in Beantwortung dieser Frage hervorhob, daß „in den zehn Jahren dieses Krieges nie Missionare oder ähnliche Personen getötet wurden. Das geschieht erst jetzt, ganz plötzlich. Die Smith-Regierung weiß, daß die Guerillas von den Kirchen Geld bekommen, nun geht sie gegen die Missionare an, um damit die Leute gegen die Guerillas aufzuhetzen."
Gesetzesverstöße unter den Truppen werden in wachsendem Umfang nicht bestraft. Raub ist üblich. Ein Deserteur berichtete: „Ich sah, wie Soldaten Dorfbewohner erschossen. Aber als ein Rechtsanwalt gegen sie gerichtlich vorgehen wollte, zerrissen sie seine Papiere und meinten, er könne die Armee nicht vor das Gericht bringen. Was die Armee tut, liegt im Interesse des Landes, damit ist das, was sie tut, gerechtfertigt."

aus: Missio-Korrespondenz, 5/77

●

# INDIANER
## Zwang zur Sterilisation

*In der Bundesrepublik darf sich eine Frau nur mit Genehmigung ihres Ehemannes sterilisieren lassen. In der Dritten Welt werden Frauen millionenfach sterilisiert, oft ohne ihr Wissen. Und in den USA werden unerwünschte Minderheiten durch Sterilisation allmählich ausgerottet. So wird „Bevölkerungspolitik" zu Völkermord. Am meisten bedroht sind in den USA die Indianer.*

„Sie nahmen sich unsere Vergangenheit mit dem Schwert und unser Land mit dem Schreibstift. Jetzt wollen Sie unsere Zukunft mit dem Skalpell nehmen"
So beklagten Indianer in ihrem „American Indian Journal" die Folgen der Massensterilisation für ihr Volk. „Sie", das waren in der Vergangenheit die weißen Siedler, die die eingeborene Bevölkerung fast ausrotteten. „Sie", das sind heute die Propagandisten der Massensterilisation: weiße Politiker und Ärzte. Jedes Jahr werden in den Vereinigten Staaten rund eine Million Frauen sterilisiert. Die Anzahl dieser Eingriffe hat sich von 1970 bis 1974 verdreifacht. Wie ist dieser rasante Anstieg zu erklären?
Da ist einmal der Übereifer der Ärzte, Frauen, wenn sie über 40 Jahre alt sind, zu einer Gebärmutter-Entfernung (Hysterektomie) zu raten. Denn im Gegensatz zu jungen Frauen, denen man große Schwierigkeiten macht, wenn sie sich sterilisieren lassen wollen, geht man mit Frauen, die ihren Beitrag zur „Kinderproduktion" schon mehrfach geleistet haben und zudem auf die Wechseljahre zugehen, sehr großzügig um. In der BRD wie in den USA. Bei ihnen wird also Sterilisation als Empfängnisverhütung oder auch als Gesundheitsvorsorge ohne weiteres durchgeführt.
In den USA ist inzwischen jede zweite Frau über 40 Jahren sterilisiert!
Die Massensterilisation hat aber noch eine andere Seite, über die nur wenig bekannt ist und die von offiziellen amerikanischen Regierungsstellen strikt abgeleugnet wird; Es geht um die gezielte Dezimierung rassischer Minderheiten.
Während zum Beispiel nur 6,6 Prozent aller weißen Frauen in den USA sterilisiert sind, sind es bei den schwarzen Frauen 20 Prozent, bei den Puertorikanerinnen 33 Prozent. Und bei den Indianerinnen, so schätzt man, liegt der Anteil bei 42 Prozent! Wie der Sterilisationsmißbrauch vor sich geht,beschreibt unter anderem die Indianerzeitschrift „Akwesasne Notes" in einer erschütternden Dokumentation mit dem Titel: „So wird unsere Zukunft getötet". Die Fakten beweisen: Die indianische Bevölkerung stirbt aus unter dem wohltätigen Deckmantel von „Familienpalnung" und „Gesundheitsvorsorge".
Sterilisiert wird vor allem in den Hospitälern des „Indian Health Service" (IHS), eine aus Regierungsmitteln finanzierte Gesundheitsorganisation. Daß die Methoden, die dort betrieben werden,nichtganz geheuer sind, liest sich schon aus den Anweisungen für IHS-Mitarbeiter heraus.

**Auch 18jährige Mädchen**

Da geht es zum Beispiel darum, wie man die Frauen am geschicktesten zur Sterilisation überredet: „Wenn die Frauen selbst es nur schwer annehmen (beim Hausbesuch), reden Sie mit den Großeltern. Wenn Sie die Sache vom 'Gesundheitsaspekt' angehen, werden die Großeltern das verstehen. Sprechen Sie niemals von 'Familienplanung' in Anwesenheit b e i d e r Ehepartner." Die IHS-Mitarbeiter werden also angehalten, die Frage der Sterilisation als „Gesundheitsvorsorge" zu verschleiern.
Daß es in diesen Hospitälern nicht mit rechten Dingen zugeht, fand als erste Dr. Constance Uri, eine Ärztin vom Volk der Choctaw, heraus. Ihr hatten viele Indianerinnen erzählt, sie seien sterilisiert worden, ohne daß man sie vorher dafürber informiert hätte. Auch 18jährige waren darunter, denen man – ohne lange zu fragen – die Gebärmutter entfernt hatte.
Jetzt wurden auch aus anderen Teilen des Landes Fälle von Sterilisationsmißbrauch bekannt. Auf Druck der Öffentlichkeit mußte eine offizielle Untersuchung durchgeführt werden. Die Kommission nahm vier Gebiete unter die Lupe: Aberdeen, Albuquerque, Oklahoma City und Phoenix. In diesen kleinen Hospitälern waren allein in den letzten drei Jahren 3400 Indianerfrauen sterilisiert worden. (Heute gibt es insgesamt nur noch 100 000 Indianerinnen im gebärfähigen Alter in den USA.) Als erstes stellte die regierungsnahe Kommission fest: „Die Indian Health Hospitäler waren nicht in der Lage, uns mit zuverlässigen Statistiken zu versorgen. Weder darüber, ob die Sterilisation von den betroffenen Frauen tatsächlich gewollt waren oder aus therapeutischen Gründen vorgenommen worden sind, noch über das Alter der Patientinnen."
Die auch in den USA gesetzlich vorgeschriebene Zustimmung der Ehemänner hatten übrigens hier niemanden interessiert: Für ihre Unterschrift war auf den Formularen kein Platz vorgesehen.
Trotz der schwierigen Untersuchungsbedingungen kam die Kommission zu dem Schluß: Es war nicht etwa die Ausnahme, sondern die Regel, daß gesetzliche Bestimmungen zur Steilisation schlichtweg übergangen wurden. Das heißt: Die Frauen waren nicht ausreichend informiert.
Viele Frauen berichteten, sie hätten nur generell ihre Zustimmung zu einer Operation gegeben, so wie das zum Beispiel vor einer Entbindung üblich ist, falls Komplikationen auftauchen sollten. Anderen hatte man einfach gesagt, der Eingriff sei wieder rückgängig zu machen. Und wieder anderen Frauen hatte man angedroht, ihnen die Kinder fortzunehmen oder die Sozialunterstützung zu streichen ...
Das Ungeheuerliche ist bestätigt – nicht aber für die US-Regierung. Sie ließ über ihren offiziellen Pressedienst versichern, die Untersuchung sei „unkorrekt und ungenau": „Der Anteil der Frauen, die in den IHS-Hospitälern sterilisiert wurden, entspricht in etwa dem in der gesamten Bevölkerung".
So landete der Schwarze Peter, wie üblich, bei den Opfern der Opfer: den Indianerinnen. Sie sind wohl zu dumm, um sich zu erinnern, daß sie der Sterilisation zugestimmt hatten – oder?

**Anderen Minderheiten in den USA geht es ähnlich. 1973 wurden Minnie und Mary Alice Relf, zwei schwarze Schwestern, 12 und 14 Jahre alt, in Alabama im Rahmen eines bundesfinanzierten Familienplanungsprogramms sterilisiert. Ihre Mutter war dazu überredet worden, ein Kreuz auf ein Formular zu malen, das sie nicht lesen konnte. Die**

beiden Frauen verklagen gegenwärtig die Regierung auf 40 Millionen Dollar.

**Ärzte: Zwangssterilisation**

In Los Angeles haben zehn Chicana Frauen (Frauen mexikanischer Abstammung) eine sogenannte „classaction"-Klage wegen Zwangssterilisation gegen Krankenhausangestellte und Beamte des Gesundheitsministeriums eingereicht (diese Form der Klage bedeutet, daß der Urteilsspruch auf alle Personen zutrifft, die aus demselben Grund hätten Klage führen können. Das vereinfacht z.B. das Verfahren für alle betroffenen Frauen, die Schmerzensgeld fordern.).

In Süd Carolina wurde 1973 der Fall eines Gynäkologen bekannt, der Patientinnen, die von sozialhilfe lebten und ihr drittes Kind erwarteten, nur dann annahm, wenn sie sich bereit erklärten, sich nach der Entbindung sterilisieren zu lassen. Innerhalb von sechs Monaten hatte der Mann 28 Frauen (die meisten waren Schwarze) sterilisiert. Er war der einzige Frauenarzt und Geburtshelfer im großen Umkreis.

Seine Praktiken wurden von der Ärztekammer von Süd Carolina voll unterstützt. Es sei „das ethische und juristische Recht jedes Arztes, auf einer Sterilisation zu bestehen, bevor er sich dazu entscheidet, eine Patientin anzunehmen."

Bezeichnend für die Haltung der Ärzte ist das Ergebnis einer Untersuchung, in der Gynäkologen aus vier amerikanischen Großstädten zum Thema befragt wurden: 94 Prozent sprachen sich für Zwangssterilisation von Sozialhilfeempfängerinnen mit drei oder mehr „unehelichen" Kindern aus!

Das US-Gesundheits- und Sozialministerium übernimmt 80 Prozent der Kosten für die Sterilisation von armen Frauen. Jede andere Gesundheitsversorgung, einschließlich Abtreibung, wird nur zu 50 Prozent erstattet. So wird also die Massensterilisation „von oben" gesteuert.

Die Ärzte spielen mit. An Sterilisationen läßt sich gut verdienen, besonders dann, wenn die Gebärmutter komplett entfernt wird. Darüber hinaus handelt es sich dabei um eine medizinisch interessante Operation, durch die sich junge Chirurgen schnell qualifizieren können. Die Frauenzeitschrift „Clio", die in ihrer jüngsten Ausgabe ausführlich über „Bevölkerungspolitik und Sterilisationsmißbrauch" berichtet, zitiert in diesem Zusammenhang einen Medizinalassistenten am Boston City Hospital:

„Wir machen gerne Hysterektomien, es ist eine viel größere Herausforderung ... Wissen Sie, eine Tubenligatur kann auch ein gut trainierter Schimpanse machen ... und es ist eine gute Erfahrung für junge Ärzte, ein gutes Training."

Die USA begnügen sich im Zuge ihrer weltumspannenden imperialistischen Politik übrigens nicht nur mit Massensterilisation im eigenen Land. Hinter den Familienplanungsprogrammen vor allem in Lateinamerika stecken oft genug die USAID (United States Agency for International Development) und andere US-Organisationen.

**Auch in Lateinamerika**

Ein paar Beispiele: von 1965 bis 1971 wurden in Brasilien mit finanzieller Unterstützung der USA über eine Million Frauen sterilisiert. Von 1963 bis 1965 wurden in Kolumbien 40 000 Frauen in von Rockefeller finanzierten Programmen sterilisiert. Und es kommt noch drastischer: Im März 1975 fanden Jesuiten-Padres bei der Kinderspeisung im Minengebiet von Oruro (Bolivien) Sterilisationschemikalien – besonders in Milchpulver, das aus US-Spenden stammte.

In Zeitungsmeldungen aus Lima (Peru) wird die US-Hilfsorganisation „Amigos de las Americas" (Freunde der beiden Amerikas) beschuldigt, sie habe ebenfalls an Bedürftige Milch mit Sterilisationsstoffen ausgeteilt. Diese Substanzen habe man auch einem Impfstoff gegen Masern beigemengt und damit 2000 Kinder in Kolumbien geimpft. Inzwischen hat die kolumbianische Regierung die Arbeit der „Amigos" in diesen Gebieten verboten.



*Im Reservat in Neu Mexiko (USA): Navajo-Indianerin mit ihren Kindern.*

Foto: Keystone

**Protest der Bischöfe**

Bolivianische Bischöfe, die sich dort sehr couragiert für die Armen einsetzen, waren es, die kürzlich in einem Offenen Brief den Regierungschef Banzer beschuldigten, im Zuge einer geheimgehaltenen Sterilisationskampagne sollten jährlich 35 000 Frauen unfruchtbar gemacht werden – unter anderem, um die „Qualität der Bevölkerung zu verbessern". Vertraute Töne aus der Nazi-Zeit ...

70 Prozent der bolivianischen Bevölkerung sind Indios, die Ärmsten der Armen – im ärmsten Land Südamerikas überhaupt. Das Land regiert eine dünne Oberschicht, die durchweg europäischer Abstammung ist. An der Spitze General Banzer, dessen Vorfahren aus Deutschland kamen.

Das alles zeigt: Je nachdem wie die Zeiten sind, je nachdem welcher Klasse, welcher Rasse die Frauen angehören und welches Alter sie haben, wird Sterilisation entweder gepredigt oder verteufelt. Staatlich forcierte Sterilisationskampagnen haben ganz andere Absichten, als uns Frauen beim Problem der Empfängnisverhütung zu helfen.

Von der Massensterilisation ist der Weg zur Zwangssterilisation „minderwertiger" Gruppen nichtweit, wie wir Deutschen aus jüngster Vergangenheit wissen.

Aus: Emma, Nr. 9, 1977

Literatur zum Thema in: „Clio" Nr. 4 (zu beziehen beim FFGZ, Postfach 360 368, 1 Berlin 36) und „Akwesasne Notes", Early Spring 1977 (Anschrift: Mohawk Nation via Rooseveltown, N.Y. 13683, USA)

# AKTION DRITTE WELT HANDEL

*In den „blättern" Nr. 59 haben wir uns in 2 Artikeln kritisch mit der Aktion Dritte Welt-Handel auseinandergesetzt. Wie aus dem unten abgedruckten Artikel hervorgeht, wollen nun die kirchlichen Hilfswerke KED und Misereor ihre – für die Arbeit der A3WH existenznotwendigen Zuschüsse von einer Satzungsänderung bei der A3WH abhängig machen, die ihnen langfristig den entscheidenden Einfluß auf deren Politik sichern soll. Damit wäre nicht nur der wirtschaftliche Arm dieses „entwicklungspolitischen Aktionsmodells", die mehrheitlich von den Kirchen finanzierte GEPA (Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt mbH), sondern auch die politisch-pädagogische „Begleitung" der Verkaufsaktionen, die die A3WH e.V. als Zusammenschluß von Aktionsgruppen, Läden und konfessionellen Jugendgruppen (letztere als Mitträger des Verkaufs) macht, unter dem Einfluß der kirchlichen Hilfswerke. Diesen Versuch, die Diskussion der Dritte Welt-Handels-Gruppen über eine Präzisierung bzw. Weiterentwicklung ihres politischen Standortes durch finanzielle Pressionen einzuschränken, verurteilen wir; trotz unserer Kritik an der A3WH drucken wir den folgenden Artikel ab.*

*Red.*

# Vielleicht ein Lehrstück über Abhängigkeit

**Dorothea Kerschgens**

Der Verein der Aktion Dritte Welt Handel (A3WH e.V.) als pädagogisch-politischer Arm des Aktionsmodells steht vor dem finanziellen Ruin und muß höchstwahrscheinlich seine Arbeit beenden. Zum 30.9.1977 wurde sämtlichen Mitarbeitern „aus finanziellen Gründen" gekündigt, womit die Bundesgeschäftsstelle in Frankfurt praktisch lahmgelegt ist. Wie war es zu dieser Entwicklung gekommen, warum blieben so plötzlich die Geldgeber aus, und wer steht hinter dem Niedergang der A3WH?

Es begann mit dem Höhepunkt der Studentenbewegung, als sich die beiden konfessionellen Jugendverbände, die Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend (AEJ) und der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ), öffentlich immer stärker für die Dritte Welt engagierten und im Mai 1970 durch einen aufsehenerregenden Hungermarsch den Stein ins Rollen brachten: Eine politische Bewegung suchte Handlungsmodelle, die es ermöglichen sollten, politische Forderungen durch konkrete Aktionen zu ergänzen.

**Am Anfang: Alternatives Handeln**

Ein Entwicklungspolitischer Arbeitskreis (EPA) der beiden Jugendverbände initiierte die ersten Verkaufsaktionen im Herbst 1970 und legte damit in der BRD den Grundstein für das Aktionsmodell über den „alternativen" Verkauf von Waren aus der Dritten Welt einerseits – so die Annahme – einen Beitrag zu einer eigenständigen Entwicklung dort zu leisten und andererseits politisches Bewußtsein für die Probleme der Unterentwicklung hier zu schaffen. Die Aktionen kamen bei Gruppen verschiedener Art gut an, die Bewegung expandierte rasch und sah sich bald vor die Notwendigkeit gestellt, sich genauere Strukturen zu geben. Verschiedene Vorläufer mündeten schließlich 1974 in die Gründung des jetzigen eingetragenen Vereins ein, in dem die Jugendverbände über EPA acht Stimmen innehaben und Aktionsgruppen bis zu zehn Delegierte als Vertreter der Regionalkonferenzen entsenden können. Bei rasch anwachsendem Umsatz wurde immer mehr das Problem deutlich, daß die pädagogische Arbeit, die politischen Aussagen und die Kritik an den bestehenden Strukturen der Aktion zu kurz kamen oder sogar behindert wurden. Je mehr Gremien und Verbände sich an der A3WH beteiligten, desto mehr ertönte der Ruf nach „Ausgewogenheit", die dann auf Kosten der Inhalte in den Vordergrund trat.

Als wichtige Einschränkung des politischen Spielraums scheint sich die 1975 gegründete eigene Importgesellschaft GEPA (Gesellschaft zur Förderung der Partnerschaft mit der Dritten Welt mbH) herauszustellen, die von der A3WH zusammen mit dem Ausschuß Kirchliche Mittel für Entwicklungsdienst (KED) und später mit MISEREOR und der Arbeitsgemeinschaft der Dritte Welt Läden als Gesellschaftern gegründet wurde.

Seit diesem Zeitpunkt sind die kirchlichen Hilfswerke als Mehrheitsgesellschafter der GEPA nicht nur mit ihrem Stammkapital von 10.000 DM, sondern auch mit jeweils 800.000 DM an zinslosen Darlehen an dem „Aktionsmodell" beteiligt. Insofern besteht ein materielles Interesse, Umsatz und Expansion zu fördern und eine grundsätzliche Kritik an der Importgesellschaft und dem Modell einzuschränken.

**Umsatz als Selbstzweck**

Die GmbH geriet bald durch den Zwang der Expansion und der damt verbundenen Integration in die Handelsstrukturen der westlichen Länder ins Kreuzfeuer der Aktionsgruppen-Kritik: mangelnde Information über die Projektpartner, undurchsichtige Preiskalkulationen, allgemeines Mißtrauen gegenüber einem vermeintlichen „Großunternehmen", ... so lauteten die Argumente. 1976 ließ Misereor als Mehrheitsgesellschafter und Kreditgeber mit einer Gewürzaktion innerhalb der Fastenzeit zum ersten Mal eine Kampagne von der GEPA abwickeln, die von der Zielsetzung und Arbeit der A3WH völlig losgelöst war.

Im Lauf der Jahre qualifizierten sich eine Reihe von Gruppen durch ihre kontinuierliche Arbeit und griffen in die Diskussion über eine neue Weltwirtschaftsordnung und die Frage einer Abkoppelung der Entwicklungsländer aus dem „Weltmarkt" (das hieße zumindestens vorübergehend eine drastische Reduzierung von Exporten aus der Dritten Welt) ein.

Die Kritik der Strukturen weltwirtschaftlicher Ungerechtigkeit führte zu einer Reflexion der eigenen Aktionsstrukturen: Wie „alternativ" ist unser Handel? Schaffen wir nicht neue Abhängigkeiten? Ist unsere eigene Aktionsstruktur unseren Zielen adäquat? Langfristig kann es da nicht ausbleiben, daß die gesamte Konzeption der Entwicklungshilfe und die Projekte der kirchlichen Hilfswerke in die kritische Beurteilung der Gruppen miteinbezogen werden. Auch aus dieserart Gründen muß es den Hilfswerken

notwendig erscheinen, eine kl. are Verpflichtung des A3WH auf das bestehende Modell mitsamt der Import-GmbH zu erreichen, das dann nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt werden dürfte. Parallel zur Ansammlung dieser Konfliktpunkte führte 1976 ein Wechsel im Vorstand der A3WH dazu, daß deutlicher als zuvor Kompetenzen abgegrenzt und Verbandsinteressen in den Verein hineingetragen wurden.

**Wachsende Diskrepanz zwischen Aktionsgruppen und Funktionären**

Ein niemals überbrücktes Informations- und Kompetenzgefälle zwischen hauptamtlichen Verbandsfunktionären und ehrenamtlichen Basisvertretern im Vorstand trat hinzu, wodurch sich die Distanz der Pädagogik, Aktion und Gruppenarbeit zur Strukturebene von Entscheidungsorganen und Ausschüssen objektiv vergrößerte. Dieses Zusammentreffen von verselbständigten Funktionärs- und Verbandsinteressen, Überlastung und Zeitmangel, und andererseits die Schwierigkeit für die Basisvertreter, ihre Interessen gebührend zu fomulieren, beschränkten den Vorstand derart in seiner Handlungsfähigkeit, daß er nie zu einer inhaltlichen politischen Diskussion Zeit fand, allerdings auch wichtige administrative Probleme vor sich herschob, so daß ihn im August 1977 der abzusehende finanzielle Notstand des Vereins offenbar völlig überraschend traf. Der Jahreshaushalt des A3WH e.V. von (1977 ca. 260.000 DM), der aufgrund der jetzigen Struktur nur durch Fremdfinanzierung abgedeckt werden kann, kam gewohnheitsmäßig zum größeren Teil durch Zuschüsse von KED, MISEREOR und dem BMZ zustande, hinzu trat ein Betrag aus den Verkaufserlösen der GEPA. Der katholische Geldgeber knüpfte jedoch an die Vergabe des für 1977 beantragten Zuschusses die Bedingungen, die „pädagogische Effizienz" (= Aussstoß an Druckerzeugnissen) zu erhöhen und den entwicklungspolitischen Standort der Aktion klarzustellen.

**Kirchliches Hilfswerk im Hintergrund**

Die Durchsetzung einer genehmen Politik in der A3WH scheint den kirchlichen Hilfswerken nur dadurch gewährleistet zu sein,daß die Jugendverbände ein größeres Engagement im eingetragenen Verein zeigen, sprich eine stärkere Kontrolle über Basisaktivitäten, Publikationen und die politische Ausrichtung ausüben und den Kirchen gegenüber die Verantwortung tragen. In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 24.9.77 formulierten die Vertreter der konfessionellen Jugendverbände dieses stärkere Engagement nun als Forderung an den e.V., einer Strukturveränderung zuzustimmen, die den Jugendverbänden eine 2/3 Mehrheit in der MV und damit eine absolute Entscheidungsgewalt über Wahlen, Satzungsänderungen und die Politik der Aktion einräumt. Bisher halten sich in der MV acht Delegierte der Regionalkonferenzen und acht Mitglieder des EPA als Vertreter der Jugendverbände die Waage.

Nur unter dieser Bedingung sind die Jugendverbände bereit, ihren Einfluß geltend zu machen, damit die kirchlichen Gelder wieder fließen und der verschuldete Verein unter Umständen wieder saniert werden kann. Begründet wird diese Forderung jedoch keineswegs inhaltlich, daß etwa die politische Marschrichtung geändert werden müsse, sondern rein machtpolitisch und mit dem Argument, die Legitimationsgrundlage der Regionalsprecher sei recht zweifelhaft, da an den Regionalkonferenzen, auf denen die Delegierten gewählt werden, nur ein Bruchteil der Gruppen teilnehme. Und weil sich die meisten Gruppen im Vorfeld der Kirchen bewegen, so die Begründung, seien die Jugendverbände die legitimen Repräsentanten der Basisgruppen.

**Wir bitten um Geschenk-Abos**

Ein Lehrer der deutschen Schule „Colegio A. von Humboldt" in Lima, Peru, bittet uns um einige Freiabos der „blätter des iz3w", die an Schüler vergeben werden sollen, um ihre Aufsätze und Reflexionen über die kulturpolitische Situation Deutscher in Peru zu prämieren. Da wir mit unseren Mitteln sehr sorgfältig umgehen müssen und aus solcher Unterstützung gern eine öffentliche Sache machen möchten, bitten wir Leser, die dies für sinnvoll halten, die Bitte aus Peru auf dem Weg über ein Geschenk-Abo zu erfüllen. Solche Geschenk-Abos sind zu richten an:

Colegio A. von Humboldt
z.Hd. Herrn Brodersen
Casilla 5175
Lima 18 – Miraflores
P e r u

Gleichzeitig bitten wir diejenigen unserer Leser, die sich finanziell gut stehen, Spenden-Abos für iz3w-Bezieher zu bezahlen, die aus Geldmangel das Abo kündigen müssen. In der letzten Zeit haben uns zunehmend Kündigungen mit entsprechendem Hinweis erreicht, was bei der zur Zeit herrschenden Jugendarbeitslosigkeit und der schwierigen ökonomischen Lage vieler Schüler und Studenten (z.B. aufgrund ausbleibender Bafög-Anhebungen) nicht verwunderlich ist. Wer für jemanden ohne Geld das Abo weiterbezahlen will, kann dies tun, indem er einen Geschenk-Aboschein blanko ausfüllt und an uns schickt. Wir vermitteln das Abo dann und stellen auch die Möglichkeit für einen direkten Kontakt zwischen Spender und Empfänger her.

Vielen Dank!

Redaktion der „blätter des iz3w"

**Gefragt: Partizipation**

Gerade die Basislegitimation des EPA muß jedoch in Zweifel gezogen werden; denn ein Großteil seiner Mitglieder hat den Kontakt zur A3WH-Basis inzwischen verloren oder nie besessen. Ob hier verselbständigte Funktionärsinteressen die Oberhand gewonnen haben oder ob die Kirchen wirklich eine derartige Politik betreiben wollen, muß sich noch herausstellen. Tatsächlich kann die Forderung nach noch größerem Machteinfluß der Verbände, nach einer noch stärkeren Dominanz der Funktionäre über die Basis nur eine stärkere Gängelung und Einschränkung der sich emanzipierenden Gruppen zum Ziel haben – oder aber denjenigen, die diese Politik vorantreiben, ist Verständnis von Pädagogik und Jugendpolitik abhanden gekommen. Weil nur lernen kann, wer selbst handelt und handelnd die Welt verändert, um mit Paulo Freire zu sprechen, wird keine Aktionsgruppe auf die Dauer in der Lage sein, ein kritisches Bewußtsein zu entwickeln und weiter zu vermitteln, wenn sie nicht die Möglichkeit hat, über ihre Belange, ihre Arbeit und ihre Politik selbst zu bestimmen. Sankastenspiele sind in der Pädagogik schon immer gescheitert. Die augenblicklichen Forderungen der Jugendverbände leisten vielleicht einen Beitrag zur Bewußtseinsbildung über Abhängigkeit, ihren Kirchen jedoch einen schlechten Dienst: schrecken sie doch die besten Gruppen, die durch kontinuierliche Arbeit einen eigenen Standort gefunden haben, davon ab, mit den Kirchen weiter zusammenzuarbeiten.

Dorothea Kerschgens ist Mitglied der Mitgliederversammlung der Aktion Dritte Welt Handel e.V. Die Diskussion um A3WH wird in epd-Entwicklungspolitik fortgesetzt werden.

aus: epd-Entwicklungspolitik 20/77

# DDR

# Entwicklungspolitische Eigeninitiative wird abgewürgt

*Im folgenden veröffentlichen wir Auszüge aus einem Brief, den der DDR-Bürger RAINER RODENWALD an die „Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt" in Berlin (West) geschrieben hat. Wir drucken diesen Text nicht ab, um antikommunistische Tendenzen zu schüren, sondern um Informationen über die Art und Weise der von der DDR ausgehenden „Solidaritätsarbeit" für die Dritte Welt zu vermitteln. Solche Informationen sind in der Bundesrepublik relativ selten, wo sich die Berichterstattung der Massenmedien über die DDR in der Regel auf die Verletzung von Menschenrechten und bürgerlichen Freiheiten beschränkt. Was R. Rodenwald widerfahren ist, ist aber mehr als die Beschränkung seiner Freizügigkeit. Hier wurde politische Eigeninitiative für unterentwickeltes Land und sein Volk abgewürgt, das bis vor nicht allzu langer Zeit vom Kolonialismus unterdrückt und ausgebeutet wurde und heute Anstrengungen unternimmt, sich aus imperialistischer Abhängigkeit zu befreien. Das Unterdrücken von Eigeninitiative und Selbstorganisation auch bei der Solidaritätsarbeit für unterdrückte Völker steht in offenbarem Widerspruch zu dem sozialistischen Anspruch, den der DDR-Staat an sich stellt.*

*Red.*

Es hat den Anschein, daß in der DDR die besten Möglichkeiten bestehen müßten, den persönlichen Willen zu solidarischem Handeln in die Tat umzusetzen. Da gibt es das Solidaritätskomitee der DDR, das die staatlichen Solidaritätsleistungen koordiniert und realisiert, da gibt es im FDGB eine Soliaritätsbewegung, für die jeder Gewerkschaftler monatlich Geld spendet, oder die LIMEX GmbH, die Fachleute aus der DDR ins Ausland vermittelt. Täglich wird in den verschiedenen Massenmedien der DDR „der Gedanke der Solidarität mit all jenen Völkern, die um nationale und soziale Befreiung und um die Durchsetzung des gesellschaftlichen Fortschritts kämpfen..." propagiert (1), ständig ergeht der „Appell ... zu verstärkter antiimperialistischerSolidarität...", und voller Stolz wird festgestellt: „Solidarität – das ist in unserer Republik Staatspolitik, und das ist Herzenssache der Bürger."

Macht ein DDR-Bürger diese Herzenssache zum Hauptinhalt seines Strebens, so läuft er bei den Behörden und Organisationen der DDR offene Türen ein – sollte man meinen.

Um meinen Wunsch nach solidarischem Handeln zu realisieren, sprach ich einst mit einer Mitarbeiterin der LIMEX. Sie freute sich sehr über mein Engagement und bestätigte mir, daß ich als Baustatiker einen in Afrika besonders gesuchten Beruf habe; da meine Frau Ärztin ist, wären wir zusammen die ideale Paarung für eine Arbeit in Afrika! Die Frau, offensichtlich im Dienst der LIMEX ergraut, sagte mir, daß es für sie der erste Fall wäre, daß jemand aus eigenem Antrieb sich für die Arbeit in einem Entwicklungsland interessiere; den Weg dorthin könne die Limex uns allrdings erst ebnen, wenn dafür ein Auftrag von geeigneten Behörden der DDR vorliege.

Daraufhin stellte ich am 2.8.1976 den Antrag an das Ministerium des Innern der DDR (MdI), für mich, meine Frau und unsere beiden Kinder die Ausreise nach Tanzania prinzipiell zu befürworten. Wir hatten uns für Tanzania entschieden, weil dort seit relativ langer Zeit stabile politische Verhältnisse bestehen und weil alle uns bekannten Informationen bestätigen, daß sich die Regierung Nyerere ernsthaft um bessere Lebensbedingungen für die Allgemeinheit bemüht.

Das MdI forderte im Oktober einige Schriftstücke von uns an, deren letztes, eine Beurteilung durch den Betrieb, im Dezember übergeben wurde. Seither habe ich auf alle meine mündlichen Anfragen beim MdI die stereotype Antwort erhalten, unser Antrag sei noch in Bearbeitung, man habe keine Anfragen an uns und könne noch nicht sagen, wann mit einer Entscheidung zu rechnen sei und wie diese ausfallen werde. Ein Gespräch zur Sache kam bei keinem meiner Besuche im MdI zustande, und auf keines meiner Schreiben erhielt ich irgendeine Antwort.

Das hartnäckige Schweigen dieses Ministeriums, selbst unter Mißachtung des sonst so peinlich beachteten Eingabengesetzes der DDR, ist eine Antwort, die nach fast einem Jahr an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrigläßt: „Solidarität- Staatspolitik und Herzenssache" – aber bitte nicht bis zur Konsequenz eines Ausreiseantrags mit dem Ziel, „vor Ort" Solidarität zu leisten!

**Unsere Gegner sind nicht unter uns, sondern über uns!**

Inzwischen erlebte ich wieder einmal eine Diskussion zum Thema Solidaritätsbeitrag in der Gewerkschaftsgruppe. Viele Kollegen sprachen sich dagegen aus, diesen monatlichen Beitrag, wie von der Leitung gewünscht, zu erhöhen, weil die Zentrale in Berlin keine Rechenschaft ablegt, wie dieses Geld verwendet wird. Da rechnete ein Kollege vor: „Die Solidaritätsspenden machen 20 bis 30 M pro Kollege und Jahr aus, die Auszeichnung als „Kollektiv der sozialistischen Arbeit" ist mit 70 M pro Kollege dotiert. Spenden wir, so werden wir ausgezeichnet, spenden wir nicht, werden wir auch nicht ausgezeichnet. Also spenden wir, denn so bleiben uns pro Nase immerhin 40 bis 50 M Prämie übrig!"

Solidarität – Herzenssache der Bürger?!

Die gleichen Kollegen, die jetzt so zäh um „Solidaritäts"-Pfennige feilschen, würden gern und ohne Diskussion ein Vielfaches für Solidarität spenden – wenn sie wüßten, wer dieses Geld erhält und welche Not damit gelindert wird! Darum frage ich an beim Bundesvorstand des FDGB und beim Solidaritätskomitee, ob man nicht persönliche Kontakte zwischen den Menschen hier und in Afrika, Patenschaften zwischen Betrieben oder Orten anregen könnte, um durch solche direkten Kontakte zwischen Spender und Empfänger eine wirkliche Solidaritätsbewegung in Gang zu bringen und viel mehr Hilfe als bisher den Entwicklungsländern leisten zu können.

Die Antworten darauf sind mitteilenswert: Man war, besonders beim Solidaritätskomitee, sichtlich erfreut, daß einmal ein DDR-Bürger aus eigenem Antrieb sich um solidarisches Handeln bemühen will. Man wisse, auf welch administrative Weise die Solidaritätsspenden in der DDR zusammengebracht werden, und ringe mit dem Problem, wie man die Bevölkerung für aktive Solidaritätsleistungen gewinnen könne! Direkte Solidaritätsaktionen auf lokaler Basis wären aber nicht möglich, denn solche würden allenthalben entstehen in einer Vielfalt und einem Umfang, der jede zentrale Kontrolle und Leitung unmöglich machen würde. Außerdem wären neue Engpässe in der Warenversorgung zu befürchten. Über die DDR-Solidaritätsbewegung werde ja auch einiges veröffentlicht, sie sei also gar nicht so anonym, wie oft bei uns behauptet werde; Statistiken könne man aber aus außenpolitischen Gründen nicht veröffentlichen, um dem „Klassenfeind" kein Propagandamaterial zu liefern.
„Solidarität – Staatspolitik und Herzenssache" – aber bitte keine persönlichen Kontakte der DDR-Bürger zu Menschen in den Ländern der „Dritten Welt", keine Direktinformationen über die Lebensverhältnisse dort, und ja kein Offenbarungseid über die Verwendung der gespendeten Gelder!
Da ist es kein Wunder, wenn so viele DDR-Bürger nur widerwillig gerade soviel „Solidaritätsbeitrag" leisten, wie unbedingt nötig ist. Ja, wenn man genau wüßte, was aus dem Geld wird und wer die davon gekauften Dinge erhält ..., dann könnte Solidarität wirklich zur Herzenssache Vieler werden.
Über die Staatspolitik in diesem Falle sind sich die meisten Staatsfunktionäre offenbar einig: Wie schon mein Vorgesetzter im Betrieb erklärte mir ein Volkspolizist von der Bezirksbehörde (zuständig für Paß- und Visaangelegenheiten), der beste Solidaritätsbeitrag für einen DDR-Bürger sei die Stärkung der DDR, und er fügte zynisch grinsend hinzu, ich könne ja von meinem Gehalt so viel spenden, wie ich will, wenn mir die Stärkung der DDR als Solidaritätsleistung nicht genüge! Da erläuterte ich meine Auffassung von einer persönlichen Solidaritätsleistung, von Solidarität als Herzenssache: „Ich will nicht im Rahmen bestehender Staatsverträge nach Afrika delegiert werden und damit einen Platz einnehmen, der sonst mit einem Anderen besetzt werden würde, sondern ich will über diese ohnehin ins Ausland delegierte Anzahl von Fachleuten hinaus eine zusätzliche persönliche Leistung erbringen; ich will auf die bekannten Vorteile einer Delegierung, wie doppeltes Einkommen, reservierte Wohnung und reservierten Arbeitsplatz, verzichten; ich will nicht verpflichtet sein, nach einer vorher festgelegten Zeit in der DDR zurückzukehren, auch wenn ich mich dann gerade erst richtig dort eingearbeitet haben sollte, will aber Staatsbürger der DDR bleiben und jederzeit in die DDR zurückkehren können." Die Genossen von der VP antworteten mir darauf, unter diesen Gesichtspunkten sei der Ausreiseantrag von mir und meiner Frau nach Tanzania genauso zu betrachten wie ein Antrag auf Übersiedlung in die BRD, gestellt aus egoistischen Motiven, und genauso abzulehnen! „Solidarität – das ist in unserer Republik Staatspolitik..." – dieser Satz wurde mir in der Sprechstunde des Staatsrates der DDR kurz und eindeutig erläutert von einem Herrn, der es ja wohl wissen muß:
1. Die DDR leistet Solidarität in Form materieller Hilfssendungen, die zentral vom Solidaritätskomitee der DDR zusammengestellt und dem Empfänger zugeleitet werden.
2. Die DDR delegiert Fachleute ins Ausland nur mit bestimmtem, fest umrissenen Auftrag für eine festgelegte Zeit, ähnlich wie Botschafter ins Ausland delegiert werden. (Die dafür in Frage kommenden Personen werden zentral, über die jeweils zuständigen Ministerien, ausgewählt.)
3. Über diese Delegierungen hinaus stimmt die DDR keinem Ausreiseantrag zum Zwecke solidarischer Hilfeleistung zu, weil in der DDR ohnehin ein derartiger Mangel an Arbeitskräften besteht, daß wir sogar Arbeiter aus befreundeten Nachbarländern einstellen.
Welch zutiefst solidarische Staatspolitik, die nicht einmal auf zwei, hierzulande jederzeit ersetzbare, Arbeitskräfte zu verzichten bereit ist! Da wird man wohl den Sommerfeld und einige andere Genossen beim Solidaritätskomitee etwas schulen müssen – haben die mir doch allen Ernstes vorgeschlagen (sie waren bereits selbst in Afrika und kennen die Nöte dort aus eigener Erfahrung): „Wenn Sie sich so für die Solidarität engagieren wollen, dann reisen Sie am besten selbst nach Afrika und helfen dort mit Ihrer Arbeit!"
Ich habe die Solidaritätspropaganda der DDR beim Wort zu nehmen versucht, und meine Erfahrungen zwingen mich zu der Warnung: Wird irgendwo eine „Solidaritätsleistung" von der DDR angeboten, so prüfe man sehr gründlich, ob diese nicht hohl ist wie das Trojanische Pferd! Man lasse sich über die wirklichen Ziele auch nicht täusche von Herrn Sommerfeld oder anderen DDR-Vertretern, die es persönlich ehrlich meinen, wenn sie von Solidarität sprechen!
Natürlich kann ich die Erfahrungen nicht beweisen, die ich oben geschildert habe. Ich habe insgesamt sieben Schreiben an verschiedene staatliche Stellen der DDR gesandt und, außer einer Eingangsbestätigung vom Staatsrat, auf keines dieser Schreiben irgendeine Antwort erhalten. Dieser ganze einseitige Schriftverkehr befindet sich zusammen mit einem Offenen Brief von mir im Büro des Königs von Schweden (Eingang bestätigt am 20.6.1977). Alle von mir geschilderten Gespräche kann nur ich selbst bezeugen, und da ich in keinem Falle über eine Aufzeichnung des verfüge, habe ich versucht, diese Gespräche möglichst inhaltlich richtig zu schildern.
Daß ich auf keine meiner Anfragen, Anträge oder Eingaben irgendeine Antwort erhalten habe, beweist, was für unbequeme Fragen ich den Vertretern der DDR-Staatspolitik gestellt habe. Stellen Andere bei gegebener Gelegenheit die gleichen unbequemen Fragen, z.B. westliche Journalisten, so werden die Antworten der DDR-Vertreter voraussichtlich meine Erfahrungen bestätigen: Wohl trägt manches Arbeitskollektiv in der DDR den vom Staat verliehenen Ehrennamen „Albert Schweitzer", und die persönliche Initiative dieses Mannes wird hierzulande als vorbildlich propagiert. Macht sich ein DDR-Bürger aber solidarisches Handeln so konsequenz zur Herzenssache wie Schweitzer, so stößt er allenthalben auf ... verschlossene Türen!

(1) „Solidarität", Informationen der Solidaritätsbewegung der DDR, Mai 1977, Lizenznummer 768 des Presseamtes beim Vorsitzenden des Ministerrates der DDR, S. 1



# INTERNATIONALER WÄHRUNGSFONDS

## Der stumme Würger

von Rudolf H. Strahm

„23 Mrd. Fr. für arme Länder" titelte eine Schweizer Zeitung vor einer Woche auf der ersten Seite. Von „IWF-Krediten" oder „Hilfsfonds für unterentwickelte Länder" war in anderen Zeitungen die Rede, als über die neuen Überbrückungskredite des Internationalen Währungsfonds (IWF) für Länder mit Zahlungsbilanzschwierigkeiten (die sogenannte Witteveen-Fazilität) berichtet wurde. Nur wenige Zeitungen ließen durchblicken, (der „Tages-Anzeiger" ist eine der wenigen Ausnahmen davon), daß es sich nicht um eine „Hilfe", sondern um eine knallhart-geschäftlich ausgerichtete Remedur für zahlungsschwache Länder handelt. Die Zinsen dieser „Hilfsgelder" betragen anfänglich 7 %, später vielleicht sogar mehr. Einige Kredite sind schon nach einem Jahr rückzahlbar, andere längstens innert fünf Jahren. In den Genuss kommen nicht etwa vor allem Entwicklungsländer, sondern vermutlich mehrheitlich die zahlungsbilanzschwachen Staaten innerhalb der OECD-Gruppe („Klub der reichen Länder"); es sind dies vor allem Italien, Griechenland, Spanien, Portugal und skandinavische Staaten.

Alle diese Kreditbedingungen sind an sich schon hart für ein Schuldnerland; aber die größte Härte ist die – wie sich die Wirtschaftspresse ausdrückte – „restriktive Konditionalität der Ziehungen dieser Sonderfazilität", das heißt im Klartext: die einschneidenden Bedingungen, die den Schuldnerländern auferlegt werden, damit sie diesen Kredit überhaupt beanspruchen dürfen. Über diese Seite der IWF-Politik möchte ich hier sprechen.

Der Internationale Währungsfonds ist der Klub aller westlichen Industrieländer und praktisch aller Entwicklungsländer, der sich mit Währungsfragen und dem Zahlungsausgleich zwischen den Notenbanken befaßt. In dieser übernationalen Behörde gilt nicht der Grundsatz: jedes Land eine Stimme, sondern vielmehr: Wer zahlt, befiehlt. Die23 westlichen Industrieländer verfügen über zwei Drittel der Stimmen, während sich die über 100 Entwicklungsländer ins restliche Drittel teilen.

Die immense Verschuldung der Entwicklungsländer und einiger europäischer Staaten nach der Oelkrise hat den IWF zum wirtschaftspolitischen Weltpolizisten ersten Ranges erhoben. Das internationale Verschuldungsnetz – allein die Entwicklungsländer haben heute einen Schuldenberg von 250 Mrd. $ – ist heute so gefährlich von Zusammenbrüchen bedroht, daß selbst Bankiers in Wallstreet und Zürich nach mehr Eingriffen des IWF rufen, um dieses labile Kartenhaus weltweiter Verschuldung abzustützen.

Deshalb vergrößerte sich die Macht des IWF zusehends, und deshalb steht der IWF in der dritten Welt heute im Ruf einer „imperialistischen Agentur". Seit Cheryl Payers Anklageschrift „The Dept Trap" (Penguin Books 1974), die im hiesigen Wirtschaftsjournalismus kaum zur Kenntnis genommen worden ist, hat sich diese Verachtung noch verstärkt.

Formell erklärt sich der IWF als unpolitisch. Seine Empfehlungen an die Schuldnerländer betrachtet er als rein wirtschaftlicher Natur. In Wirklichkeit sind sie – besonders im Falle der Witeveen-Fazilität – einschneidende gesellschaftspolitische Eingriffe in die Souveränität der Schuldnerländer. Ihr oberstes Ziel ist die Integration der Entwicklungslungsländer in das westliche Wirtschaftssystem und gleichzeitig ihre Disziplinierung zu einem marktwirtschaftlichen Verhalten. Was sind denn diese IWF-Bedingungen, und was bewirken sie?

- Die stärkste IWF-Bedingung, die in jüngster Zeit die Gewerkschaften in Italien und Peru zum Aufschreien gebracht hat, ist die Kürzung der staatlichen Sozialzahlungen. Der IWF möchte eine Schrumpfung des Staatshaushalts, ohne dabei die Investitionstätigkeit zu drosseln. Die Betroffenen sind die Arbeitslosen, die Rentner, die Slumbewohner

*Rudolf H. Strahm, Jahrgang 1943, ist Nationalökonom. Nach Beratertätigkeit für die Unctad und andere Entwicklungsorganisationen wurde er 1974 leitender Sekretär der „Erklärung von Bern", die sich für die Bewußtwerdung der Entwicklungsproblematik befaßt.*

- Staatliche Lohnkontrollen sind eine weitere Forderung des IWF an Schuldnerländer. Sie bewirkten in Peru, Argentinien, Chile, daß die Kaufkraft der Arbeiterschaft durch den Nichtausgleich der Teuerung massiv zurückfiel.
- Eine immer wiederkehrende Forderung erzwingt einen freien Verkehr für das ausländische Kapital, angeblich um fremde Investitionen anzulegen. Im Endeffekt aber bewirken sie in Südamerika unheimliche Dividendenabzüge aus dem Lande.
- Die IWF-Empfehlungen wollen vor allem die Exporte forcieren, damit das verschuldete Land tilgungsfähig werden solle. In Industrieländern mag das angehen, aber in der dritten Welt bedeutet diese Exportorientierung eine Abräumung des einheimischen Marktes von Gütern des Grundbedarfs der armen Bevölkerung. Soja, Fleisch und Bohnen fehlten plötzlich auf Brasiliens oder Chiles Märkten, weil sie gemäß IWF-Empfehlungen vermehrt exportiert wurden. Exportorientierung widerspricht also der Befriedigung von Grundbedürfnissen.
- Schließlich fördert der IWF stets auch eine Liberalisierung der Importe und den Zollabbau, angeblich um durch Preiskonkurrenz die Inflation zu drosseln. Wären seine Therapievorschläge konsequent auf eine Verminderung der Auslandsabhängigkeit gerichtet, so müßte der IWF auf die Drosselung und nicht auf eine Marktöffnung der Importe einwirken. Weil es ihm aber vor allem um die Wahrung von Exportinteressen der Industrieländer geht, sind seine Empfehlungen so schizophren. In Argentinien ächzen derzeit die lokalen Unternehmer unter der von Wirtschaftsminister de Hoz aufgrund von IWF-Empfehlungen durchgedrückten Importliberalisierung, weil sie schlagartig mit der Überschwemmung des Marktes durch Importartikel amerikanischer Konzerne konfrontiert sind.

Der IWF ist ein stiller Würger. Seine Empfehlungen sind nach seiner Lesart politisch „neutral", sie werden kaum veröffentlicht, aber sie sind sozialpolitisch völlig auf die westlichen Systemsicherungsinteressen orientiert: Sie bedeuten stärkere Integration der Schuldnerländer in das Korsett einer für die Armen brutalen Weltwirtschaft, sie bedeuten mehr Abhängigkeit und mehr Armut für die unteren Schichten. Regierungen, die diesen Konditionen nicht nachkommen, werden boykottiert, und ihr Überleben ist aufs Spiel gesetzt.
Die jüngsten Streiks in Peru, die zu Toten führten, die brutale Schraube der Einschränkungspolitik gegenüber Argentiniens Arbeiterschaft, der Abbau von ohnehin schon geringen sozialstaatlichen Maßnahmen in anderen Ländern sind die Konsequenzen der wirtschaftlichen Sanierungsprogramme nach IWF-Muster. Solche Sanierungsprogramme auf dem Buckel der Armen lassen sich besonders in Lateinamerika politisch nur durchführen, wenn Streiks und Unruhen mit zunehmend repressiven Methoden unterdrückt werden.
Noch ein Wort zur Schweiz. An dieser jüngsten IWF-Sonderfazilität, die erklätermaßen noch viel einschneidendere wirtschaftspolitische Konditionen als die bisherigen erfordert, beteiligt sich die Schweiz mit einem Kredit von rund 1,8 Mrd. Fr. Das ist nach den USA, der BRD und Japan von allen Industrieländern der vierthöchste Betrag. Der Entscheid darüber ist rein „währungstechnischer" Natur und fällt in die Kompetenz der Nationalbank. Man kann aber deswegen nicht behaupten, er sei eine politisch neutrale Sache. Als Gläubiger- und Zahlungsbilanzüberschußland werden wir ungewollt immer wieder in die Rolle des Unterstützers einer entwicklungs- und sozialpolitisch bedenklichen Weltpolizistenfunktion geträngt, obschon unser Land nicht einmal Mitglied des IWF ist. Diese vermeintlich apolitische Rolle gilt es in Zukunft vermehrt auch auf politischer Ebene zu debattieren.

Aus: Tages-Anzeiger Zürich, 17.8.77

# bücher

## Der indische Subkontinent im Spiegel der Geographen

Jürgen Blenk, Dirk Bronger, Harald Uhlig (Hrsg.)
Fischer Länderkunde 2, Südasien
FFM 1977
Fischer Taschenbuch Verlag, 10,80 DM

Der indische Subkontinent hat schon immer eine stiefmütterliche Behandlung auf dem deutschen Büchermarkt hinnehmen müssen, sieht man von den unkritischen und romantisierenden Produkten einiger schreibender Kulturbourgeois einmal ab. Jedes Buch, das sich an die drängenden aktuellen Probleme Südasiens heranwagt, erwirbt sich allein schon deswegen große Verdienste, versucht es doch, herrschendes Informationsdefizit abzubauen.
Dieses Informationsdefizit konkretisiert sich in einer dem deutschen Kulturraum eigentümlichen Weise:
in absolut realitätsfernen, beschönigenden Dimensionen von religiöser Hingabe oder gar Verzückung, kastenbedingter Traditionalität und Quietismus werden Unterentwicklung, Ausbeutung, Not und Elend in Südasien gesehen. Indien sei deshalb arm, weil die zutiefst religiöse Durchdringung des alltäglichen Lebens eine rationale, effiziente Gestaltung von Gesellschaft ausschließe. Für den 'gebildeten' Europäer besitzen die Inder eine jenseitsorientierte Lebenseinstellung, in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.
Von solchen Klischees nehmen die Autoren der Länderkunde deutlich Abstand. Sie ergehen sich nicht in Spekulationen über den Überbau, sondern sie widmen sich – wenn auch in rein deskritpiver Weise – der Basis, den materiellen Grundgegebenheiten. Sie unternehmen den Versuch, zunächst in einer ersten Einheit die „politisch-geographischen, naturräumlichen, sozial- und wirtschaftsgeographischen Strukturen des Kulturerdteils Südasien" darzustellen, um dann in einer zweiten Einheit die „speziellen Entwicklungsprobleme Südasiens" herauszuarbeiten. (S. 11) Die übersichtliche Gliederung, Klarheit des Stils, die Illustration des Gesagten anhand vieler Schaubilder und Karten und schließlich eine umfassende Sammlung von neuesten Statistiken am Schluß des Buches bilden einen sehr positiven äußeren Rahmen.
Allein, mit einer durchgängig konzipierten Monographie, die unter einer bestimmten Fragestellung steht, haben wir es bei dieser Länderkunde nicht zu tun. Sie besitzt eher den Charakter eines Handbuches, mit all seinen Vorteilen, aber auch großen Nachteilen. Die Autoren sind zumeist Geographen, ohne Zweifel Meister ihres Fachs.
Nun kommt das Wort Geograph aus dem Griechischen und heißt wörtlich Erdbeschreiber. Ein Geograph, im klassischen Sinn des Wortes, beschreibt also die Erde, aber er analysiert sie nicht.
Die Verfasser der einzelnen Beiträge werden ihrer Berufsbezeichnung weitgehend gerecht. Vom Standpunkt des Erdbeschreibers aus gesehen, treten die vielschichtigen Probleme der Unterentwicklung in Südasien nur teilweise in ihrer ursächlichen Verkettung hervor. Man bleibt fast immer dem deskritpiven Stadium verhaftet, der Schritt hin zur kritischen Analyse wird nur ansatzweise getan.
Daran ändert auch nichts der auf ein Viertel der ersten Einheit zusammengeschrumpfte Abschlußteil, der nach Ansicht des Autors „am Beispiel einiger Entwicklungsprobleme das Zusammenwirken von Entwicklungsdeterminanten" darstellen soll (Seite 306). Den Agrarsektor als Beispiel nehmend, werden vier Entwicklungsdeterminanten (Ökologie, Infrastruktur, Kastensystem und Entwicklungsbewußtsein) aufgeführt, deren Interaktion anhand repräsentativer Betriebe aufgezeigt wird. Wenn auch diese Fallstudien durch ihre Konkretheit durchaus erhellend

wirken, offenbaren sie dennoch, wie weit der vorliegende Text von einer kritischen polit-ökonomischen Analyse entfernt ist.
Der gesamtgesellschaftliche Bezug tritt nur in Andeutungen hervor, und die internationale Dimension fehlt völlig.
Der Agrarsektor in Indien ist eben Teil der indischen Klassengesellschaft, diese wiederum Teil eines internationalen Systems der Abhängigkeit. Daher muß der Agrarsektor als solcher analysiert werden. In diesem Bezugsrahmen erhalten Faktoren wie Ökologie, Infrastruktur, Kastensystem und Entwicklungsbewußtsein – ihre Relevanz soll nicht geleugnet werden – von selbst den ihnen angemessenen Stellenwert und können somit als ursächliche oder abgeleitete Determinanten von Unterentwicklung bestimmt werden. Zu fragen wäre auch, ob das vielbemühte Kastensystem als Erklärungsmodell sozialer Schichtung in Indien der herrschenden Realität gerecht wird. Ein klassenspezifisch orientierter Ansatz scheint hier angemessener zu sein.
Angesichts dieser Sachlage mutet die knappe Erwähnung der Modernisierungs- und Imperialismustheorien am Ende des Buches als ein krampfhafter Versuch an, den allseits gepriesenen Geboten der Pluralität und Vollständigkeit Genüge zu tun. Der Autor verhehlt seine Begeisterung für das strukturale Galtung'sche Imperialismuskonzept nicht. Geradezu grotesk wird es aber, wenn er dieses Konzept auf alle Zeiten der indischen Geschichte anzuwenden versucht und, scheinbar folgerecht, das Kastensystem als ein von den Ariern ausgebildetes Herrschafts- und Ausbeutungssystem charakterisiert, „das alle von Galtung geschilderten Züge des Imperialismus trägt" (Seite 395). Überzogener Strukturalismus führt hier zur totalen Nivellierung entscheidender Unterschiede. Fehlendes geschichtliches Denken wirkt sich fatal aus: Die Lehrformel wird zur Leerformel.
Den Verfassern dieser Länderkunde liegt der Standort ihres Produkts nicht im Verborgenen. Sie wissen es richtig einzuschätzen. Die rein deskriptive Aufreihung der regionalgeographischen Strukturen im ersten Teil charakterisieren sie als „selbstverständliche Voraussetzungen" für weiterführende Analysen (Seite 306). Und über den Abschlußteil schreiben sie: „Die Herausgeber dieses Bandes sind sich bewußt, daß dies nur ein erster, tastender Versuch in Richtung auf eine entwicklungsproblem-orientierte Länderkunde sein kann." (Seite 11) Solche ehrliche Bescheidenheit macht das Buch dem Rezensent geradezu wieder sympathisch.
Daß diese Länderkunde durchaus ihren Wert hat, soll – bei aller notwendigen Kritik – nicht bezweifelt werden. In Verbindung mit einer kritischen Analyse – dem deutschen Leser sei an dieser Stelle Barbara Böttger empfohlen[1] – erweist sie sich als recht wertvoll, da es einen umfassenden Datenhintergrund zu Indien in gut gegliederter, leicht verständlicher Form liefert. Jeder Nicht-Indien-Spezialist erhält hiermit mundgerechte Informationen präsentiert, die er sonst nur unter großem Aufwand und wesentlich höheren Kosten beschaffen könnte.

–jür–

1) Barbara Böttger, 700 Millionen ohne Zukunft?
Faschismus oder Revolution in Indien und Bangladesh
Reinbeck 1975 (roak 1603), 6,80 DM
Rezension in den „Blättern...", Nr. 49, S. 39 f.






*Artikel 1*
*Die Würde des Menschen ist unantastbar, außer durch Organe der Regierung.*

*Artikel 2*
*Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, außer er entfaltet sie in nicht genehmer Richtung.*

*Artikel 3*
*Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. Manche sind gleicher als gleich, manche weniger gleich. Niemand darf wegen seiner politischen Anschauung benachteiligt werden. Nicht als Menschen gelten: Radikale, als radikal Verdächtigte und alle Anwärter auf eine Stelle im öffentlichen Dienst.*

*Artikel 4*
*Die Freiheit des weltanschaulichen Bekenntnisses ist unverletzlich. Wer eine falsche Weltanschauung annimmt, hat die Folgen zu tragen.*

*Artikel 5*
*Jeder hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern. Bei Anwesenheit von Polizei gilt die Dienstanweisung für die Anwendung von Schlagstock und chemischer Keule.*

*Artikel 6*
*Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung. Jedes erste Kind wird mit 50 DM Kindergeld unterstützt, was zur Bezahlung der monatlich anfallenden Eiswaffeln ausreicht.*

*Artikel 7*
*Das gesamte Schulwesen steht unter Staatsaufsicht. Die Jugendarbeitslosigkeit nach Schulabschluß wird registriert.*

*Artikel 8*
*Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich zu versammeln. Bürgerinitiativen haben sich auf Wunsch der Polizei sofort zu zerstreuen.*

*Artikel 9*
*Alle Deutschen haben das Recht, Vereine zu bilden. Skatvereine und Kaffeekränzchen unterliegen keinerlei Beobachtung durch Organe des Verfassungsschutzes.*

*Artikel 10*
*Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich. Sämtliche Ausnahmen bestätigen die Regel.*

*Artikel 11*
*Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet. Atomkraftwerkgegner werden auf der Fahrt abgefangen und in ihre Heimatorte zurückgeführt.*

*Artikel 12*
*Alle Deutschen haben das Recht, Beruf und Arbeitsplatz frei zu wählen. Bei Fehlen von Arbeitsplätzen tritt an die Stelle des Rechts auf freie Berufswahl das Recht auf Arbeitslosigkeit.*

*Artikel 13*
*Die Wohnung ist unverletzlich. Schlösser werden so geöffnet, daß Verletzungen nicht bemerkt werden.*

*Artikel 14*
*Eigentum verpflichtet. Zum Genuß seiner Vorteile.*

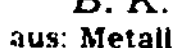
*Artikel 15*
*Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können in Gemeineigentum überführt werden. Dementsprechende Forderungen werden als systemverändernd betrachtet und unnachsichtig geahndet.*

*Artikel 16*
*Politisch Verfolgte genießen Asylrecht. Bürger der Bundesrepublik, soweit sie im Inland politisch verfolgt werden, genießen das Recht des Angeklagten oder das Recht des öffentlich Verurteilten vor Abschluß ihres Prozesses.*

*Artikel 17*
*Jedermann hat das Recht, Bittschriften an die Volksvertretung zu senden. Der Empfang wird in der Regel bestätigt.*

*Artikel 18*
*Wer Freiheiten mißbraucht, verwirkt die Grundrechte. Wer unter der falschen Behauptung, Freiheiten wären mißbraucht worden, Grundrechte außer Kraft setzt, muß höherer Beamter sein, um daran nicht zu straucheln.*

*Artikel 19*
*Grundrechte dürfen durch Gesetz nicht angetastet werden. Praktische Maßnahmen gegen Grundrechte ohne gesetzliche Grundlage sind jederzeit möglich.*


B. K.
aus: Metall




**Jeder Leserbrief ist sehr willkommen. Allerdings muß sich die Redaktion das Recht vorbehalten, aus Platzgründen hier und da zu kürzen.**

## Sind die „blätter" zu trocken?

*zu den iz3w-heften: ich meine, sie sind unverzichtbar für alle, denen internationalismus kein -ismus-begriff ist. so weit, so gut. aber. klar aber. das aber: die hefte sind zu trocken. sie sprechen vermutlich nur die an, die eh mit dieser „materie" mehr oder weniger vertraut sind. was tun? ich meine, Ihr solltet zum ersten ein großzügigeres lay-out mit mehr bildern, karikaturen, fotos nehmen. weniger buchstabenfriedhöfe. zum zweiten – aber da bin ich als schreiber evtl. befangen – meine ich, daß Ihr ruhig zur „illustration" der themen mehr reportage, gedichte, belletristik reinnehmen könntet. (das „lesebuch 3. welt" von Hammer/Jugenddienst verlag fand ich sehr gut). nicht nur zur „auflockerung", sondern weil diese darstellungsformen gewisse dinge anschaulicher darstellen als nur soz.ök. berichte, weil sie betroffenheit ermöglichen, identifikation, anteilnahme. gerade w e i l die hiesige szene so entsetzlich in „neue innerlichkeit/selbsterfahrung", hier, und internationalismus, da, zerfallen ist, sollte letzterer darstellungsformen finden, der u n s e r e betroffenheit artikuliert, unser engagement, unsere wut, unseren zorn. die szene vor zehn jahren ermöglichte das noch (Vietnamkrieg, Portugals kriege, Che etc.) – vielleicht diskutiert Ihr mal kurz diese anregung.*

*p.p. zahl*



Ein Leserbrief von mir zum Verhältnis VR China-Chile wurde in der FR vom 6.1.77 abgedruckt:
Dabei wurde von der FR-Redaktion folgende Auslassung gemacht:
„Zum Millionen-Kredit: Es ist bekannt, daß die Weltbank und die Regierungen der USA, BRD und anderer westlicher imperialistischer Länder mittels hoher Zinsen die Ausplünderung Chiles in zentralen Industriezweigen dauerhaft machen wollen. Besonders gilt das für Bergbau, Automobil-, Elektro- und chemische Industrie. Da die Großgrundbesitzer gleichzeitig ihre landwirtschaftlichen Produkte im Ausland profitabler verkaufen als in Chile selbst, ist nicht nur enorme Ausbeutung, sondern auch Hungersnot die Folge für die chilenischen Werktätigen."
Und außerdem wurde Eure Zeitung mit Zeitenzahl von mir als Quelle für die Kredite angegeben und nicht mit abgedruckt.

Wolfgang Scheer

☆

*Das Abonnement der „blätter des iz3w" kündige ich hiermit zum nächstmöglichen Termin.*
*Ursache dieses Schritts ist die immer wieder durchbrechende Tendenz der 'blätter' zu einem platten Antikommunismus, zuletzt manifestiert in dem offenkundig rückhaltlos zustimmend übernommenen Artikel „DKP - Film verschleiert Verbrechen an Kurden." Diese plumpe und böswillige Polemik gegen einen Mann, der hier Berufsverbot erhalten hat und gerade noch als befristet Angestellter geduldet wird, halte ich für unter jedem akzeptablen Niveau von Kritik. Offenkundig ist man an der Aufdeckung der engen Verbindung Barzani – CIA/Iran, die Vosz' Film u.a. betreibt, nicht interessiert – dann allerdings lohnt sich die Lektüre der 'blätter' für mich nicht mehr.*

*Prof. Dr. Jörg Kammler, Baunatal*



Es ist zwar abgestandenes Bier von vorgestern, aber ich kann mir doch nicht verkneifen, Euch sehr verspätet noch eine R ü g e zu erteilen.
Folgendes:
In der Nummer 48 (Sept. 75), also vor zwei Jahren, schrieb ich für Euch einen Beitrag über Korea („Droht ein neuer Konflikt in Korea?"). Ihr fühltet Euch damals bemüßigt, unter meinen Aufsatz eine Fußnote zu setzen, die ihm ins Gesicht schlug, indem sie behauptete, es sei belegt worden, daß die USA den Korea-Krieg ausgelöst habe. (In meinem Beitrag hatte ich diese Behauptung der Nordkoreaner als unhaltbar zurückgewiesen.) Und Ihr habt mich dazu nicht einmal gefragt!
Ich kam dann nie dazu, der zitierten Quelle nachzugehen. Erst jetzt, als ich wegen eines neuen Aufsatzes über den Korea-Krieg mir auch die zitierte Zeitschrift „Vereinte Nationen" ansah, stellte ich fest, daß Eure Fußnote damals schlicht falsch war. Zwar wurden in zwei Beiträgen der „VN" die alten, mir bekannten, und einige neue Gründe angeführt, die für einen s ü d k o r e a n i s c h e n Angriff nach Norden sprechen, n i c h t aber für einen US-Angriff. Gegen den sprechen auch viel zu viele Gründe. Die USA haben erst 6 Wochen nach Kriegsbeginn, als es schon fast „zu spät" für sie war, massiv in den koreanischen Bürgerkrieg eingegriffen. Dadurch allerdings haben sie sich einer Aggression gegen das koreanische Volk schuldig gemacht (so auch in meinem Aufsatz in den blättern). Aber den Krieg ausgelöst haben sie nicht, zumal es zweifelhaft ist, ob sie ihn tatsächlich wollten.
Auch bei einer klaren anti-imperialistischen Position halte ich es für wichtig, mit den Fakten korrekt umzugehen, und ich denke, Ihr auch.
Und die Moral von der Geschicht: korrigiere einen Autor nicht – jedenfalls nicht so fahrlässig und ohne ihn um Kommentar zu bitten.

Gerhard Breidenstein

sozialistisches
## OSTEUROPAKOMITEE

Das Info erscheint seit 1973 und wird herausgegeben vom Sozialistischen Osteuropakomitee und dem SOAK-Verlag. Das Komitee hat mittlerweile Gruppen in Hamburg, Berlin, Gießen, Marburg, Kassel, München und Dortmund.
Themen der in diesem Jahr erschienenen Hefte waren unter anderem die Biermann-Ausweisung aus der DDR, die ökonomische und politische Lage in Polen (Heft 19), ein Bericht über die Positionen der linken Opposition in der UdSSR sowie die Stellungnahme und Situation der DDR-Opposition nach Biermanns Ausweisung (Heft 20/21). Heft 22 bringt neben neuen Dokumenten der „Charta 77" einen Bericht über ein Treffen aller Gruppen des Komitees sowie Stellungnahmen der „Unita" zur Repression in Osteuropa. Der aktuelle Stand der Verfahren gegen die streikenden Arbeiter in Polen sowie eine Sammlung von Interviews von Rudolf Bahro vor seiner Buchveröffentlichung sind Themen des Doppelheftes 23/24. Natürlich enthält jedes Info noch eine Menge Kurzinformationen und Berichte aus allen osteuropäischen Ländern. Ein Verzeichnis aller Hefte mit Inhaltsangabe kann vom SOAK-Verlag oder von den Redaktionen in 2 Hamburg 13, Postfach 2648 und 1 Berlin 41, Postfach 4147 angefordert werden.

Das Info erscheint unregelmäßig mindestens 6 mal im Jahr und kostet im Abo 12,- DM. Ein Einzelheft kostet 2,- DM (Doppelheft 3,- DM) u. 1,- Versandkosten. Lieferung gegen Vorauskasse.




Ziel der Zeitschrift ist es, über aktuelle Entwicklungen des Imperialismus zu informieren. Innerhalb der undogmatischen Linken widmen nur wenige Periodika diesem Problemkreis genügend Aufmerksamkeit; die in anderen Zeitungen und Zeitschriften gepflegte Darstellung ist meist geprägt von der jeweiligen parteipolitischen Festlegung und damit auf eine wie immer verstandene Marx-Orthodoxie eingeschworen. Neben der Analyse der Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Metropole und Peripherie wird sich die Zeitschrift vor allem auf die Untersuchung auch der Strategie der Multis konzentrieren, welche heute schon mehr als Staatsgebilde Form und Auswirkungen der imperialistischen Einwirkungen auf die Peripherie bestimmen. Darüberhinaus sollen die unterschiedlichen Konzeptionen und Wege aus dieser Abhängigkeit erörtert werden (Autozentrierter Kapitalismus, Neudemokratische Ordnung, Befreiungs- und Widerstandskampf), wobei bevorzugt Arbeiten publiziert werden, die aus dem Kontext des Befreiungskampfes selbst hervorgegangen sind.
Inhalt von Nummer 2 (Oktober 77): A. Weinrich: Strategische Umsiedlung in Zimbabwe - Biermann: Ausländische Kapitalformationen in Zimbabwe - Du-Yul Song: Dualismuskonzeption in Asien - Bibliographie zu Zimbabwe.

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich und kostet im Abonnement 20,- DM. Der Preis für ein Einzelexemplar beträgt 5,-DM.

Ich abonniere ab 1. Januar für ein Jahr...

☐ ... die Zeitung NEUE LINKE zum Preis von 16,-DM für 6 Nummern.

☐ ... die Zeitschrift IAB zum Preis von 20,-DM für 4 Nummern.

☐ ... das Info des SOZIALISTISCHEN OSTEUROPA-KOMITEES zum Preis von 12,-DM für 6 Nummern.

☐ Ich möchte die bis zum Abobeginn erscheinenden Hefte gegen Rechnung zugeschickt bekommen.

Diese Bestellung kann ich innerhalb von acht Tagen schriftlich beim Verlag widerrufen. Unterschrift:

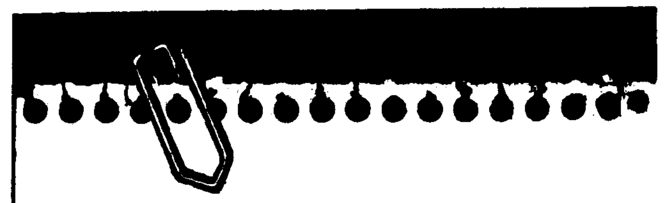
.................................................

BEZUGSBEDINGUNGEN: Lieferung erfolgt nur gegen Vorauszahlung/-rechnung. Zahlungen bitte nur auf das Konto SOAK-Vertrieb, PSchA Hannover 394 95-300.

SOAK

**Am Taubenfelde 30**

**3000 HANNOVER 1**



## KLEINANZEIGEN

Zwei Maler (24 +31) suchen Unterkunft über den Winter zur gemeinsamen Arbeit. Auch improvisierter Raum wie Scheune, Almhütte, Laube, Wochenendhaus oder Wohnung (Haus). Beides Globetrotter, Initiatoren einer alternativen Zeitschrift und des Orang asli Freundeskreises. Betr. Schutz der Naturvölker)
Wir antworten sofort da es uns mächtig eilt! – Schreibt bitte an:
Maxander Ewald Baumgarten
Ringstraße 76
D-6101 Rossdorf 1

Suche Literaturhinweise und Bücher kritischer Art über Australien, Neuseeland und vor allem die Inseln des Pazifik. Themenschwerpunkte: politische, soziale und wirtschaftliche Verhältnisse allgemein und Bildungssysteme. Aber setzt Euch bitte erst mit mir in Verbindung. Schönen Dank.
H. J. Kahle, Spichernstraße 8, 3200 Hildesheim

**Ost-Timor – Dokumente eines Befreiungskampfes**
Hrsg.: Komitee für die Unabhängigkeit Ost-Timors, Köln-Bonn DM 2,50
Die Broschüre enthält u.a. das Programm der FRETILIN, die Verfassung der DROT und eine Rede des Wirtschaftsministers Araujo. Sie vermittelt einen Überblick über die jahrhundertelange Kolonialgeschichte Ost-Timors und die Tradition des antikolonialen Kampfes. Daneben stellt sie den Befreiungskampf dieses kleinen Landes gegen die indonesischen Invasoren und das imperialistische Interesse an diesem Gebiet im internationalen Kontext dar.
Wir weisen auch auf die OST-TIMOR-INFORMATIONEN hin, die das Komitee für die Unabhängigkeit Ost-Timors ca. zweimonatlich herausgibt.
**Beides zu bestellen bei:**
**Komitee für die Unabhängigkeit Ost-Timors**
**c/o D. Haude**
**Frongasse 29, 5300 Bonn**




nr.7
2.-dm

**zeitschrift der autonomie**

**Anschrift:**
**c/o Buchladen Aktion**
**Nauklerstr. 20**
**7400 Tübingen 1**

ITALIEN
– arbeiterwissenschaft
– organisierte autonomie und aneignungskampf
– autonome und brigate rosse
– historischer Kompromiss und seine opposition

STADTPLANUNG
u.
a.
m.

**Platten und Bücher zum Südlichen Afrika**

- „One Namibia-One Nation", Stereo-LP mit 13 SWAPO-Freiheitsliedern, die von den „SWAPO-Singers" gesungen werden. Mit englischer Übersetzung der Texte.
Preis: S 5,50; bei Bestellung von mehr als 10 Stück S 2.

- Das Buch „Another Blanket" von Toine Eggenhuizen. Bericht über eine Untersuchung der Situation von Wanderarbeitern aus Lesotho. Die Untersuchung wurde 1976 durchgeführt, mit der Unterstützung der Agency of Industrial Mission und der Betreuung von Prof. Dunbar Moodie, Univ. of the Witwatersrand, Johannesburg.
Grossformat, 45 Seiten, Preis S 2

- Eine Kollage von der Größe eines Posters (42 x 59 cm). Dargestellt ist Mobutu Sese Seko als Marionette. Mit englischem Text „Mobutu Sexe & Co, Marionettentheater über den Faschismus in Zaire."
Preis: S 0,60; bei Bestellung von mehr als 25 Plakaten 50 % Rabatt.

**Bestellungen bei: Holland Commitee on Southern Africa, Da Costastraat 88, 1053 ZR Amsterdam, Holland.**

**blätter des informationszentrums dritte welt**

# Geschenk-Abo

**Bestellschein für Geschenkabonnement**

Ich bestelle für

.................................................................
Name des Beschenkten

.................................................................
Postleitzahl und Ort

.................................................................
Straße und Hausnummer

ein Jahresabonnement der blätter des iz3w zum

☐ Normalpreis DM 28,00

☐ ermäßigten Preis DM 20,00

Bitte senden Sie mir die Rechnung, das Jahresabonnement wird von mir bezahlt.
Der Beschenkte erhält rechtzeitig ein Exemplar der „blätter" und eine Benachrichtigung.

Viktor Lütertz
Königsstr. 97

4150 Krefeld 1

**Postvertriebsstück**
**Gebühr bezahlt**
**M 3477 FX**
**iz3w**
**Postfach 5328**
**7800 Freiburg**

*Otto Rene Castillo:*

# eines tages

Übersetzung: P. P. Zahl

*eines tages*
*werden die unpolitischen*
*intellektuellen meines landes*
*befragt werden von den einfachsten*
*unseres volkes*

*man wird sie fragen*
*was sie taten*
*als unsere nation*
*verlosch*
*wie ein flämmchen*
*klein und allein*

*niemand wird sie fragen*
*nach ihren kleidern*
*nach ihrem langen mittagsschlaf*
*niemand will dann etwas hören*
*über ihre sterilen debatten*
*über die idee des nichts*

*niemanden werden ihre besseren*
*finanzkenntnisse scheren*
*keiner wird sie fragen*
*nach griechischer mythologie*
*niemand wird ihrem selbstekel*
*beachtung schenken*
*der aufkam da etwas in ihnen*
*zu sterben begann*
*den tod eines feiglings*

*keiner wird sie nach ihren absurden*
*selbstrechtfertigungen fragen*
*im schatten geboren*
*der lüge durch und durch*

*an jenem tag*
*werden die einfachen kommen*
*jene die keinen platz fanden*
*in den büchern und gedichten*
*der unpolitichen intellektuellen*
*ihnen aber täglich das brot brachten*
*die milch tortillas und eier*
*jene die ihre kleidung stopften*
*die ihnen die autos lenkten*
*aufpaßten auf ihre hunde*
*und gärten die für sie arbeiteten*
*und fragen werden sie:*
*was tatet ihr als die armen*
*litten*
*als zärtlichkeit und leben*
*in ihnen verglommen verloschen?*

Otto Rene Castillo wurde 1936 in Guatemala geboren. Mit 17 Jahren Anführer einer Schülervereinigung. Nach dem von der United Fruit Company finanzierten Sturz der sozialreformerischen Regierung Arbenz ging C. zum ersten Mal ins Exil, nach El Salvador. 1957 Rückkehr, Studium von Jura und Sozialwissenschaften. 1959 mit Stipendium in der DDR. Studierte in Leipzig Literaturwissenschaft, heiratete eine Deutsche. 1964 Rückkehr nach Guatemala. 1965 Verhaftung, ins Exil geschickt, als er einen Film über die Guerilla drehen will. Dezember 1966 illegale Rückkehr, schließt sich der FAR an. Im März 1967 gerieten C. und andere Guerilleros entkräftet in Gefangenschaft. Castillo wurde vier Tage lang gefoltert, dann auf Befehl des guat. Verteidigungsministers ermordet und verbrannt. Werke: Tecun Uman; Vamanos Patria a caminar; Poemas; Informe de una injusticia. Letztere Habana, Cuba und San Jose de Costarica.